

1602

R 410

**ENDE
DES
KAPITALISMUS**

001544

FLORIDA ATLANTIC UNIVERSITY LIBRARY

**SOCIALIST - LABOR
COLLECTION ?**

4 ✓

1453

ADOLF WEBER / ENDE DES KAPITALISMUS?

ADOLF WEBER
PROFESSOR DER STAATSWISSENSCHAFTEN
MÜNCHEN

ENDE
DES
KAPITALISMUS?

J1453

DIE
NOTWENDIGKEIT FREIER ERWERBSWIRTSCHAFT

ZWEITE WESENTLICH ERWEITERTE AUFLAGE



MÜNCHEN 1929
MAX HUEBER / VERLAG

ALLE RECHTE, EINSCHLISSLICH DAS DER ÜBERSETZUNG IN
FREMDE SPRACHEN, VORBEHALTEN / COPYRIGHT 1929 BY MAX
HUEBER / VERLAG / MÜNCHEN / DRUCK DER MANDRUCK A. G.
MÜNCHEN / PRINTED IN GERMANY

GEHEIMRAT CARL DUISBERG
DEM WIRTSCHAFTSFÜHRER, DEM FÖRDERER
DER WISSENSCHAFT, DEM STUDENTENVATER
ZUGEEIGNET

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
VORWORT	7
1. KAPITEL: VORSICHT, IHR HERRN PROPHETEN! . . .	9
2. KAPITEL: DAS BOLSCHEWISTISCHE EXPERIMENT . .	15
3. KAPITEL: DER KAPITALISMUS ALS VOLKSWIRT- SCHAFTLICHES WERKZEUG	22
4. KAPITEL: DIE LEISTUNGEN IM ZEITALTER DES KAPI- TALISMUS	31
5. KAPITEL: DER KAPITALISMUS AUF DEM WEGE ZUR PLANWIRTSCHAFT?	37
6. KAPITEL: ÖFFENTLICHE BETRIEBE	55
7. KAPITEL: LOHNERHÖHUNGEN ALS SOZIALE UND ALS UNSOZIALE TAT	62
8. KAPITEL: GRENZEN DER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE	76
9. KAPITEL: WEGE ZUR ZINSFUSSENKUNG	86
10. KAPITEL: WORAUF ES ANKOMMT	101
LITERATUR	104

VORWORT

DIESE kleine Schrift ist aus Vorträgen entstanden, die ich vor der Deutschen Akademie, Ortsgruppe Innsbruck, und vor dem Wirtschaftsbeirat der Bayerischen Volkspartei hielt. Die erste Auflage fand ein außergewöhnliches Interesse; die zunächst gedruckten 3000 Stück waren bereits wenige Wochen nach der Ausgabe vergriffen. Die neue Auflage ist so erweitert worden, daß der Kampf um die freie Wirtschaft nach allen Seiten beleuchtet werden konnte. Ich war bemüht, mich vom Standpunkt unbefangener Wissenschaft in allgemein verständlicher Sprache an alle diejenigen zu wenden, die ohne Vorurteile den Weg zu neuem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des Deutschen Volkes freimachen wollen.

München, Juni 1929.

ADOLF WEBER

VORSICHT, IHR HERRN PROPHETEN!

DIE Bemühungen, die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung vorauszusagen, sind in jüngster Zeit fast zur Mode geworden. Auch bedeutende Gelehrte beteiligen sich daran. Nun sind aber Wissenschaft und Prophetenkunst sehr verschiedene Dinge. Die Gelehrten haben dem Rechnung getragen; wenn sie etwas über die Zukunft sagen, erklären sie, daß sie eigentlich nur die Gegenwart und die Vergangenheit betrachteten, aber darin seien eben die Keime der Zukunft enthalten; diese Keime nehmen sie dann unter die wissenschaftliche Lupe und glauben zu erkennen, wie der Baum aussieht, der in der Zukunft aus den Keimen entstehen wird.

So hat es auch schon KARL MARX gemacht. Er wollte kein utopischer Sozialist sein, wollte nicht ein Märchenland der Zukunft ausmalen, auf das seine Anhänger hinstreben sollten. Er legte das größte Gewicht darauf, als *wissenschaftlicher* Sozialist betrachtet zu werden. Aus der wissenschaftlichen Betrachtung der Dinge, wie sie sind und wie sie geworden sind, enthüllte sich für ihn scheinbar mit innerer Notwendigkeit die Zukunft der Volkswirtschaft. In wunderbarer Weise hat er in diesem Sinne die geschichtliche Tendenz des Kapitalismus herauszuarbeiten versucht. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, so führt er aus, sei einst die Grundlage des bäuerlichen Kleinbetriebes gewesen und die Summe der vielen bäuerlichen Betriebe hätte die ganze Volkswirtschaft ausgemacht. Diese Produktionsweise bedeutete Zersplitterung der Produktionsmittel und infolgedessen geringe Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit. Das Streben der Menschen, materiell voranzukommen, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, dränge sie dahin, das zwerghafte Eigentum vieler in das massenhafte Eigentum weniger zu verwandeln. Daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden. Diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet nach KARL MARX die Vorgeschichte des Kapitals. Sobald die dadurch geschaffene kapitalistische Produktionsweise, die die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt,

auf eigenen Füßen steht, bekommt die Vergesellschaftung der Arbeit eine neue Form, was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbst wirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter ausbeutende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Konzentration der Kapitalien. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, die alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt, die Expropriateure werden expropriert. — Abermals verbindet sich nunmehr mit der Arbeit das Eigentum, aber nicht mehr das zersplitterte wenig produktive Eigentum primitiver Wirtschaftsverhältnisse, das Eigentum an den Produktionsmitteln wird »vergesellschaftet« und so der Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt.

Man begreift, daß solche Darlegungen, die sich mit logischem Zwang aus der geschichtlichen Entwicklung zu ergeben scheinen, einen faszinierenden Eindruck machen mußten, zumal mancherlei Tatsachenmaterial für die Richtigkeit der marxistischen Entwicklungslehre zu sprechen schienen.

Heute gibt es auch im Lager der Sozialisten kaum jemanden, der Wert darauf legt, wissenschaftlich ernst genommen zu werden, der den von Marx gezeichneten Entwicklungsgang der kapitalistischen Volkswirtschaft als richtig anerkennen würde. So ist die marxistische Konzentrationstheorie allgemein aufgegeben worden. In der Landwirtschaft haben die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe durchaus die Möglichkeit, sich

neben dem Großbetriebe zu halten, und auch für das Gesamtgebiet des Gewerbes können wir nach dem Ergebnis der letzten Betriebszählung keine Abnahme, sondern eine Zunahme in der Zahl der Betriebe konstatieren. Zwar wachsen die großen Betriebe an Zahl und Umfang, aber eine wirkliche Aufsaugung der kleinen und mittleren Betriebe durch die Großbetriebe hat nur in der Montan- und in einzelnen Zweigen der Textilindustrie stattgefunden. Ja SOMBART meint sogar, es gebe nur einen Fall, der sich in Wirklichkeit mit der marxistischen Konzentrations-theorie *völlig* decke, das seien die Notenbanken in den Ländern, in denen die Notenausgabe heute einer einzigen Zentralnotenbank vorbehalten ist. Aber gerade dieser Fall ist sicher atypisch, da die Gesetzgebung hier bestimmend eingegriffen hat.

Ebenso ist die Lehre, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung Wirtschaftskrisen mit sich bringe, die immer verheerender wirken, und schließlich zur allgemeinen Katastrophe führen müßten, heute allgemein aufgegeben. Schaltet man den Weltkrieg und seine Folgen aus der Entwicklung des letzten Menschenalters aus, so muß man schon zugeben, daß die Menschen es immer mehr verstanden haben, die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den *schlimmsten* Gefahren der Konjunkturschwankungen als solche möchte aber kein verständiger Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspraktiker missen, schon deshalb nicht, weil sie als luftreinigende Gewitter wirken, die im ganzen gesehen den Fortschritt nicht hemmen, sondern fördern.

Erst recht kann keine Rede davon sein, daß die marxistische Verelendungstheorie durch die Tatsachen bestätigt wird. Die Statistik läßt nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen, daß die Lage der arbeitenden Klassen in den europäischen Ländern und auch in dem durch den Krieg, die Revolution, die Inflation, die Reparation so furchtbar mitgenommenen Deutschland heute wesentlich besser ist als etwa zu der Zeit, wo Karl Marx seine Theorien herausbrachte, ja sie ist sogar für einen Teil der Arbeiterschaft besser als in der paradiesischen Zeit unmittelbar vor dem Kriege. Es wird darauf im 4. Kapitel dieser Schrift noch zurückzukommen sein.

Wie hatte einst KARL MARX die Wirkungen der Maschinerie für die Arbeiterschaft schwarz in schwarz gemalt: *»Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter«, »Die Maschinerie wirft unaufhörlich Erwachsene aus der Fabrik heraus«. »Die Maschinerie wirkt jedoch nicht nur als übermächtiger Konkurrent, stets auf dem Sprunge, den Lohnarbeiter überflüssig zu machen, als ihm feindliche Macht wird sie laut und mit bestimmter Absicht vom Kapital proklamiert und gehandhabt. Sie wird das machtvollste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände«.* Heute weiß jeder denkende Arbeiter, daß er keinen besseren Freund hat als den technischen Fortschritt. Seitdem KARL MARX jene Worte schrieb hat sich die Technik weit machtvoller entwickelt als er ahnte, gleichzeitig hat sich auf dem deutschen Boden die Menschenziffer fast verdoppelt und doch war in den Jahren vor dem Kriege das charakteristische Zeichen der Zeit weit mehr Leutenot als Arbeitslosigkeit. Rund eine Million ausländischer Arbeiter wurde im Sommer 1924 in Deutschland beschäftigt.

Wir wissen auch, daß die immer wieder von neuem wiederholten Voraussagen, daß die Arbeit an der Maschine den Menschen geistig verelende, den Tatsachen nicht gerecht werden. Ganz abgesehen davon, daß die Technik *»uns so viel Kräfte spart und Zeit gewinnen läßt, um uns auf unser Menschentum zu besinnen und es zu pflegen«*, auch abgesehen davon, daß die Maschine der Menschheit einen großen Teil gerade der schweren und groben Arbeit abgenommen hat, wissen wir durch neuere Untersuchungen, z. B. durch diejenige H. DE MANS, der selbst von KARL MARX ausgegangen ist (Der Kampf um die Arbeitsfreude 1928), aber auch durch die sozialpsychologischen Forschungen HELLPACHS, daß die Bemühungen auch im Zeitalter des Kapitalismus gar nicht so aussichtslos sind, aus *»der Fabrikarbeit ein Glied im Menschentum zu machen«*. Zu den neumodischen Prophezeiungen gehört auch die, der *europäische* Kapitalismus sei dem Untergang verfallen, weil in Übersee übermächtige Konkurrenz über ihn das Todesurteil gesprochen habe. Ganz wie einst: Im Jahre 1845 kündete FRIEDRICH ENGELS an, daß die englische Industrie *in*

den nächsten 20 Jahren« untergehen müsse. Der Majorität des Proletariats Englands werde kaum eine andere Wahl bleiben als zu verhungern oder zu revolutionieren; denn die deutsche Industrie mache jetzt große Anstrengungen und die amerikanische habe sich mit Riesenschritten entwickelt. Dieser Konkurrenz werde England nicht gewachsen sein. Der Konkurrenz ging es gut, sehr viel besser, als Engels dachte. Gleichzeitig stieg aber die englische Gesamtausfuhr von 50 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1840 auf 223 Mill. Pfund Sterling im Jahre 1880. Ein Volk braucht nicht besorgt zu sein, wenn es den Nachbarn gut geht. Es wird dadurch selbst nicht ärmer, sondern reicher, *wenn es nur versteht, die neuen Gelegenheiten richtig und rechtzeitig zu erfassen*. England kam zu märchenhaftem Reichtum und großem politischen Glanze, bis seine törichte Handelseifersucht es antrieb, in dem großen Weltkriege Wohlstand und Leben aufs Spiel zu setzen. Schon vor anderthalb Jahrhunderten schrieb DAVID HUME: *»Im Verhältnis wie die Bewohner eines Landes wohlhabender und geschickter werden, steigern sich ihre Bedürfnisse; je mehr sie selbst produzieren, je größer die Menge austauschfähiger Dinge, die sie hervorbringen, desto mehr können und werden sie von den Bewohnern anderer Länder kaufen, desto bessere kaufkräftige Kunden für diese werden . . . Die Nationalindustrie eines Volkes kann selbst durch den größten Wohlstand seiner Nachbarn keinen Schaden nehmen . . .«*

Diese so unumstößliche Wahrheit sollten nicht nur die wirtschaftlichen Propheten im Inlande, sondern namentlich auch das Ausland beherzigen, das dem deutschen Volke für mehrere Generationen so furchtbar schwere Tributlasten zugebracht hat. *Die Propheten der Vergangenheit haben mit ihren düsteren Prognosen kein Glück gehabt; den Propheten der Gegenwart wird es nicht besser gehen. Lassen wir der Zukunft ihre Geheimnisse, begreifen wir statt dessen die Gegenwart, um ihr nützen zu können!* Es ist auch praktisch von größter Bedeutung, daß man die Dinge so sieht, wie sie sind, und namentlich sich nicht einem Pessimismus hingibt, wo Realismus am Platze wäre. Diejenigen Völker, die sich von den Ideen der Propheten gefangen

nehmen lassen, die die Schaffensfreude lähmen, weil sie die Schablone für unabwendbar halten, gefährden dadurch ihren wirtschaftlichen Fortschritt gegenüber anderen Völkern, die sich nicht durch das »Denken« und »Dichten« die Geschäfte verderben lassen. Auf die Frage einer weitverbreiteten Berliner Tageszeitung, wie sich Deutschlands wirtschaftliche Zukunft nach einer etwaigen Pariser Einigung gestalten werde, antwortete WERNER SOMBART, noch ehe der Inhalt des Abkommens bekannt war: »*Daß Deutschland nach der Pariser Einigung einen wirtschaftlichen Aufstieg erleben werde, ist ein kindlicher Aberglaube*«. Wer überzeugt ist von der Altersschwäche unseres Kapitalismus, muß wohl so urteilen, muß dadurch denen, die draußen im schweren Wirtschaftskampfe stehen, die Freude an der Arbeit nehmen, aber gerade deshalb sollte der Wissenschaftler ernstlich bemüht sein, Phantasie und Vorurteil da rücksichtslos zum Schweigen zu bringen, wo allein nüchterne Sachlichkeit am Platze ist.

DAS BOLSCHEWISTISCHE EXPERIMENT

FAST noch wichtiger als die Ergebnisse der theoretischen Forschung und der tatsächlichen Entwicklung in den kapitalistischen Ländern sprechen die Lehren des hochinteressanten Experiments gegen den Marxismus, das sich in dem bolschewistischen Rußland vor unseren Augen abspielt. Schon das Gesamtergebnis des Experiments sagt eigentlich genug: Rußland hat durch den Krieg weniger gelitten als Frankreich, weniger als das mit Kriegslasten entsetzlich überbürdete Deutschland. Es wurde von der Natur reicher bedacht als unser Vaterland und vor der russischen Revolution hieß es immer, daß nur der Druck des Zarismus von Rußland genommen zu werden brauche und es werde sich dann schon zeigen, das es das Land der unbegrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten sei. Wir können auch nicht leugnen, daß kluge, organisatorisch hervorragend begabte Köpfe sich im letzten Dezennium um das Geschick des russischen Volkes bemüht haben . . . so günstig waren also die Vorbedingungen und doch hat das arme reiche Rußland sich bei weitem noch nicht so aus dem Elend der Kriegs- und Nachkriegsjahre emporgerungen wie Frankreich oder Deutschland oder auch das faschistische Italien.

Es würde wahrscheinlich mit Rußland noch viel schlechter stehen, wenn sich die Russen nicht dazu verstanden hätten, kapitalistische Krücken zu borgen, um wenigstens einigermaßen mühsam weiterzukommen, *Krücken der kapitalistischen Vergangenheit*: Aus den Kirchen und Schlössern haben sie Gold, Edelsteine und kostbare Schätze der Kunst genommen, um daraus Guthaben in den kapitalistischen Ländern für Rußland zu machen — *Krücken der kapitalistischen Gegenwart*: Man profitiert von dem Glauben der Kapitalisten, daß das große russische Reich, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, schließlich sich doch wieder erholen werde, und es gelingt daher in den kapitalistischen Ländern verhältnismäßig große Summen zu borgen, wobei man eine Risikoprämie bezahlt, die doch erheblich unter dem bleibt, was eigentlich ange-

messen wäre. Doch noch in einem ganz anderen Sinne hat man sich kapitalistischer Krücken bedient: Lenin selbst schon wagte den für einen Kommunisten wenig folgerichtigen Schritt, einen Teil des scheinbar ausgerotteten Kapitalismus von neuem in die Wirtschaftsorganisation einzuführen. MARX wollte, daß im sozialistischen Zukunftsstaate der Geldpreis ganz ausgeschaltet werde und also versuchte man es auch in Rußland. Die Folge war, daß schon nach ganz kurzer Zeit die volkswirtschaftliche Katastrophe vor der Türe stand. Vergebens hatte man versucht, an Stelle des Geldes die Arbeit zum Generalnenner für alle Werte zu machen. Nicht einmal in der Theorie konnte ein Weg gezeigt werden, der zur Lösung der dadurch aufgeworfenen Probleme führte. An Stelle des Marktpreises suchte man mit großen Mitteln statistische Erhebungen nutzbar zu machen, um die wirtschaftliche Ordnung, die ja notwendig von Tag zu Tag immer wieder neu begründet werden muß, herzustellen. Auch das war ein fruchtloses Beginnen. Erst als LENIN sich entschloß in der »Neuen ökonomischen Politik« (NEP) den Markttausch im kapitalistischen Sinne mit den Einrichtungen des Geldes und Preises wenigstens teilweise wieder zuzulassen, der privaten Initiative einen wenn auch beschränkten Spielraum schuf, die Zusammenarbeit mit dem Privatkapital wieder zuließ, gelang es, das wirtschaftliche Leben einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Der allgemeinen Direktionslosigkeit wurde man so wenigstens vorübergehend wieder Herr, aber was man zustande brachte, blieb und bleibt doch noch unendlich weit zurück hinter der *Wirtschaftsordnung*, die man in den kapitalistischen Ländern für eine Selbstverständlichkeit hält.

Es hat sich in Rußland abermals gezeigt, was wir auch in der Zeit der Kriegswirtschaft und der Nachkriegswirtschaft auf Grund eigener Erfahrungen wußten, daß die behördliche Güterverteilung die schwerfälligste und teuerste Verteilungsmethode ist, die sich überhaupt denken läßt: Ende November 1928 berichtet W. STEIN der Vossischen Zeitung aus Moskau: *»Stundenlang und in langen Schlangen stehen die Käufer vor den Läden nach Fleisch, Butter, Milch, Mehl, Hülsenfrüchten*

usw. und oft vergeblich. Hat man Glück, bekommt man einige Eßwaren, die in den staatlichen Geschäften nicht zu haben sind, bei Privathändlern auf dem Markt, die jedoch einen 100 bis 300-prozentigen Aufschlag nehmen . . .

Auch die optimistischen Erwartungen, die nicht nur die Kommunisten hinsichtlich der Möglichkeiten der *Produktion* hegten, sind schmachlich getäuscht worden. Die bolschewistische rücksichtslose Zentralisation hat schließlich doch kein Plus, sondern volkswirtschaftlich gesehen ein Minus gebracht. Das ist nicht zufällig, sondern erklärt sich aus starken Gründen: Es fehlt den Bolschewiken der kapitalistische Unternehmer. Er läßt sich nicht durch den behördlichen Schematismus ersetzen, weil dieser nie die unmittelbare Selbstverantwortung in sich schließen kann, die für den wirtschaftlichen Erfolg unerlässlich ist. Der erfolgreiche Unternehmer muß in seiner Person eine Vielheit von Funktionen vereinigen. Er ist der Organisator, der Sachliches und Menschliches so zweckmäßig wie möglich miteinander zu verbinden hat, er ist der Eroberer, der ökonomisches Neuland für seine Geschäfte gewinnen muß, er ist der Entdecker und Erfinder, der immer wieder bemüht sein muß, räumlich und technisch neue Möglichkeiten für seine Tätigkeit auszudenken und durchzuführen, er ist der Erzieher, der sich und andere zur wirtschaftlichen Sparsamkeit, Geschicklichkeit, Arbeitsamkeit anhalten muß, er ist der Händler, der die zwei Tätigkeiten des Berechnens und des Verhandeln zu einem gemeinsamen Ganzen zu vereinigen hat. Von dem Grade, wie all diese Fähigkeiten und Geschicklichkeiten in einem Volke zur Entfaltung gebracht werden, hängt es in erster Linie ab, wie dieses Volk sein Verhältnis zur Güterwelt gestaltet, hängt das materielle Wohl und Wehe der Nation ab. Die Unternehmerpersönlichkeiten werden sich nur dann voll entfalten können, wenn Initiative, Selbstverantwortung und Arbeitsfreudigkeit zu einem harmonischen Dreiklang gebracht werden. Dann erst werden wir die Energie und Geschäftsführung haben, die wir haben müssen und die wir in den Dutzenden Jahren gehabt haben, wo der Grund für Deutschlands wirtschaftliche Größe gelegt worden ist. *Ein schabloniertes regle-*

mentiertes Unternehmertum ist ein Widerspruch in sich selbst. Als HUGO STINNES vor der Sozialisierungskommission davor warnte, die führenden Unternehmerpersönlichkeiten auszuschalten, wurde ihm von sozialistischer Seite erwidert, die wolle man ja gerade einschalten. STINNES antwortete: »Wenn Sie mich einschalten wollen, so bin ich in kurzer Zeit nichts mehr wert . . . Als Privatmann kann ich der Sache wegen eher umsonst arbeiten, als daß ich als Angestellter für eine Vielheit von Personen arbeite, die nichts von der Sache verstehen.« Die Gefahr ist groß, wie die Tatsachen in dem bolschewistischen Rußland, aber auch anderwärts zeigen, daß die so wichtigen Unternehmerfähigkeiten um so mehr schwinden, je mehr man sich von dem kapitalistischen System entfernt.

Einig sind sich alle Sachkenner, daß es im Sowjetsystem trotz aller Bemühungen bisher nicht möglich war, die für die proletarischen Arbeitermassen, aber auch für den Gang der volkswirtschaftlichen Kooperation so außerordentlich wichtige Wohnungsfrage der Lösung näher zu bringen. In einem fortlaufenden Bericht, den die Frankfurter Zeitung unter dem Titel »Leben in Zukunftsplänen« über die neurussischen Verhältnisse veröffentlicht und der offenkundig von einem unbefangenen und sehr guten Beobachter verfaßt wurde, heißt es (F.Z. 26/5 1929):

»Man baut; aber man kommt nicht nach. Man rationiert den Wohnraum auf ein Mindestmaß, nimmt frühere Hotels und alles, was man sonst freimachen kann, zur Hilfe, und es reicht doch nicht. So rücken die Menschen immer dichter nebeneinander, aufeinander . . . In Wirklichkeit haben zahllose Familien nicht einmal einen Raum für sich allein, sondern sie müssen ihn, Ehepaar mit Kindern, noch mit einer andern Familie teilen; der Kreidestrich, der im alten Rußland solche Wohnungen abgrenzte, erfüllt auch im neuen Rußland noch die gleiche Funktion.« Und das nach einer zehnjährigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die doch ausschließlich den Interessen des Proletariats dienen sollte!

Die Erfahrungen in Sowjetrußland zeigen deutlich, daß das stärkste Argument, das gegen eine Verwirklichung des marxisti-

schon Sozialismus spricht, das ist, daß im sozialistischen Staat eine Wirtschaftsordnung ernstlich gar nicht mehr gedacht werden kann: Hunderttausende von Einzelwirtschaften im In- und Auslande müssen ineinandergreifen, und zwar sofort und unmittelbar, obwohl sich das Bild der wirtschaftlichen Geschehnisse von Tag zu Tag völlig ändert. Möglich ist das nur, weil und wenn man mit *Preisen*, die für jedes Fertigprodukt wie für alle Produktionsmittel automatisch und elastisch bei dem fort dauernden Spiel von Angebot und Nachfrage sich bilden, kalkulieren und rechnen kann. Die russischen Machthaber versuchten, weil ihnen diese Tatsache nicht verborgen bleiben konnte, die freie Preisbildung für die fertigen Güter, die an den Markt gebracht werden konnten, bis zu einem gewissen Grade wieder einzuführen. Aber das war nur halbe Arbeit und erwies sich auch in der Folge als ein unzulängliches Stückwerk, weil die freie Preisbildung jedenfalls da fehlt, wo sie besonders wichtig ist, bei dem Kapital. Das Kapital stellt »vorgetane Arbeit« in den Dienst der Produktion. Die Verfügung über Kapital macht es möglich, daß man weitgehende Produktionsprozesse durchführen kann, ohne daß man ängstlich zu fragen braucht: Wovon lebe ich heute und wovon lebe ich morgen? Das Kapital in diesem Sinne kann nur gebildet werden, wenn man den gegenwärtigen Konsum einschränkt und einen Teil des so »Ersparten« in den Dienst der Produktion stellt. Dieses Kapital ist knapp, es muß irgend eine Einrichtung da sein, die es dahin bringt, wo der Bedarf am dringendsten ist, und es muß zugleich dafür gesorgt werden, daß im Preise des fertigen Produktes in zuverlässiger Weise die Größe der Kapitalverwendung, die Höhe des Zinses mit einkalkuliert wird. Das alles ist nur dann möglich, wenn wir einen Zins im Sinne eines automatischen, elastischen, freien Marktpreises haben. Das ist aber wieder nur denkbar, wenn ein freier Austausch möglich ist. Der freie Austausch der Kapitalgüter setzt jedoch Privateigentum am Kapital voraus und es ist begreiflich, daß die Bolschewisten und die Sozialisten davon gar nichts wissen wollen; denn das Zugeständnis von der Notwendigkeit des Privateigentums an den Kapital-

gütern würde zugleich auch das Zugeständnis des völligen Bankrotts ihrer Theorien bedeuten. Soweit sich dennoch in Rußland ein privater Kreditmarkt in engsten Grenzen entwickeln kann, zeigt er phantastische Zinssätze; nach dem amtlichen russischen Finanz-Nachrichtenblatt belief sich der private Diskontsatz nicht unter 5—6 % *monatlich!* Diese Ziffer ist ebenso lehrreich wie die Tatsache, daß das amtliche Wirtschaftsbulletin des Konjunkturinstituts (1927) in Moskau die *dauernde* städtische Arbeitslosenziffer mit 1,7 Millionen angibt. Da das Sowjetsystem bemüht ist, die Preise der Agrarprodukte ebenso mit künstlichen Mitteln niedrig wie die städtisch-industriellen Löhne hoch zu halten, muß notwendigerweise das Arbeitslosenproblem von Jahr zu Jahr bedrohlicher werden. Man kann in Sowjetrußland wählen zwischen scheinbarer und vorübergehender Besserstellung eines Teils der Industriearbeiterschaft durch hohe Löhne und niedrige Konsumpreise verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit einerseits, Druck auf die Löhne und Hochhaltung der Preise zwecks Förderung der Kapitalbildung und der dadurch allein möglichen *wirklichen* Bekämpfung der Arbeitslosigkeit andererseits. Das letztere müßte aber mit innerer Notwendigkeit zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückführen.

Noch fährt man mit dem Blindekuhspiel fort, schließlich wird dabei aber auch der an Stillehalten so sehr gewöhnte Russe die Geduld verlieren. Schon beginnt unter dem Druck der fortschreitenden Not im Obersten Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion (1928) ganz offen die Erörterung der Frage, wie das Zurückbleiben der Arbeitsleistung hinter den Voranschlägen zu erklären sei. Die einen weisen auf die in besorgniserregender Weise sinkende Arbeitsdisziplin hin, die anderen, namentlich die Gewerkschaftsvertreter, machen den Rohstoffmangel und die allgemeine Mißwirtschaft verantwortlich. Wie stark diese Mißwirtschaft ist, zeigt der von der Moskauer Zentrale berechnete Lebenshaltungsindex an; er stand im August 1928 auf 237 gegen 215 im September 1927 (Grundzahl 100 = Monatsdurchschnitt von 1913). Derartige Ergebnisse sind ein ernstes Mene Tekel für die derzeitigen russischen Gewalthaber!

Wären die russischen Massen keine Russen, d. h. halbasiatische Sklavennaturen, die sich seit Jahrhunderten daran gewöhnt haben, daß die jeweiligen Machthaber aus der Haut der treuen Untertanen Riemen schneiden, hätten sie das bolschewistische Experimentieren schon längst satt bekommen. Jedenfalls hat es bisher keinen Beweis für die Richtigkeit marxistischer Theorie und Wirtschaftspolitik erbracht.

DRITTES KAPITEL

DER KAPITALISMUS ALS VOLKSWIRTSCHAFTLICHES WERKZEUG

KARL MARX sagte im dritten Bande des »Kapital«: *»Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, so muß es der Zivilisierte und er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen«.* So ist es. Der Adamsfluch kann von der Menschheit in keinem irgendwie ausgestalteten Zukunftsstaate weggenommen werden. Um sein Schicksal tragen zu können, hat der Mensch viel mehr Fähigkeiten und Einsichten mit auf den Weg bekommen als irgendein anderes lebendes Wesen. Mit fortschreitender Kultur lernte er es immer besser, der Natur Vorteile abzutrotzen. Aber dieser selbe Fortschritt vermehrte die Zahl der Menschen, steigerte ihre Bedürfnisse und damit wurden sie immer wieder vor die Tatsache gedrängt, daß die Bodenkraft nicht beliebig vermehrt werden kann. Es gilt trotz aller Fortschritte das »Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag«, das den Menschen zwingt, immer von neuem darüber nachzusinnen, wie er die Wirkungen dieses Gesetzes ausgleichen kann, wie er aus dem Wenigen, was ihm die Natur gibt, möglichst viel machen kann. Deshalb lernte er die Arbeitsteilung anzuwenden. ADAM SMITH beginnt das erste Buch seines klassischen Werkes mit dem Satze: *»Was die hervorbringende Kraft der Arbeit am meisten vergrößert und die zu ihrer nützlichen Verwendung erforderlichen Kenntnisse und Geschicklichkeiten am meisten gefördert hat, ist der Umstand gewesen, daß man die Arbeit geteilt hat!«* Daraus entstand ein unendlich komplizierter Arbeits- und Tauschprozeß, der sich über die ganze Welt so verteilt, daß wir kaum einen Gegenstand in die Hand nehmen können, bei dem nicht direkt und indirekt Hunderttausende von Händen und Köpfen in aller Herren Länder tätig gewesen sind, ehe der Rohstoff, das Werkzeug, das Fabrikat fertiggestellt und mit meist höchst kostspieligen Transport- und Handelseinrichtungen an den Konsumenten herangebracht werden konnte.

Es liegt auf der Hand, daß in einem solch komplizierten Arbeitsmechanismus unmöglich *unmittelbar* für den Bedarf ge-

sorgt werden kann. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß es doch immer wieder der Bedarf ist, der Ursache und Ziel des unübersehbaren Ineinandergreifens der Einzelwirtschaften sein muß. Man stellt daher mit Unrecht der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung die mittelalterliche Bedarfsdeckungswirtschaft gegenüber. Der Bedarfsdeckung galt das Sinnen und Trachten einst ebenso wie heute, nur daß die heutige Bedarfsdeckung infolge der quantitativ und qualitativ so enorm gesteigerten Bedürfnisse unendlich viel schwieriger geworden ist; viel mehr rasche Entschlußkraft erfordert sie und viel wichtiger ist das »Erwerbsstreben« geworden. Auch der mittelalterliche Handwerker wollte erwerben und erst recht der Handel, der Großbetrieb, der Verlag in der damaligen Zeit; aber der moderne Industrielle, der moderne Kaufmann muß viel schneller wägen und viel mehr wagen, sie können rascher gewinnen, aber auch rascher verlieren. Und dazu kommt noch ein anderer besonders wichtiger Unterschied, auch wieder nicht im Wesen, aber im Grade: Das »*Kapital*« spielt in der modernen Wirtschaft eine unendlich viel wichtigere Rolle als in der gemächlicheren Wirtschaft der Vergangenheit.

Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne ist die Gesamtheit der Güter, die aus dem fortlaufenden Produktionsprozeß nicht für Konsumzwecke herausgenommen werden, sondern im Interesse der Reichthumsvermehrung in der Produktion weiterarbeiten. Kapital ist »vorgetane Arbeit«. Ein produziertes Produktionsmittel, also ein *technisches* Ergebnis, ist noch nicht ohne weiteres Kapital. Eine noch so wunderbar konstruierte Arbeitsmaschine wird erst dann Kapital, wenn sie so in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden kann, daß dadurch in zweckmäßiger Verbindung mit Arbeit und Bodenkraft die für die Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehenden Gütermengen vermehrt werden, mit einem Worte, wenn dadurch die Arbeit produktiver ausgestaltet werden kann. Man könnte nun versucht sein, von Kapitalismus alleweil dann zu sprechen, wenn mit Hilfe von »vorgetaner Arbeit« produziert wird. Da das aber bei jeder irgendwie vorgeschrittenen Wirtschaftsweise der Fall ist, würde mit dem viel umstritte-

nen Wort lediglich eine Tatsache bezeichnet, deretwegen jeder Streit sinnlos sein würde. Kapitalismus ist nun aber einmal ein Kampfwort geworden wie kaum ein zweites in der Gegenwart. Sehen wir an einer so maßgebenden Stelle, wie es das Handwörterbuch der Staatswissenschaften ist, nach, was es für eine Bewandtnis hat mit dem Kapitalismus, so lesen wir da (in dem von LUDWIG POHLE verfaßten Artikel »Kapitalismus«): »*Der Ausdruck Kapitalismus ist seinem Ursprung nach nicht ein wirtschaftlicher Begriff, sondern ein politisches Schlagwort*« . . . »*Seinem Ursprung nach läßt sich Kapitalismus definieren als die bestehende Wirtschaftsverfassung gesehen durch die Brille des Sozialismus.*«

Setzen wir die gefärbte Brille ab und betrachten das heutige Wirtschaftssystem in seiner wirtschaftlichen Eigenart, so können wir unter Beiseitlassung aller soziologischen Nebenwirkungen sagen: *Kapitalismus nennen wir ein Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, die grundsätzlich durch ein mit Kapitalrisiko verbundenes individuelles Gewinnstreben zum Fortschritte angetrieben und durch Konkurrenz in Ordnung gehalten werden.* Diese Definition bedarf einer Erläuterung: Grundsätzlich kann in unserer Wirtschaftsordnung jeder selbst entscheiden, wo und wie er sich betätigt und insbesondere wie er die ihm zur Verfügung stehenden materiellen Mittel verwenden will. Der wirtschaftliche Fortschritt verlangt, daß das nach dem Wirtschaftsprinzip erfolgt, also so, daß mit gegebenen Mitteln möglichst viel erreicht wird. Dem, der als Einzelwirt wirtschaftlich handelt, winkt als Prämie ein erhöhtes Einkommen; so wird das individuelle Gewinnstreben zum Antriebe für wirtschaftlich zweckmäßiges Handeln. Ihm verdanken wir die großen wirtschaftlichen und organisatorischen Fortschritte. Jeder, der mit seinem Tun und Lassen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung steht, trägt seine eigene Haut und — das ihm zur Verfügung stehende Kapital zu Markte. Mit jeder Produktion ist notwendig Kapitalrisiko verbunden; es wird in der bestehenden Wirtschaftsordnung regelmäßig nicht von der Gesamtheit getragen, sondern von dem Einzelnen. Der Unternehmer, insbesondere der Kapital verwirt-

schaftet, wird mit dem Verlust seines Vermögens, seiner sozialen Stellung bestraft und er kann nicht so leicht wie der Arbeiter darauf rechnen, wenn er arbeitslos geworden ist, einen Posten zu finden, der ihm eine ähnliche Vergütung und ähnliche Verwendung sichert wie bisher. Nicht selten wird er gezwungen, viele Sprossen auf der sozialen Stufenleiter herunterzuklettern. Stärker als durch eine derartige Risikoübernahme kann denen, die die Verantwortung für das Wägen und das Wagen in der Volkswirtschaft zu tragen haben, der Ernst und die Bedeutung ihrer Aufgabe nicht zum Bewußtsein gebracht werden.

Nun höre ich schon den Einwand: Ein Sichauslebenlassen der kapitalistischen Instinkte im Unternehmertum müsse aber doch zu moralisch und sozial höchst bedenklichen Erscheinungen führen.

Gewiß kann das in manchen Fällen so sein und das Bedenkliche dieser Tatsache darf nicht verkannt werden. Aber gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sind starke Schranken aufgerichtet, die ein unerwünschtes Ausleben der kapitalistischen Instinkte jedenfalls in größerem Ausmaße verhindern. Da ist zunächst der Erwerbstrieb der Kapitalisten als solcher eine wichtige innere Schranke, die den Einzelnen zwingt, das, was er erworben hat, gerade dann, wenn er ein reicher Mann ist, nur zum kleineren Teile für sich, zum weitest aus größten Teile für andere zu verwenden. Der Milliardär wird von den vielen Millionen, über die er jährlich neu zu verfügen hat, nur einen ganz geringen Teil für sich selbst ausgeben, sein kapitalistischer Geist, sein Streben nach mehr, drängt ihn, seine Mittel zur Verfügung zu stellen, sei es direkt, sei es durch Vermittlung der Banken, zum Bau von neuen Fabrikanlagen, zur Vergrößerung der verschiedenen Unternehmungen, gewiß zunächst im eigenen Interesse; aber indem er so handelt, macht er sein Kapital zugleich nutzbar für die Massen der Arbeiter, indem er mehr Arbeitsgelegenheit schafft. Er sorgt dafür, daß nicht nur die bisherigen Arbeiter, sondern weitere Hunderte und Tausende, wie es bei einer wachsenden Bevölkerung notwendig ist, Arbeitsgelegenheit finden.

Eine Schranke anderer Art ist die Konkurrenz: Weil das Erwerbsleben in das Konkurrenzsystem eingespannt ist, kann die Profitgier der Einzelnen den Konsumenten nicht beliebig ausbeuten. Die Konkurrenz der anderen, die auch gerne verdienen möchten, hindert ihn daran. Sie ist so das beste Mittel, um an den wirtschaftlichen Fortschritten alsbald auch die Massen der Arbeiter und der Konsumenten teilnehmen zu lassen. Die Konkurrenz ist es auch, die die untüchtigen unter den Unternehmerpersönlichkeiten früher oder später unerbittlich zurückdrängt. Da, wo sich aber in diesem kapitalistischen System Friktionen, Unbilligkeiten, Hemmungen zeigen, vermag eine Gesetzgebung nachzuhelfen, die gezwungen ist, auf die Stimmung der breiten Massen der Wähler Rücksicht zu nehmen und die auf einer öffentlichen Meinung fußt, die gegen nichts so argwöhnisch ist, wie gegen die kapitalistische Gewaltherrschaft. Man darf wohl sagen, daß davon getrieben der Gesetzgeber nicht zu wenig, sondern eher zu viel nach dem Rechten im Wirtschaftsleben sieht.

Die Konkurrenz ist weit davon entfernt etwas Ideales zu sein, aber wir müssen schon zugeben, daß das Gewinnstreben auf der einen, die Konkurrenz auf der anderen Seite Fortschritt und Ordnung in der Volkswirtschaft so miteinander verbinden, wie es sonst kein Wirtschaftssystem auf Grund der weitausgehenden alle Länder der Welt umspannenden Arbeitsteilung vermag. Die Konkurrenz wird ihre Aufgabe um so besser erfüllen können, je weniger sie »frei« im Sinne von ungezügelt und daher ruinös ist.

Das individuelle Kapitalrisiko setzt Privateigentum auch an den Produktionsmitteln voraus. Was das Privateigentum volkswirtschaftlich bedeutet, wie notwendig es für die Ordnung und den Fortschritt ist, ergibt sich aus folgenden Überlegungen: 1. Das vererbliche Privateigentum spornt zum Erwerbe an und setzt der Konsumtion Schranken; 2. Das Privateigentum macht das über das unmittelbare Konsumtionsinteresse hinausgehende wirtschaftliche Interesse der einzelnen Eigentümer zum Regulator des wirtschaftlichen Lebens, es bringt Ordnung in die Gesellschaft, übt eine Art

»hausväterliche Gewalt« (Rodbertus) aus. Die Bestellung und Durchführung der Produktionsleitung macht schon heute Schwierigkeiten genug, die aber noch viel größer sein würden, wenn das Privateigentum seine Rolle ausgespielt hätte. Auf Grundlage des Privateigentums entscheidet das wohlverstandene wirtschaftliche Interesse z. B. bei der Aktiengesellschaft; ohne Privateigentum würden außer den wirtschaftlichen Interessen eine Fülle von außerwirtschaftlichen Gesichtspunkten namentlich solche parteipolitischer Art — im weitesten Sinne des Wortes —, ausschlaggebende Bedeutung erlangen zum Schaden der Volkswirtschaft.

Den unleugbaren Vorteilen des Privateigentums steht gegenüber, daß insbesondere das Privateigentum an den Produktionsmitteln den Besitzern eine wirtschaftliche, soziale, manchmal auch politische Macht vermitteln kann, die volkswirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen ist. Doch die volkswirtschaftliche Entwicklung hat hier eine Reihe von wertvollen Korrekturen gebracht. So ist es — namentlich unter Ausnutzung der verschiedenen Gesellschaftsformen — immer mehr möglich geworden, das wirtschaftliche Führertum von der durch das Privateigentum gegebenen unmittelbaren Verfügungsgewalt über Kapital loszulösen; der Zusammenschluß der Arbeiter, der Konsumenten, die starke politische Macht der breiten Massen, der Argwohn der öffentlichen Meinung tragen das Ihrige dazu bei, in Verbindung mit einer sozialen Gesetzgebung unerwünschte Begleiterscheinungen des Privateigentums zurückzudrängen; insbesondere aber: die Gesamtgestaltung der weltwirtschaftlichen Produktion befiehlt ihrerseits dem Kapital »einzusteigen«; weigert es sich eigenwillig, will der einzelne Kapitalist den Herrn spielen, so wird er regelmäßig mit einem Gewinnverlust bestraft. Mit Recht spricht man daher — das tut beispielsweise auch NAPHTALI in seinem Buche über Wirtschaftsdemokratie — von einem »Gesetz« der abnehmenden Herrschaft des Eigentums über den Menschen.

Die auf dem Gewinnstreben und dem Privateigentum der einzelnen beruhende Konkurrenz wirkt sich am »Markt«, d. h. bei

dem regelmäßigen Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage für die fertigen Güter sowohl wie für die Produktionsmittel aus. Dabei bildet sich der Preis. Er hilft entscheidend, daß sich das Wirtschaftsprinzip in der Tauschwirtschaft verwirklicht. Er reguliert die Nachfrage durch Ausschluß weniger wichtiger Bedürfnisse und er treibt das Angebot an, Arbeit, Kapital und Boden so zu neuen Erzeugnissen zu kombinieren, das sich volkswirtschaftlich ein höchstmögliches Ergebnis daraus ableitet. *Durch den Preisbildungsprozeß wird ein Wirtschaftsplan aufgestellt und realisiert, kein starrer, am grünen Tisch konstruierter, sondern ein im Leben und durch das Leben Tag für Tag neu gestalteter Wirtschaftsplan!* In diesem Sinne ist die kapitalistische Wirtschaftsverfassung auch die denkbar beste Wirtschaftsordnung. Die ungeheure Mannigfaltigkeit der Rohstoffe, der Halbfabrikate, der Grenzfabrikate der Konsumtions- und der Produktionsmittel, der ununterbrochen in millionenfacher Variation sich vollziehende Gütertausch, der unzählige Einzelwirtschaften in der ganzen Welt miteinander in Verbindung bringt, verlangt ein elastisches und automatisches Mittel, um das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften so reibungslos wie möglich zu bewerkstelligen. Dieses Mittel kann nicht durch die öffentliche Gewalt, etwa mit Hilfe statistischer Feststellungen geboten werden; die Statistik hat dabei den fatalen Fehler, daß dann, wenn ihre Ergebnisse veröffentlicht werden, sie schon nicht mehr stimmen. Es gibt nur ein Mittel, das die erforderliche Elastizität und automatische Wirksamkeit verbürgt, und das ist der am Markt sich bildende Preis. Er ist tatsächlich der große prompt wirkende Organisator am Markte, er ist Ordner nicht nur für die fertigen Güter, sondern auch für die Produktionselemente. Namentlich hat der Preis für die Arbeit und ganz besonders auch der Preis für die Kapitaldisposition, der Zins, in der gesamtvolkswirtschaftlichen Ordnung eine sehr große Bedeutung. Mag bei der Preisbildung mancherlei Unerwünschtes und Ungerechtes mit unterlaufen, im großen ganzen gesehen ist der Konkurrenzpreis als Regulator der Volkswirtschaft durch nichts zu ersetzen, das auch nur entfernt dieselben Dienste

leisten könnte. Der Preis als Regulator am Markte setzt aber Konkurrenz voraus, nicht wilde, atomisierte Konkurrenz, aber doch Konkurrenz, und zwar auch bei den Produktionsmitteln, also auch beim Kapital. Das macht aber wieder Privateigentum an diesen Produktionsmitteln, also eine kapitalistische Wirtschaftsordnung erforderlich.

Würden alle produzierten Güter gleichmäßig verteilt, so würde an die einzelnen jeweils verhältnismäßig wenig mehr entfallen, als heute etwa ein Arbeiter bekommt. Und man brauchte sich nicht zu verwundern, daß fast alles konsumiert würde. Dieser Unterschied zwischen reich und arm ist schon ein Mittel, um Kapital zu bilden, dessen entscheidende Bedeutung für *jedes* Wirtschaftssystem von keinem Sachverständigen bestritten wird. Noch mehr trägt zur Kapitalbildung das Gewinnstreben der Unternehmer bei. Nicht nur, daß dadurch der Gütererzeugung und dem Güterumsatz immer wieder neue zweckmäßigere Wege gewiesen und geebnet werden, die Mittel selbst, die der Unternehmer gewinnt, werden zum weitaus überwiegenden Teil der Volkswirtschaft in Form des so wichtigen Kapitals zugeführt. Es ist schon so, wie ein hervorragender Nationalökonom gelegentlich gesagt hat (BÖHM-BAWERK), die Handlungen sind weiser und weitreichender im volkswirtschaftlichen Leben als die Gedanken der Handelnden, die wirtschaftliche Vernunft bedient sich gewissermaßen menschlicher Begierden und Triebe, ja sogar menschlicher Schwächen, um wirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht zu werden. Wir wären ein gut Teil weiter in der für den sozialen Frieden so wichtigen sozialökonomischen Erkenntnis, wenn man endlich begreifen wollte, daß das Gewinnstreben keineswegs ein notwendiger Gegensatz zu dem Dienst am Volke ist, daß gerade die großen Gewinnstreber, wie ich gelegentlich einmal in anderem Zusammenhang ausführte, die RATHENAU und FORD, CARNEGIE und ROCKEFELLER, der Bankmann SIEMENS ebenso wie der Ingenieur SIEMENS, indem sie Gewinn erarbeiteten, das volkswirtschaftliche Kapital mehren halfen, sicher nicht weniger für sozialen Fortschritt, für Kulturmenschwerdung oder wie man es sonst ausdrücken mag, getan haben als diejenigen,

die Gesetzesparagrafen formulieren und dadurch nach außen Schildträger der Sozialpolitik wurden.

Die großen Dienste, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung uns bisher geleistet hat, und das müssen wir hoffen, auch in Zukunft weiter leisten wird, dürfen aber nun nicht dazu führen, die Bedeutung dieser Wirtschaftsordnung zu überschätzen. Sie ist trotz allem nicht mehr als ein Werkzeug für den Menschen in seinem Kampfe mit der Natur. Daraus sind im späteren Verlaufe dieser Erörterungen noch Folgerungen zu ziehen.

VIERTES KAPITEL

DIE LEISTUNGEN IM ZEITALTER DES KAPITALISMUS

IN allen Staaten gab es vom 15. bis zum 18. Jahrhundert eine große Masse besitzloser armer arbeitsfähiger Leute, die ihren Unterhalt durch eine Erwerbstätigkeit nicht oder nicht in ausreichendem Maße fanden und die infolgedessen entweder bettelten oder hungerten und schließlich starben. So berichtet SOMBART mit der ausdrücklichen Feststellung: »Die Tatsache des Massenelends während aller Jahrhunderte des Frühkapitalismus und in allen europäischen Ländern ist durch eine hinreichende Menge von Belegen verbürgt.« In Deutschland rechnete man im 18. Jahrhundert in den geistlichen Territorien auf je 1000 Einwohner 260 Bettler. Anderswo war es nicht besser: »Die Worte des Gesetzgebers: der Bettel nehme je länger je mehr zu, sind ständige Formeln«. Damit vergleiche man: Im Jahre 1895 wurde für das ganze Reichsgebiet eine Zählung der Arbeitslosen veranstaltet und zwar am 14. 6. und am 2. 12., also einmal in der wärmeren Jahreszeit bei starker Beschäftigung und einmal im Winter, wo zahlreiche Arbeiter durch die Witterungseinflüsse zu feiern gezwungen sind. Die Arbeitslosen (mit Unfähigen zusammen) machten im Juni 0,58 % und im Dezember 1,48 % der Bevölkerung aus. Bezieht man ihre Zahl nur auf die erwerbstätige Bevölkerung, so waren es im Sommer 1,35 % und im Winter 3,46 %. *Die Gegenüberstellung redet eine deutliche Sprache.*

Dabei muß man aber noch wissen, daß die Bevölkerung Deutschlands um 1700 nur 14 bis 15 Millionen Menschen umfaßte, gegen Ende des 19. Jahrhunderts dagegen 56 Millionen. Es war keine Kleinigkeit den großen Bevölkerungszuwachs bei gleichzeitiger Steigerung der Erwerbstätigkeit am Arbeitsmarkte unterzubringen. v. ZWIEDINECK schätzt, daß der Zuwachs an Erwerbstätigen in den letzten Jahren vor dem Kriege in Deutschland jährlich rund 650 000 Menschen betragen habe, und fährt dann fort: »Die Aufsaugung dieses Jahreszuganges wurde von der Wirtschaft ohne nennenswerte Hemmungen, also ohne wesentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit vollzogen, man muß daher sagen, die Wirtschaft war auf dieses Wachstum der

Erwerbstätigkeit eingestellt«; eine staunenswerte Leistung des Kapitalismus.

Die Menschen wurden im Zeitalter des Kapitalismus gesunder, ihr Leben ganz wesentlich verlängert. Die mittlere Lebensdauer stieg in Preußen von 35,38 Jahren bei den Männern und 37,99 Jahren bei den Frauen im Durchschnitt der Jahre 1867/77 auf 46,42 bzw. 50,03 im Jahrfünft 1906/10. Im Durchschnitt der Jahre 1924/26 lauteten die entsprechenden Ziffern 55,97 bei den Männern und 58,52 bei den Frauen. Die Sterblichkeit betrug 1841/45 für das alte Reichsgebiet 26 pro 1000 Einwohner, 1913 nur 14,8 und 1927 sogar nur 12,0.

Es gelang in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege zudem, die materielle Lage der großen Bevölkerungsmasse überraschend schnell zu bessern. In REDENS »Erwerbs- und Verkehrsstatistik des Königsstaats Preußen« (Darmstadt 1854) wird berichtet, daß der höchste Durchschnittslohn im Regierungsbezirk Düsseldorf bezahlt worden sei, nämlich 9 Silbergroschen pro Tag und Mann. Wie die Arbeiter damals mit ihrem geringen Lohn auskamen, erzählt der sozialdemokratische Arbeiterführer EDMUND FISCHER: »Zwar waren die Lebensmittel in der Mitte des vorigen Jahrhunderts bedeutend billiger als heute; aber das Brot war z. B. relativ teurer und das billige westfälische Schwarzbrot ungemein schlecht. Die Wohnungen und Kleider der Bergarbeiter waren wie das ganze Leben sehr ärmlich. Irgendein Kulturbedürfnis war nicht vorhanden, hätte auch nicht befriedigt werden können.« Will man noch weiter zurückgehen, so mag man nachlesen, was Dr. JOHANN FRIEDRICH ZÜCKERT 1762 über die Naturschichte und Bergwerksverfassung des Oberharzes zu sagen hat: Die Haushaltung des Bergmannes sei sehr »klein und einfältig«, von den geringen Verdiensten könne er sich nichts ersparen; »sie sind bei ihrer Armut noch allemal Verschwender«. Einige irdene Teller und Töpfe sei der ganze Hausrat. Der Kleidervorrat bestehe aus »einer einzigen Puffjacke« »Betten kennt der Bergmann nicht. Er liegt auf Stroh, deckt sich mit der Puffjacke zu«.

Der durchschnittliche Tagelohn für Maurer und Zimmerer

stieg in Berlin von 3 Mk. im Jahre 1882 auf 6,75 Mk. im Jahre 1908 und der Schichtlohn eines Steinkohlenbergarbeiters hob sich von 3,98 im Jahre 1890 auf 6,02 Mk. im Jahre 1912. Nebenher ging der Ausbau der sozialen Fürsorge, namentlich im Rahmen der Arbeiterversicherung. Während die deutschen Arbeiter bis 1912 rund 5 Milliarden an Beiträgen für die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung aufgebracht hatten, wurden ihnen bis dahin Vergütungen im Gesamtbetrage von über 9 Milliarden zuteil. Dazu waren beinahe noch 2,7 Milliarden reserviert. Die jährlichen Leistungen der Arbeiterversicherung überstiegen in den Jahren vor dem Kriege jährlich eine Milliarde Mark erheblich.

Die Lohnsteigerungen bedeuteten, da der Geldwert ziemlich stabil war, eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter. Der Fleischverbrauch stieg pro Kopf der Bevölkerung im Gebiete des Deutschen Reiches von 13,6 kg im Jahre 1816 auf 48,5 kg im Jahre 1911 und erreichte im Jahre 1927 die hohe Durchschnittsziffer von 53,42 kg. Der Verbrauch roher Baumwolle stieg von 0,34 kg pro Kopf jährlich im Jahre 1836/40 auf 7,6 kg im Jahre 1912. Auch der Verbrauch von Wolle und Jute hatte schnell zugenommen. Im Wohnungswesen waren trotz vieler Mißstände im einzelnen doch allenthalben entschiedene Verbesserungen festzustellen, die unteren Schichten wohnten 1914 jedenfalls in den Städten durchweg weit besser, jedenfalls viel hygienischer als vor 50 oder 100 Jahren.

Trotz des stark gesteigerten Konsums und trotz einer Ausgabe für Heeresrüstung, die in den letzten Jahren vor dem Kriege den Betrag von anderthalb Milliarden erheblich überstieg, brauchte Deutschland vor Kriegsausbruch nicht über Kapitalknappheit zu klagen: Der Durchschnittskurs der deutschen 3prozentigen Staatsanleihe stellte sich 1912 auf 80,11 %, man begnügte sich mit einer Rente von 3,74 %. Die letzte große deutsche Reichsanleihe im Jahre 1929 muß den Zeichnern eine faktische Rente von durchschnittlich 9—10 % in Aussicht stellen; und war dennoch ein arger Mißerfolg!

Der im Vergleich mit der gesamten Entwicklung der vorher-

gegangenen Jahrhunderte wahrhaft glänzende Aufschwung der kapitalistischen Länder im allgemeinen und Deutschlands insbesondere war nicht das Ergebnis eines unverdienten Glückfalles, sondern mußte durch große Schaffensenergie, durch Mut, immer wieder neue Wege einzuschlagen, durch unerhörten Aufschwung der Technik, aber auch durch verständnisvolle Mitarbeit der Millionen Arbeiter hart erstritten werden. Von 1871 bis 1912 steigerte sich in Deutschland die Produktion der Stein- und Braunkohle um mehr als das 7fache, diejenige der Eisenerze um das 4fache, die Zunahme des Roheisens und Eisenerzverbrauchs bezifferte sich von 1885 bis 1912 auf 384,5 %. Die Leistungen der stationären Motoren unserer Elektrizitätszentralen stiegen in Kilowatt von 4872 im Jahre 1895 auf 1643000 im Jahre 1913. In der Landwirtschaft hoben sich die Ernteerträge pro Hektar von 1881 bis 1913 bei Weizen durchschnittlich um 86 %, bei Roggen um 75 %, bei Hafer um 81 %, bei Kartoffeln um 47 %. Die Zunahme des totalen Außenhandels stieg von 1887 bis 1912 dem Werte nach von 6046 auf 19652 Millionen Mark, d. h. um 225 %!

In der Nachkriegszeit bewies der Kapitalismus, daß er trotz aller Hemmungen im Innern und von außen her seine Spannkraft und Anpassungsfähigkeit nicht verloren hat. Setzt man die Produktionsentwicklung der Industrie und Landwirtschaft für das alte Deutschland des Jahres 1913 mit 100 ein, so ergibt sich für das Jahr 1928 im neuen Deutschland nach den Berechnungen der Reichskreditgesellschaft eine Steigerung auf 109,6.

Obwohl man Deutschland die Handelsflotte auf Grund des Versailler Diktates zum weitaus größten Teile geraubt hatte, baute es sie in fast stürmischem Tempo wieder auf, so daß 1925 bereits 60, 1927 sogar schon 73 % des Tonnagebestandes von 1914 erreicht war, nun freilich durchweg an neuen, technisch hochwertigen Schiffen.

Die Ausfuhr hat in Millionen Mark die Ziffern von 1913 längst überschritten, im Jahre 1928 bereits um rund 18 %, wobei allerdings die inzwischen gesunkene Kaufkraft des Geldes zu berücksichtigen ist.

Besonders eindrucksvoll ist es, wie unser Wirtschaftssystem die hauptsächlich infolge außerordentlicher Kapitalverknappung von Zeit zu Zeit beängstigend große Arbeitslosigkeit immer wieder zum weitaus größten Teile zu absorbieren vermag. Wir haben heute auf verringertem Boden rund 4 Millionen Arbeiter mehr zu beschäftigen als 1913. Das gewaltige Mehr kann in der durch die vielen Nöten der Nachkriegszeit immer von neuem desorganisierten Volkswirtschaft nur mit empfindlichen Zuckungen am Arbeitsmarkt untergebracht werden. Die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen bezifferte sich beispielsweise im Januar 1927 auf 2,42 Millionen, im Oktober desselben Jahres nur noch auf 880 000, d. h. die heimische Produktion konnte nicht nur den natürlichen Zuwachs an Arbeitsfähigen infolge der Bevölkerungsvermehrung absorbieren, sondern dazu noch innerhalb weniger Monate rund $1\frac{3}{4}$ Millionen Menschen, die bis dahin arbeitslos waren. Man komme nicht damit, daß man ein Hauptverdienst daran der staatlichen Politik, so insbesondere der Wohnungspolitik zuschreibt, wie das immer wieder gelegentlich gerne geschieht. In einer außerordentlich lehrreichen Studie »Beiträge zur Erklärung der strukturellen Arbeitslosigkeit«, die ZWIEDINECK in den Vierteljahresheften des Instituts für Konjunkturforschung veröffentlichte, kommt er unter anderem zu folgendem Ergebnis:

„Es ist ein einfaches Rechenexempel, nachzuweisen, daß das Darniederliegen des Wohnungsbaues in Deutschland eine Hauptursache der Arbeitslosigkeit ist. An sich erscheint der Rückgang der Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Personen von 1907 auf 1925 gering, rund 16000 Personen 1925 weniger als 1907, das ist ein Rückgang um 1,1%. Allein im Verhältnis zur Entwicklung der Besetzung der anderen Gewerbe, die (abgesehen von der auch mit dem Baugewerbe engstens verknüpften Industrie der Steine und Erden) eine Steigerung der beschäftigten Personen zwischen 5,8 (Bekleidungsgerbe) und 232% (elektrische Industrien) aufweisen, ist der kleine Rückschritt ein außerordentlich gewichtiger Erklärungsgrund für die Arbeitslosigkeit. Denn hätte sich das Baugewerbe in demselben Maße entwickelt, wie es dem Mittelwert des Wachstums in den anderen Gewerben entsprochen haben würde, das ist um 28,5%, so würde statt einer Verminderung der im Baugewerbe beschäftigten Personen eine Vermehrung um 423 000 zu verzeichnen gewesen sein, das ist etwa ein Fünftel des Höchststandes der hauptunterstützten Arbeitslosen. Hatte 1907 das Baugewerbe 11,32% aller gewerblich tätigen Personen beschäftigt, so sind es 1925 nur 8,42% gewesen.“

Jede einzelne der hier mitgeteilten Tatsachen hat für sich allein vielleicht nicht allzu viel zu bedeuten, aber *das Gesamtbild ist doch so eindrucksvoll, daß man seine Beweiskraft für die Leistungsfähigkeit des Kapitalismus in der Vor- wie in der Nachkriegszeit nicht wohl bezweifeln darf, vollends dann nicht, wenn man sich an das Ergebnis des zehnjährigen Experimentierens im bolschewistischen Rußland erinnert.*

Ganz besonders wichtig ist es, daß man sich die Bedeutung des Ergebnisses einer tiefeindringenden Untersuchung klar macht, die der Bonner Nationalökonom Heinrich Dietzel über „Technischen Fortschritt und Freiheit der Wirtschaft“ (Bonn und Leipzig 1922) angestellt hat und das er selbst folgendermaßen zusammenfaßt: „Seitdem die revolutionäre Energie des Individuums entfesselt wurde, seitdem das Konkurrenzsystem herrscht, rauscht der Strom der Erfindungen: post hoc et propter hoc. Kommt es zu einer Revolution der Gesellschaft, welche eine neue, dem Ancien régime ähnelnde soziale Ordnung ans Ruder bringt, dann wird die Revolution der Technik bald nur noch eine schöne Erinnerung sein. Allein im reinen Äther der Freiheit konnte der Riesenflug vor sich gehen; die Stickluft der „Organisation“ müßte ihm ein Ende bereiten“. Die Geschichte der russischen Technik seit 1918 bestätigt das; selten hat sich eine Regierung so stark um die technische Entwicklung bemüht, aber in der Stickluft der „Organisation“ blieb der Erfolg höchst mager.

FÜNFTES KAPITEL

DER KAPITALISMUS AUF DEM WEGE ZUR PLANWIRTSCHAFT

DIE Ergebnisse der theoretischen Forschung und der praktischen Erfahrung würden es begreiflich erscheinen lassen, wenn man von einem Ende des Sozialismus sprechen würde. Tatsächlich hört man aber in der Gegenwart viel häufiger von dem Ende des Kapitalismus reden, und zwar auch von urteilsfähigen Männern, denen man gewiß nicht vorwerfen kann, daß sie unter dem *unmittelbaren* Einfluß der marxistischen Theorie stehen. Dazu gehört auch SCHMALENBACH, der Begründer der deutschen Betriebswirtschaftslehre, ein Mann, der auf Grund seiner erfolgreichen Studien und seiner gründlichen Erfahrungen verdient, sehr ernst genommen zu werden, wenn er im Namen der Wissenschaft spricht, also Urteile fällt, die ihrem Ziele nach als allgemeingültig respektiert werden sollen.

In den Mittelpunkt vielbeachteter Ausführungen, die SCHMALENBACH vor etlichen Monaten bei Gelegenheit der Tagung seiner Fachgenossen machte, stellte er den Satz: *»Das Überhandnehmen der fixen Kosten ist mit der Existenz der freien Wirtschaft auf die Dauer unerträglich, die freie Wirtschaft muß unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen.«* Fixe Kosten sind nach SCHMALENBACH die Kosten, die in jedem Betriebe dauernd entstehen ohne Rücksicht auf die Größe des Absatzes. Zu den fixen Kosten gehören die gesamten Anlagen, die verzinst und abgeschrieben werden müssen; aber auch die Kosten der Zentralorganisation des Werkes gehören nach SCHMALENBACH zu den fixen Kosten: Bei mäßiger Konjunktur, wenn der Absatz und die Produktionsmengen gering sind, muß dieses Zentralorgan des Betriebes genau so viel und noch mehr leisten als in Zeiten guter Konjunktur. Hier sei also auch eine Quelle von Kosten, die ohne Rücksicht auf die Produktionsmenge entstehen, die also fixe Kosten sind. Im Gegensatz zu diesen fixen Kosten stehen die variablen oder proportionalen Kosten, die im Verhältnis zur wechselnden Beschäftigung des Werkes eingeschränkt werden können. Zu den variablen Kosten gehören insbesondere die Löhne.

Daß die relative Steigerung der fixen Kosten und eine relative Senkung der variablen Kosten für zahlreiche industrielle Betriebe in der Gegenwart eine äußerst charakteristische Tatsache ist, braucht nicht erst betont zu werden. SCHMALENBACH bringt dafür einige gute Illustrationen: Treten wir in ein großes Kesselhaus mit Staubfeuerung, so sehen wir zwei lange Reihen von Kesseln und dazu Leitungen oben und unten, dicke und dünne, lange und kurze, nur ein einziger Mann steht dabei und verschiebt von Zeit zu Zeit einen Hebel hier und einen Hebel dort. Die Anlage verursacht offensichtlich wenig Lohn, aber hohe Zinsen und Amortisation. In den Arbeitswerkstätten ist es manchmal nicht viel anders. Eine moderne Räderfräsmaschine hat nicht nur wie ihre alten Vorgänger Zähne zum Beißen, sondern auch Arme und Finger und das alles bewegt sich ewig zwangsläufig unverdrossen. Was ein solcher Automat an Arbeitslohn erfordert, ist sehr wenig, aber was er an Zinsen und Abschreibungen frißt, ist eine gewaltige Menge und diese Zinsen und Abschreibungen sind fixer Natur. Was folgert nun SCHMALENBACH aus derartigen Beispielen: Wenn die Preise fallen, dann hat es keinen Zweck, diesen Preisfall durch Produktionsverminderung auszugleichen. Es ist billiger, unter den durchschnittlichen Selbstkosten weiter zu produzieren. Der Verlust ist kleiner als er sein würde, wenn man die Produktion verringern würde. Die Kosten müßten ja doch fast gleich bleiben, da die proportionalen Kosten nicht erheblich ins Gewicht fallen. Die fixen Kosten drängen aber nicht nur dahin, daß der Betrieb seine Kapazität trotz mangelnder Nachfrage voll ausnützt, sie sind zugleich der Anlaß dafür, daß der Betrieb über die gegebene Nachfrage hinaus noch vergrößert wird. In jedem Betriebe gibt es nämlich einige Anlagen, die nicht voll ausgenützt sind, die aber doch viele fixe Kosten erfordern. Die Betriebsleiter werden sich daher bemühen, den Betrieb bis zu seinem Optimum zur Entfaltung zu bringen, um auch die bis jetzt noch nicht ganz ausgenützten Anlagen besser beschäftigen zu können. So drängt alles auf eine übergroße Kapazität hin, die von der Nachfrage nie oder nur selten erreicht wird. Infolgedessen muß die Konkurrenz

ruinöse Formen annehmen; dieses führt zur Gründung von Kartellen, zur Vertrustung. Die fixen Kosten zwingen nach SCHMALENBACH einen Industriezweig nach dem anderen aus der freien Wirtschaft heraus und in die gebundene Wirtschaft hinein.

In halbwegs kräftigen Staaten könnten aber so mächtig gewordene Gebilde wie die Kartelle nicht nach ihrem Belieben schalten und walten. SCHMALENBACH ist vielmehr davon überzeugt, daß wir »in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustande kommen müssen, den auch die Zünfte besaßen, die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staate empfangen und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Einhaltung der aus den Monopolen entspringenden Pflichten«. Damit sei die neue wirtschaftliche Epoche da, sie sei »im Grunde genommen nichts anderes als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialistischen MARX«, »seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen«. Folgerichtig sind für SCHMALENBACH die neuen Wirtschaftsführer, wie er sich in einem Zeitungsaufsatz ausdrückt, die »Vollstrecker des marxistischen Testaments«. Zugegeben werden muß, daß für die Kartellbildung das Verhältnis des Umfanges des stehenden Kapitals zum flüssigen Kapital von großer Bedeutung ist. Das ist von der Volkswirtschaftslehre stets betont worden. Die Tendenz, das stehende Kapital optimal auszunützen, führt ja so leicht zu einem übermäßigen Wettbewerb, zur ruinösen Konkurrenz. Festes Realcapital kann in der Regel nur unter fast völligem Verlust eben dieses Kapitals aus der Produktion zurückgezogen werden. Die dauernde Einschränkung oder gar Stilllegung der Produktion wäre ja gleichbedeutend mit Preisgabe einer kostspieligen Anlage. So bleibt also nichts übrig, als den ruinösen Konkurrenzkampf durch Vereinbarungen unter den Konkurrenten zu beendigen: Interessengemeinschaften und Kartelle entstehen.

SCHMALENBACH überschätzt jedoch die praktische Bedeutung dieser Gedankenreihe erheblich, weil er den Unterschied zwischen wirtschaftlich optimaler und technisch maximaler

Ausnutzungsmöglichkeit übersieht. Nicht deshalb, weil technisch noch viel mehr produziert werden kann, wird der Unternehmer bemüht sein die Produktion auszudehnen, sondern nur weil und insoferne unter Würdigung aller Umstände, insbesondere auch bei Berücksichtigung der jeweiligen Marktverhältnisse sich *wirtschaftlich* die Aussicht auf erhöhten Gewinn bietet, wird er den Kampf mit der Konkurrenz aufnehmen. Dieser Kampf führt dann schließlich von einer ruinösen zu einer geregelten Konkurrenz.

Aber ist damit wirklich der Anfang einer neuen Wirtschaftsordnung gegeben oder gar ein Stück von der sozialistischen Wirtschaftsordnung verwirklicht, an die KARL MARX dachte? Will man zu einem klaren unbefangenen Urteil kommen, so muß man die Kartelle und ähnliche Bindungen vorurteilsfrei betrachten können, das Wesen der Dinge zu trennen verstehen von zufälligen Fehlern, die damit verbunden sein können, aber nicht verbunden sein müssen. Mit der Forderung, die Kartelle vorurteilsfrei zu betrachten, predigt man allerdings in der Regel tauben Ohren, aus einer Reihe von Gründen: Solange die Konkurrenz nicht von außen her geregelt ist, fehlt eine bestimmte Stelle, die man für die Preisbildung verantwortlich machen kann. Nach erfolgter Kartellierung erscheinen die Kartelle als Träger der Preisbildung und damit ist ein bestimmtes Angriffsobjekt für diejenigen gegeben, die mit den Preisen nicht einverstanden sind. Dazu kommt, daß ohne Verbandsbildung die Produzenten unter Umständen verhältnismäßig lange gezwungen gewesen wären, mit Verlust zu verkaufen, eben weil die sinkenden Preise mit Rücksicht auf das investierte Kapital nicht ohne weiteres Einschränkung der Produktion nach sich ziehen. Auf die Dauer wird diese aber, wie die Erfahrung immer wieder bestätigt hat, trotz des Überwiegens der fixen Kosten unvermeidlich; ja aus naheliegenden psychologischen Gründen wird das Angebot nach ruinöser Konkurrenz häufig noch enger als notwendig wäre — zum Schaden der Konsumenten. Diese hatten, wie sich aus der Geschichte gerade der großen Kartelle ergibt, in der kartellosen Zeit *im Durchschnitt* gesehen keineswegs billigere Preise

zu bezahlen, aber die Preisschwankungen waren sehr viel größer und menschlich begreiflich ist es, daß dann die Erinnerung an die billigeren Preise der Vergangenheit stärker haften blieb als die Erinnerung an die hohen Preise, die die allzu billigen Preise zeitweise ablösten.

Sieht man die Dinge ganz nüchtern an, wie sie sind, ohne Rücksicht auf die mannigfachen Mißbräuche, die auch mit einem an und für sich guten Instrument getrieben werden können, so wird man in den Kartellen nichts anderes zu erblicken haben, als Organisationen, die eine ruinöse und damit unzweckmäßige Konkurrenz zu einer geregelten Konkurrenz machen. Das ist nicht Negation, sondern Bejahung der Konkurrenzwirtschaft. Die Konkurrenz ist das eigentliche Ordnungsprinzip der bestehenden Wirtschaftsordnung. Sie zwingt die Unternehmer, den Konsumenten an neuen Produktionsfortschritten Anteil zu gewähren. Dazu ist aber eine *ruinöse* Konkurrenz nicht erforderlich. Diese unregelte ruinöse Konkurrenz ist ihrer Art nach kein Ordnungs- sondern ein Unordnungsprinzip. Wird die Tendenz eines zu starken Angebots durch gemeinschaftliches Vorgehen dahin gebracht, daß sie dem realen wirtschaftlichen Kräfteverhältnis entspricht, so ist das privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich nur zu begrüßen. Auch aus sozialpolitischen Gründen ist nichts so wenig erwünscht als zu starke Preisfluktuation.

Es ist sonderbar, wie sehr in der öffentlichen Meinung das Urteil über Kartelle einerseits und Gewerkschaften andererseits auseinandergeht, wobei die Gewerkschaften durchweg wesentlich günstiger beurteilt werden wie die Kartelle. Und doch handelt es sich in beiden Fällen um Marktorganisationen, die durch einheitliches Vorgehen die Preise und Leistungen regeln und den Versuch machen wollen, die Marktbedingungen für längere Zeit zu ordnen. Das kann hier wie dort nicht geschehen durch bloße Machtsprüche, sondern durch Beeinflussung des Marktes mit marktmäßigen Mitteln, durch Beeinflussung der Menge, die angeboten wird, oder durch Beeinflussung der Kosten, die erforderlich sind, um hier die produzierten Güter an den Markt zu bringen, dort um den unentbehrlichen Pro-

duktionsfaktor so zweckmäßig wie möglich in die Volkswirtschaft einzuschalten. Dabei ergeben sich aber schon bei der Betrachtung der äußeren Wirksamkeit bemerkenswerte Unterschiede. Die Kartelle beeinflussen lediglich die Preisbildung eines meist ersetzbaren fertigen Produkts, die Gewerkschaften dagegen den Preis eines unentbehrlichen Produktionsfaktors. Die Kartelle drängen auf *andere Kombination* der Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit, die Gewerkschaften schalten dagegen, wenn sie ihr wichtigstes Kampfmittel, den Streik, handhaben, einen Produktionsfaktor ganz aus und gefährden, indem sie einseitig auf Erhöhung des Preises für den Produktionsfaktor Arbeit hinwirken, nicht nur die Konjunktur-entwicklung, sondern auch die Neubildung des für die Produktionsentfaltung so außerordentlich wichtigen Kapitals, wenn und insoweit sie es durch ihr Vorgehen erreichen, daß von den Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit mehr konsumiert und weniger für die zukünftige Produktion gespart, zurückgelegt wird. Eine große mit den Kartellen verbundene *volkswirtschaftliche* Gefahr ist die, daß sie bei sinkender Konjunktur, insbesondere auch im Interesse der Erhaltung von unwirtschaftlich arbeitenden Grenzgebieten die Preise ihrer Produkte künstlich hochhalten und dadurch den volkswirtschaftlichen Anpassungsprozeß erschweren. Daraus, daß die Kartelle bemüht sind, die Produktion unter *wirtschaftlich optimalen* und nicht unter *technisch möglichen* Gesichtspunkten zu regulieren, kann ihnen der Volkswirt keinen Vorwurf machen, um so weniger weil das durch die entsprechend geringere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes freiwerdende Kapital nicht brach liegt, sondern anderswo in der Volkswirtschaft arbeitet. So hätte es also schon eher Sinn, wenn man einmal aus der Gegenwart Schlüsse ziehen will für die Zukunft, die Gewerkschaften zum Ausgangspunkt zu nehmen; denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß durch die Gewerkschaften der Erfolg der bestehenden Wirtschaftsordnung ernster gefährdet werden kann als durch die Kartelle. Jedenfalls kann von einer Ausschaltung der Konkurrenz durch die Kartelle nicht die Rede sein. Auch der »Monopolist« steht

nicht außerhalb, sondern innerhalb der Konkurrenzwirtschaft. Er muß auf den Grad und auf die Dauer der effektiven Nachfrage Rücksicht nehmen. Er hat mit den gegebenen Einkommensverhältnissen zu rechnen und zu erwägen, daß die Teile des Einkommens für eine ganze Anzahl von Bedürfnissen zu dienen haben. Geht der Preis über eine gewisse Grenze hinaus, so ist eine mehr oder minder starke Einschränkung des Absatzes notwendige Folge. Dazu kommt die Konkurrenz von Ersatzprodukten, von Außenseitern im eigenen Lande sowie außerhalb des eigenen Landes und nicht zuletzt auch die latente Konkurrenz, die eine scheinbar geeinte Tauschpartei im eigenen Schoße in sich birgt. SCHMALENBACH betont das letztere selbst gelegentlich, ohne daraus allerdings die erforderliche Konsequenz zu ziehen. Die meisten Syndikate, sagt er, »leiden entsetzlich an der Ungewißheit ihrer Dauerexistenz. Diese Ungewißheit nötigt die Mitglieder oft, sozusagen mit einem Fuße im freien Markte zu bleiben und sich ihrer Hoheitsrechte nicht leichtsinnig zu entäußern«. Sehr bezeichnend ist auch, daß das mächtige rheinisch-westfälische Kohlensyndikat 1928 seine Preise niedriger festsetzen mußte, als es nach der Ermächtigung des Reichskohlenrates möglich gewesen wäre. Die Lage des nationalen und internationalen Wettbewerbs und die Höhe der Frachten bestimmten die Preise.

Die Kartelle und ähnliche Bindungen sind mithin keine Ausschaltung der Konkurrenz, sondern in demselben Sinne wie die Konsumvereine oder die Arbeitergewerkschaften nur eine andere Form, und zwar dem Wesen nach eine zweckmäßigere Form für die Austragung der Konkurrenzkämpfe. Es ist LIEFMANN durchaus zuzustimmen, die tauschwirtschaftliche Organisation, die die vollkommenste Bedarfsbefriedigung gewährt, ist diejenige, die »gewissermaßen ein Monopol ist, auf der Basis der freien Konkurrenz, ein Monopol des billigsten Anbieters, bei dem aber, wenn er seine monopolistische Stellung ausbeutet, die Konkurrenz, d. h. der Konkurrenzkampf immer im Hintergrunde steht, die Konkurrenz muß latent immer wirksam sein, jederzeit zum Konkurrenzkampf führen

können, welcher die Ausnützung der Monopolstellung verhindert. Monopol und Konkurrenz in diesem Sinne, d. h. Möglichkeit des Konkurrenzkampfes müssen also gewissermaßen in labilem Gleichgewicht nebeneinander bestehen«. Es kommt eben nicht darauf an, daß sich die Konkurrenz vor aller Augen in einem wilden Kampf äußert, es genügt, wenn sie hinter den Kulissen bleibt, aber doch als Regisseur des auf der Bühne sich abspielenden wirtschaftlichen Schauspiels tätig ist.

Eine staatliche Kartellpolitik, die darauf abzielt, die inneren Spannungen innerhalb der Kartelle zu vertiefen, den Austritt der einzelnen Mitglieder zu erleichtern, verkennt den volkswirtschaftlichen Sinn der Kartelle. Sie ist aber auch sozialpolitisch deshalb bedenklich, weil sie sich natürlich da am meisten auswirkt, wo die Kartellfähigkeit am geringsten ist, und das ist bekanntlich nicht das Gebiet der Schwerindustrie, der Großunternehmer, sondern vorzugsweise der Fall bei der weiterverarbeitenden Industrie, die schon im Interesse der Erhaltung der kleineren und mittleren Unternehmungen die kartellmäßigen Bindungen nicht entbehren kann. Damit soll nichts gesagt sein gegen staatliche Einflußnahme auf die Kartellbildung und Kartellpolitik an und für sich. Das deutsche Kartellgesetz hat ohne Zweifel schon durch die Tatsache seiner Existenz — das wird wohl von allen Sachkundigen zugegeben — auf den in den Kartellen naturnotwendigen Kampf um die Macht mäßigend gewirkt.

Sicher ist nun aber, daß bei der Leitung der Kartelle ebenso wie bei der Leitung der Genossenschaften und der Gewerkschaften, aber auch der Aktiengesellschaften nicht anders wie bei den kleinsten und großen Einzelbetrieben privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Fehler gemacht werden. SCHMALENBACH behauptet, daß bei den modernen Kartellen besonders schlimme und schwere Fehler gemacht würden. Er wirft den großen Kartellen schwerste Verstöße gegen das wirtschaftliche Prinzip vor, meint, daß ihre Kalkulationsmethode ganz unzureichend sei. »Eine Kalkulation, d. h. eine wirtschaftliche Überlegung darüber, ob Aufnahmefähigkeit des Marktes und Vermehrung der Anlagen bzw. Erhöhung der

Kapazität in Einklang steht«, findet in den wichtigsten Fällen »überhaupt nicht« statt. Wenn SCHMALENBACH solche Behauptungen aufstellt, ist er in seinem eigensten Gebiete als Betriebswirtschaftler. Aber gerade daß die Betriebswirtschaftslehre stark und einflußreich geworden ist, um hier nach dem rechten sehen zu können, daß sie Wege weist, wie gebessert werden kann, ist zugleich für uns beruhigende Gewißheit, daß es sich hier schließlich doch immer noch um Kinderkrankheiten handelt, die überwunden werden können und überwunden werden müssen. Es gibt ja auch Beispiele genug dafür, daß die Kartelle ihrerseits auf klare durchsichtige Kalkulation der ihnen angeschlossenen Betriebe dringen — zeitweise haben die sogenannten Kalkulationskartelle sogar eine überragende Rolle gespielt — anderseits mag es in manchen Fällen auch genügen, auf Grund der Kalkulationen der einzelnen Betriebe die Leistungen der Gesamtorganisation *möglichst* zweckmäßig in die Volkswirtschaft einzugliedern. Das *unbedingt* Richtige wird allerdings besonders bei den Kartellen, die gemeinsame Verkaufsstellen unterhalten, vielfach schon deshalb nicht zu erreichen sein, weil den Mitgliedern für Aufgabe des selbständigen Verkaufs irgendwelche Garantien gewährt werden müssen. In solchen Fällen wird man sich aber schon mit dem relativ Besten zufrieden geben müssen. Doch auch derjenige, der *dieser* Kritik SCHMALENBACH voll zustimmt — aus der Praxis sind recht beachtenswerte Stimmen laut geworden, daß SCHMALENBACH mit seinen Beanstandungen auch hier viel zu stark verallgemeinert — kann nicht zugeben, daß mit diesen Klagen über einzelwirtschaftliche Fehler irgend etwas gesagt ist über den Wert oder Unwert, über Gegenwart oder Zukunft einer *volkswirtschaftlichen* Ordnung.

Einen besonderen Übelstand in der neuzeitlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse erblickt SCHMALENBACH darin, daß nicht mehr so wie früher eine gewisse Sicherheit dafür gegeben sei, daß tüchtige leistungsfähige Menschen sich durchsetzen. »In diesen großen Monopolgebilden, die wir heute vor uns sehen, sitzt der glücklich Arrivierte viel fester im Sattel, als er früher bei dem System der freien Wirtschaft

sitzen konnte; bei dem System der freien Wirtschaft mußte er sich immer wieder aufs neue seinen Platz verdienen, heute hat er das in viel geringerem Grade notwendig.« Irgendeinen Beweis für diese schwere Anklage bringt SCHMALENBACH nicht bei. Daß auch bei der neuzeitlichen Entwicklung der Dinge weniger Tüchtige hochkommen und sich länger in leitenden Stellungen halten als wünschenswert ist, daß die Herausfindung und Heranziehung des Führernachwuchses viel zu wünschen übrig läßt, braucht nicht erst versichert zu werden. Aber daß es so sehr viel schlimmer geworden ist, seitdem die kartellmäßigen Bindungen in der Volkswirtschaft eine so große Bedeutung erlangt haben, wird man bis zum Beweise des Gegenteils bestreiten dürfen. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß gerade die meistgenannten Namen in der kartellierten Industrie wie VÖGLER, PÖNSGEN, REUSCH, SILVERBERG, BOSCH »weder Erben noch Epigonen sind«, daß weit- aus die meisten von den Kartellführern von unten her zu den Posten aufgestiegen sind, die sie heute besetzt halten, und daß andererseits manche mächtige Generaldirektoren, wenn die von ihnen geleiteten Unternehmungen versagten, eben doch »abgesägt« und durch andere ersetzt wurden. Schon bei der alten industriellen Familienunternehmung im Gegensatz zu der landwirtschaftlichen Unternehmung war Vererbung der Leitung gar nicht so häufig, wie man zunächst annehmen möchte und erst recht kann davon bei der modernen Großunternehmung und ihren Verbänden nicht die Rede sein. Nicht gering ist die Zahl der Beispiele dafür, daß der tüchtige kleine Unternehmer erst im Rahmen der Kartellorganisation seine Führerpersönlichkeit zur Geltung bringen konnte. In der Regel haben in den großen Verbänden doch nicht die reichsten Persönlichkeiten, sondern die klügsten Köpfe das entscheidende Wort zu sprechen. Ist das wirklich der Fall, dann ist dadurch am besten dafür gesorgt, daß die vielleicht größte Gefahr der Kartelle und verwandten Organisationen gebannt wird, daß die »Selbständigkeits-Sphäre« der unteren Organe zu sehr eingengt wird, Liebedienerei an die Stelle persönlicher Tüchtigkeit tritt. Der seiner Aufgabe gewachsene

Konzernleiter weiß, was Entschlußkraft und Persönlichkeitswert für den Erfolg bedeuten. Dabei darf auch nicht übersehen werden, daß die Kartelle manchmal die Zerstörung kleinerer und mittlerer Betriebe verhindern und gerade dadurch die Möglichkeiten individueller Wirtschaftsführung stützen.

Überaus lehrreich ist ein Vergleich zwischen Deutschland und England hinsichtlich der Auswahl der Führer. England ist bis in die neueste Zeit das Land der Individualbetriebe geblieben, dort hatten wir jedenfalls in der Vorkriegszeit verhältnismäßig nur sehr wenige stärkere wirtschaftliche Bindungen nach Art der deutschen Kartelle und der amerikanischen Trusts. Es wird aber allgemein heute zugegeben, daß kaum irgendwo das Unternehmertum so versagt hat, so verknöchert war wie in England. Auch das spricht dagegen, daß die kartellmäßigen Bindungen einem unfähigen Unternehmertum, einem, wie SCHMALENBACH sagt, Parasitentum unter den Unternehmern eine sichere Stellung gewähren. Übrigens — ob es in den Vereinigten Staaten, wo die »fixen« Kosten doch eine noch weit größere Bedeutung haben als in Deutschland auch nur denkbar wäre, daß ein beachtenswerter Theoretiker oder Praktiker auftreten würde, um zu verkünden, daß dieser fixen Kosten wegen der sozialistische Zukunftsstaat, wie sich KARL MARX ihn dachte, unmittelbar bevorstehe?

Bisher haben wir angenommen, daß wenigstens der Ausgangspunkt SCHMALENBACHS richtig gewesen ist. Er ist es aber nicht, wenn und soweit SCHMALENBACH allgemeingültige volkswirtschaftliche Schlußfolgerungen daraus ziehen will. In zahlreichen Einzelbetrieben sind gewiß die *sichtbaren* fixen Kosten, d. h. die Kosten, die bei der bloßen Besichtigung des Betriebes als fixe erscheinen, relativ stärker als die *sichtbaren* proportionalen Kosten, wenn auch längst nicht so allgemein wie SCHMALENBACH annimmt, gestiegen. Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob das für die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit zutrifft, und darauf kommt es doch an, wenn man über die Ordnung dieser Volkswirtschaft in der Gegenwart und in der Zukunft ein maßgebendes Urteil fällen will. Wir dürfen

ohne Übertreibung sagen, daß für den Volkswirt eine der ernstesten Sorgen für das wirtschaftliche Deutschland der Gegenwart ist, daß die proportionalen Kosten, die Löhne im weitesten Sinne des Wortes zu stark gestiegen sind, daß dadurch die so unendlich wichtige Kapitalbildung gelähmt wird.

SCHMALENBACH sieht die Dinge einzelwirtschaftlich und nicht volkswirtschaftlich. Denken wir an die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen. In dem Gebäude, wo diese unmittelbar fertiggestellt werden, haben die fixen Kosten wohl sicher relativ mehr zugenommen als die proportionalen. Aber man muß die Maschinenherstellung und -Verwendung in den gesamtwirtschaftlichen Prozeß eingliedern. Denn es ist mit der technischen Herstellung der Maschine als solcher nicht getan. Dazu treten vorbereitende Arbeiten von den Studiersälen der Hochschulen bis zu den unmittelbar praktischen Aufgaben der Konstruktionsbüros, Händlertätigkeit, Transporttätigkeit, Kontrolltätigkeit, Reparaturtätigkeit, Unterweisungstätigkeit usw. Die verfeinerte Arbeitsteilung bedingt einen verfeinerten Verwaltungsprozeß im Wirtschafts- und im Staatsleben, eine vermehrte Beamtentätigkeit. Es entstehen in Verbindung mit der industriellen Rationalisierung Hunderte und Tausende neuer volkswirtschaftlicher Aufgaben, die neuen Betrieben Arbeit geben. Nur so ist es zu erklären, daß trotz der Konzentrierungstendenz, die mit der relativen Zunahme der fixen Kosten in manchen Betrieben verbunden ist, doch im ganzen die Zahl der Betriebe in der Volkswirtschaft nicht ab-, sondern zugenommen hat. Diese Feststellung ist mit der SCHMALENBACHschen Theorie schlechterdings nicht zu vereinbaren. Nach der Betriebszählung vom Juni 1925 gab es im Gewerbe 3489000 Betriebe. Das bedeutet im Vergleich zu 1907 eine Zunahme von mehr als 400000 Betrieben. Es darf gegenüber den Großbetrieben, die die Aufmerksamkeit natürlich in erster Linie auf sich lenken, und die SCHMALENBACH ausschließlich im Auge hat, doch nicht übersehen werden, daß nach der letzten deutschen Betriebszählung noch rund 53% aller beschäftigten Personen in Mittel- und Kleinbetrieben tätig waren. Dabei rechnet die Statistik einer alten Tradition

entsprechend bereits Betriebe mit mehr als 50 beschäftigten Personen zu Großbetrieben. Wirkliche Großbetriebe mit mindestens 1000 Beschäftigten gab es nach unserer letzten Betriebszählung nur 892, in allen waren 2,1 Millionen Personen beschäftigt, während in Industrie und Handwerk insgesamt 25781000 Personen tätig waren. Aus diesen Ziffern ergibt sich zugleich wie sehr man regelmäßig die Bedeutung des selbstverantwortlichen gewerblichen Unternehmertums in Deutschland unterschätzt. Solange wir im Gewerbe noch ein Heer von weit über drei Millionen selbständige Unternehmer haben und solange dieses Heer sogar noch die Tendenz hat sich zu vermehren, hat es mit dem »*naturnotwendigen*« Übergang zur sozialistisch-zentralistischen Planwirtschaft noch gute Wege.

Bedauerlich ist auch, daß SCHMALENBACH der Frage nicht nähergetreten ist, wie die starke Steigerung der fixen Kosten, auf die er so gewaltige Bedeutung legt, denn eigentlich zu erklären sei. Er sagt nur ganz allgemein, etwas orakelhaft, »*nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben*«. Übersehen ist dabei jedenfalls, daß neben »*immanenten wirtschaftlichen Kräften*« auch starke politische und sozialpolitische Kräfte am Werke sind, die auf rasche, vielleicht zu rasche Steigerung der fixen Kosten hindrängen. An sich würde gerade bei uns die außerordentliche Höhe des Zinsfußes auf eine Verlangsamung in der Bewegung der fixen Kosten hinwirken müssen. Wenn das nicht der Fall ist, so erklärt sich das doch zu einem guten Teile aus dem ständig von außen kommenden Druck auf Erhöhung der Löhne, der in Deutschland und England zweifellos relativ d. h. im Vergleich zu der Produktivität viel stärker ist als in den Vereinigten Staaten und der in seinen Wirkungen in Deutschland noch gesteigert wird durch die in der Nachkriegszeit gewaltig in die Höhe gegangenen sozialen Lasten und die öffentlichen Ausgaben für soziale Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen. Es soll darüber im Rahmen dieser Abhandlung nicht irgendein sozialpolitisches Werturteil ausgesprochen werden, aber festgestellt werden muß doch, daß da-

durch schließlich der Unternehmer, der ja die höheren Löhne nicht aus der eigenen Tasche bezahlt, gezwungen wird, unter drei Möglichkeiten zu wählen, ob er versuchen soll, die vermehrten Aufwendungen in Form von höheren Preisen auf die Konsumenten abzuwälzen, oder ob er weniger zurücklegt, also in geringerem Maße an der Kapitalbildung teilnimmt, oder endlich ob er sich bemühen soll, einen Teil der proportionalen Kosten in fixe Kosten zu verwandeln, was notwendig ein verstärktes Angebot und verschärften Konkurrenzkampf nach sich ziehen muß, woraus sich wieder die Kartellierung ergibt als Mittel, nicht um den Konkurrenzkampf auszuschalten, sondern ihn zu mildern.

In diesem Zusammenhang ist auch noch darauf aufmerksam zu machen, daß *volkswirtschaftlich* gesehen der Unterschied zwischen fixen und variablen Kosten infolge sozialpolitischer Eingriffe der Tendenz nach immer geringer wird. Die Fürsorgegesetzgebung, die Arbeitslosenversicherung, die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterentlassung bewirken doch, daß die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit auch für den nichttätigen Arbeiter dauernd Kosten aufbringen muß, die mindestens in demselben Sinne fixe Kosten sind, wie sie SCHMALENBACH für den einzelnen Betrieb in den Direktionskosten als gegeben betrachtet und die ja auch gewiß nicht in ganz strengem Sinne fixe Kosten sind, schon deshalb nicht, weil bei Zu- oder Abnahme des Absatzes die Tantiemen der Direktoren herauf- und heruntergesetzt werden.

Eine vorurteilsfreie Betrachtung der Dinge, wie sie wirklich sind, zeigt, daß nirgendwo Kräfte aufgezeigt werden können, die notwendig zu einer Planwirtschaft im Sinne von KARL MARX führen, daß sich aber wohl Störungen und Hemmungen geltend machen, die schließlich zu einer Verarmung des Gesamtvolkes führen können trotz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wobei nochmals betont werden soll, daß der Zusammenschluß als solcher in Kartellen und Gewerkschaften nur zu begrüßen ist, weil dadurch die Ordnung am Markte, die durch die Konkurrenz letzten Endes herbeigeführt wird, um so eher und zweckmäßiger erreicht werden kann.

Gar nicht aufgeworfen werden soll die Frage, ob denn irgendein Beweis dafür erbracht werden kann, daß die mit den fixen Kosten verbundenen Sorgen irgendwie in der sozialistischen Wirtschaft vermindert werden können. Man darf insbesondere nicht übersehen, daß das feste Realkapital in keiner Volkswirtschaft dem jeweiligen Bedarf angepaßt werden kann, sondern daß immer die Tendenz da sein wird, dem übermäßigen Bedarf in der Hochkonjunktur zu entsprechen. Infolgedessen wird bei *jeder* Wirtschaftsverfassung nach Ablauf der Hochkonjunktur das Bestreben, vorhandene »fixe Kosten« durch vermehrte Produktion auszunützen, festgestellt werden können.

Ähnlich wie SCHMALENBACH hat sich auch SOMBART durch »Anschauung« dessen, was unmittelbar wahrzunehmen ist, verleiten lassen, »den Schleier der Zukunft zu lüften«. Auch er stellt bei dem kapitalistischen Wirtschaftssystem Alterserscheinungen fest, glaubt, daß wir aus dem Zeitalter des Hochkapitalismus schon in das des Spätkapitalismus eingetreten seien, der von selbst in das sozialistische System hineingleiten werde. Während SCHMALENBACH vorwiegend aus dem rechnerischen Soll und Haben der Betriebe seine Schlüsse glaubt ziehen zu können, stehen im Mittelpunkt der SOMBARTschen Betrachtungen offenkundige sozialökonomische Änderungen. Es fragt sich, ob sie das Wesen des Systems entscheidend beeinflussen. SOMBART bejaht das. Er spricht von einer inneren Neugestaltung unseres Wirtschaftssystems durch zunehmende »Normalisierung«, »Organisierung«, »Statisierung«.

»*Zunehmende Normalisierung*«? Der kapitalistische Geist werde »durchrationalisiert«, in der Geschäftsführung verschwinde mehr und mehr das Intuitive, das Fingerspitzengefühl, das Gewinnstreben verringere sich, der Wagemut nehme ab. Wenn man aber bedenkt, daß die deutsche industrielle Rationalisierung trotz aller Vexationen durch eine kapitalfeindliche Gesetzgebung, trotz der Reparationslasten, trotz einer fast erdrückenden Steuerlast in der Hauptsache mit fremdem Kapital durchgeführt wurde, das auch unter günstigsten Umstän-

den mit 8—10% jährlich zu verzinsen ist, so kann man von abnehmendem Wagemut in unserer Wirtschaft doch wohl kaum sprechen. Wenn man weiter daran denkt, daß die idyllischen Zeiten, wo das Unternehmen überwiegend nur mit den leichter zu überstehenden Faktoren des eigenen Landes zu rechnen hatte, dahin sind, daß die Weltteile näher aneinander gerückt sind, daß heute Konkurrenz von allen Seiten der Welt in rasch sich ändernden Formen droht, daß auch der mittlere Geschäftsmann, wenn er Erfolg haben will, dieser Weltkonkurrenz Rechnung tragen muß, so wird man auch der SOMBARTSchen Versicherung, daß die Zahl der »wißbaren Umstände« immer größer und größer geworden sind, doch nur zögernd folgen können. Wir wissen sicherlich mehr wie unsere Vorfahren über das, was wirtschaftlich in der Welt vor sich geht, aber es fragt sich, in welchem Verhältnis dieses Mehr zu dem Unwißbaren steht, das der Kaufmann, der Industrielle eigentlich wissen müßte, um zuverlässig kalkulieren zu können. Denken wir doch nur daran, daß die Lohntheorie, die heute in den Köpfen der deutschen Arbeiter die herrschende ist, von deren Führern selbst »spekulative Lohntheorie« genannt wird. Man wagt es selbst in Zeiten niedergehender Konjunktur höhere Löhne zu fordern in der Erwartung, es werde den Unternehmern in Zukunft schon irgendwie gelingen, das Mehr herauszuwirtschaften. Daß die Unternehmer mit Rücksicht auf die Begehrlichkeit der stark organisierten Arbeiter und die noch größere Begehrlichkeit des Fiskus in der Ausschüttung von Gewinnen vorsichtig geworden sind, sie lieber in dem eigenen Betriebe weiter arbeiten lassen, das braucht man nicht zu billigen, aber man kann es begreifen, jedenfalls ist das noch längst kein Beweis dafür, daß, wie SOMBART versichert, das Gewinnstreben in der Volkswirtschaft verringert worden ist. Ganz abgesehen davon, daß der Profit für das kapitalistische Unternehmertum sicher nicht das einzige Ziel ist, dem es folgt. Die Freude am selbständigen Gestalten, vor allem aber auch die Freude an ökonomischer Macht darf man nicht außer acht lassen. Mit Recht hat man gesagt, daß energische kraftvolle Persönlichkeiten die ökonomische Macht um so mehr anstreben,

je mehr die politische Macht von der Einordnung in die Parteischablone und der Übernahme von all den Widerwärtigkeiten, die damit verbunden sind, abhängig wird.

»*Zunehmende Organisierung*«? Hier kreuzen sich die SOMBARTschen Beobachtungen mit denen SCHMALENBACHS. Auch er sieht in der Kartellierung, in den genossenschaftlichen Betrieben, in der Verstaatlichung Neues, aber auch er verwechselt die äußere Form, die unablässigem Wandel unterworfen ist, mit dem Wesen, er verwechselt den Schein mit dem Sein. Bloße einzelwirtschaftliche Lebensäußerungen der Unternehmer, der Arbeiter, der Konsumenten darf man, wie wir gesehen haben, nicht für *volkswirtschaftliche* Wesenseigentümlichkeiten halten.

»*Zunehmende Statisierung*« endlich? Die spezifische, der hochkapitalistischen Periode eigentümliche »Expansionskonjunktur«, d. h. der dem Hochkapitalismus eigentümliche Rhythmus des Aufstiegs und Niedergangs sei dahin gegangen und werde in Zukunft sich nicht wieder einstellen, meint SOMBART. Abnehmende Dynamik, zunehmende Statik des Wirtschaftsprozesses sei festzustellen. Sonderbar: Während MARX das Ende des Kapitalismus kommen sah, weil seiner Meinung nach die Wirtschaftskrisen immer verheerender wirken müßten, sieht SOMBART das Ende des Kapitalismus deshalb kommen, weil er es verstanden hat, ein gut Teil der Krisengefahr, die in der Jugendzeit des Kapitalismus unvermeidbar zu sein schien, auszuschalten. SOMBART sieht hier den wahren Verlauf unzweifelhaft besser als es einst MARX gesehen hatte und sehen konnte. Wir haben aus den Erfahrungen der Vergangenheit auch nach der Richtung gelernt, daß wir die scharfen Kurven in der Entwicklung unserer Wirtschaft in ein sanfteres Wellengekräusel verwandelt haben. Das ist um so mehr anzuerkennen, weil da, wo die fixen Kosten überwiegen, die Anpassung sicher schwieriger geworden ist. SCHMALENBACH weist darauf mit Recht hin, überschätzt allerdings wiederum die Bedeutung der Tatsache erheblich: »*Weil die proportionalen Kosten in so hohem Grade fixe Kosten geworden sind, fehlt der Wirtschaft die Fähigkeit der Anpassung der Produktion an die Konsumtion; und*

es tritt die merkwürdige Tatsache ein, daß zwar die Maschinen selbst immer mehr mit automatischen Steuerungen versehen werden . . . daß aber die Wirtschaftsmaschinerie im ganzen, die große Volkswirtschaft ihre selbständige Steuerung verloren hat.« Jedenfalls gelang es dem Kapitalismus trotz allem die Wirtschaft allmählich in ruhigere Bahnen zu lenken, insbesondere sind offenbare Kinderkrankheiten glücklich überwunden worden. Deshalb sollte man doch eher davon sprechen, daß er in ein kräftiges Mannesalter eingetreten ist. Von Altersschwäche des kapitalistischen Systems zeigt sich auch beim *Prozeß* des wirtschaftlichen Lebens keine Spur.

JULIUS WOLF zitiert in den Auseinandersetzungen über die Wandlungen des Kapitalismus LEO FFROBENIUS, der sich über den Werdegang aller Prinzipien menschlichen Zusammenlebens folgendermaßen äußert: *»Das Junge tritt ein mit dem Anspruch auf Hegemonie in allen Dingen. Neben ihm, das eben die Wucht des Ausdrucks hat, tritt alles zurück; unter seinem Einfluß bildet sich alles um, bis die machtvolle Eroberung sich alles unterworfen und auf alle Gebiete der Lebensäußerungen modifizierenden Einfluß ausgedehnt hat. Damit geht es unmerklich über in die zweite Form, die der Eingliederung; es wird Teil eines Ganzen. Die in den Schatten gedrängten und beiseite geschobenen anderen Seiten der Kultur regen sich als Gemeinsamkeit, die dem Jungen seinen Platz anweist.*«

Mit Genugtuung wird man feststellen können, daß man von einem Abstreifen des jugendlich Stürmischen, des Unreifen bei dem kapitalistischen Wirtschaftssystem sprechen kann, von einer beginnenden Eingliederung in das Kulturganze. Von einem allmählichen Übergang in die Planwirtschaft kann in keiner Weise die Rede sein.

ÖFFENTLICHE BETRIEBE

WIE steht es nun, wenn wir von der Staatswirtschaft aus und den in ihr liegenden Entwicklungstendenzen die neuzeitlichen ökonomischen Geschehnisse betrachten? Wiederum spricht auf den ersten Blick das äußere Bild dafür, — auch SCHMALENBACH versäumt nicht darauf hinzuweisen — daß die staatliche Macht immer mehr Gebiete des ökonomischen Lebens ordnet und bindet, sie insofern also aus dem Mechanismus der Konkurrenzwirtschaft herausnimmt oder doch herauszunehmen scheint. Wir beobachten nicht nur Staatsbanken, Staatseisenbahnen, Staatsposten, staatliche Versicherungen, sondern auch in zunehmendem Maße staatlich beherrschte Landeszentralen für Licht und Kraft, staatliche Preisregelung für Kohle, Kali, Wohnungsmieten, staatliche Festsetzung von Lohntarifen usw. Aber man wird zunächst schon einmal feststellen müssen, daß sehr viele dieser staatlichen Einrichtungen schon eine recht lange Geschichte haben. Staatseisenbahnen gab es z. B. schon zu einer Zeit, die man als die Zeit des Manchestertums, also des übertriebenen freien Wettkampfes zu bezeichnen gewohnt ist. Und auf der anderen Seite: Wir haben neuerdings in Deutschland das gesamte Eisenbahnwesen aus dem staatlichen Machtbereich herausgenommen. Das hat an sich deshalb nicht viel zu sagen, weil es ja nicht freiwillig, sondern auf einen politischen Machtspruch hin erfolgte, aber bedeutsam ist es doch, daß die bisherigen Erfahrungen genügend Zeugnis dafür ablegen, daß im großen gesehen, namentlich wenn man die auf den Eisenbahnen ruhenden Tributlasten berücksichtigt, damit den Gesamtinteressen nicht schlechter gedient ist als früher, wo der Staat noch ein entscheidendes Wort mitzusprechen hatte. Im übrigen wird auch der Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar nichts dagegen einzuwenden haben, daß kollektive Bedürfnisse kollektiv befriedigt werden; denn im Grunde genommen heißt ja kapitalistische Wirtschaft nichts anderes als möglichst rationelles Wirtschaften. Und es wäre wahrscheinlich das Gegenteil einer rationellen Wirtschaft, wenn etwa die

Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft ganz der privatkapitalistischen Einzelkonkurrenz überlassen bliebe. Doch auch da, wo der Besitz verstaatlicht oder kommunalisiert ist, hütet man sich doch auf Grund mancher üblen Erfahrung, auch den Betrieb zu »sozialisieren«; da wo man rechnerische Erfolge sehen will, drängen Staat und Gemeinde selbst dazu, daß ihr Betrieb nach »kapitalistischer«, in der SOMBARTSchen Terminologie nach »hochkapitalistischer« Methode verwaltet werden, also mit möglichst wenig Bindung und mit möglichst wenig Bürokratisierung. Das würde im Interesse der volkswirtschaftlichen Gesamtheit noch viel deutlicher in die Erscheinung treten, wenn nicht die Betriebe der öffentlichen Körperschaften eben weil sie jemand gehören, der über öffentliche Macht verfügt, gegenüber der privatwirtschaftlichen Konkurrenz bevorzugt würden: Die deutschen Steuergesetze befreien fast durchweg die öffentlichen Körperschaften von der Steuerpflicht; direkte und indirekte Hilfsleistung durch die Beamtenschaft kommt den öffentlichen Betrieben nicht selten zustatten; auch bei der Kreditbeschaffung spielt die hinter den öffentlichen Betrieben stehende Steuerkraft der Bürger eine nicht unwesentliche Rolle.

Neuartige Erscheinungen, die mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht recht in Einklang gebracht werden können, sind allerdings die amtliche Festsetzung der Wohnungsmiete und die staatliche Festsetzung von Lohnтарifen im Wege der Verbindlichkeitserklärung. Aber gerade diese zwei Seiten staatlicher Betätigung zeugen nicht für sondern gegen den neuen Weg. Handelt es sich doch hier, wie heute eigentlich von allen Seiten zugegeben wird, tatsächlich nur um »Verlegenheitsprodukte«; dabei muß freilich zugegeben werden, daß außerordentliche Zeiten außerordentliche Mittel rechtfertigen. Die *staatliche Wohnungspolitik* kann man an und für sich geradezu als ein volkswirtschaftliches Unglück bezeichnen, das nicht energisch genug bekämpft werden müßte, wenn nicht gerade hier die historisch gewordenen Verhältnisse des letzten halben Menschenalters Berücksichtigung finden müßten und

wenn nicht aus sozialpolitischen Gründen Übergangsschwierigkeiten nicht von heute auf morgen überwunden werden dürften und könnten. Aber kein verständiger Mensch denkt an eine Ausdehnung dieser Wohnungspolitik, sondern jeder hofft auf einen möglichst baldigen Abbau.

Man *muß* darauf hoffen aus sehr starken wirtschaftlichen Gründen: Am Wohnungsmarkte sind Nachfrage und Angebot den Bedingungen der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit entzogen; sie werden »*Programmen*« unterworfen, die volkswirtschaftlich gesehen mehr oder minder in bürokratischer Willkür wurzeln. Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Gelsenkirchen, Dr. ZURHORST, teilte 1922 mit, daß Bergarbeiter »in einer großen Anzahl Fälle« eine 4—5-Zimmerwohnung inne hatten; da hierfür in den Arbeiterfamilien die erforderliche Einrichtung fehle, würden die Räume für irgend welche andere Zwecke verwendet. Der Landrat eines Industriekreises machte bekannt, daß er bei der Besichtigung häufig Arbeiterwohnungen angetroffen hätte, in denen ein für Wohnzwecke bestimmtes Zimmer als Kaninchenstall gedient habe. Und noch ganz vor kurzem schrieb in der Kölnischen Zeitung (15. 4. 1929 Nr. 204B) Beigeordneter Dr. RADEMAKER: *»Zum Beweis dafür wie sehr die Wohnungsansprüche gewachsen sind, sei als charakteristisches Beispiel angeführt, daß mir zahlreiche Fälle bekannt sind, in denen Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes und Erwerbslose sich um neuerrichtete gemeindeeigene Einfamilienhäuser beworben haben.«* Die staatliche Wohnungspolitik versagte also, insofern sie die Funktion des Marktpreises, — der heute bekanntlich wesentlich über dem tatsächlich entrichteten Mietpreise liegen würde —, die Nachfrage den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen, nicht erfüllt. Noch schlimmer ist, daß von der Angebotseite her die unbedingt notwendige pflegliche Behandlung¹ unseres knappen Kapitalvorrates schweren Schaden leidet. Ich gebe nochmals Dr. RADEMAKER das Wort:

„Seit der Stabilisierung sind schätzungsweise mindestens 10 Milliarden dem Wohnungsbau zugeführt worden. Dem stelle man gegenüber, daß das steuerpflichtige Gesamtvermögen in Deutschland noch nicht 100 Milliarden be-

trägt und das Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften mit Reichsmarkkapital sich Ende 1928 auf rund 23 Milliarden belief. Von jenen 10 Milliarden wurde ein Viertel aus Steuern und fast der ganze Rest dem Kapitalmarkt entnommen. Öffentliche Geld- und Versicherungsinstitute wandten ihre Mittel der Finanzierung des Wohnungsbaues in hohem Maße zu; Reich, Länder und Gemeinden stellten ihren Kredit zur Verfügung. Dazu kam, daß die verbilligten Darlehen usw. es möglich machten, für erststellte Hypothekendarlehen hohe Zinsen zu zahlen. Eine Hauszinssteuerhypothek zu 3% und eine erste Hypothek von gleicher Höhe ergeben zusammen eine durchschnittliche Verzinsung von 6%; wird der Zinsfuß des Hauszinssteuerdarlehens auf 1% gesenkt, wie es wohl meist der Fall sein wird, ist der Durchschnittssatz nur noch 5%. Der Wohnungsbau ist also ein außerordentlich starker Wettbewerber auf dem Kapitalmarkt, und es ist Tatsache, daß heute ganz allgemein für *erststellige Baudarlehen Zinssätze* gezahlt werden, *die für das Gewerbe*, von hochrentablen Unternehmungen abgesehen, *nicht tragbar* sind. Die Vermutung ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß das *Zuschußsystem den Zinsfuß in die Höhe treibt*. Aber auch auf die Gestaltung der Baukosten wird die öffentliche Unterstützung des Wohnungsbaues bis zur Grenze des im Augenblick eben Möglichen nicht ohne Einfluß gewesen sein. Für diese Annahme spricht jedenfalls auch, daß nach einer Feststellung des Reichsarbeitsministeriums die *Bauarbeiterlöhne* in der Nachkriegszeit *stärker gestiegen* sind als die in anderen Gewerbezweigen.“

Allen Bemühungen der mit der Wohnungsfürsorge befaßten Behörden zum Trotz haben wir noch längst nicht das elastische Wohnungsangebot, das wir vor dem Kriege für eine Selbstverständlichkeit hielten. Die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte an die jeweiligen Bedürfnisse der Volkswirtschaft wird dadurch aufs äußerste erschwert. Die Spannung zwischen dem Minimum und dem Maximum der Bevölkerungsvermehrung ist in den Großstädten und industriellen Zentren mit Rücksicht auf das Auf und Ab der lokalen industriellen Entwicklung sehr stark. Die private Bautätigkeit trug diesem sehr unregelmäßigen Bedarf zwar nicht in völlig befriedigender, aber doch im Vergleich zu den heutigen Zuständen in so befriedigender Weise Rechnung, daß es charakteristischerweise üblich wurde, zu verlangen, es müßten mindestens 3% von allen Wohnungen leer stehen, damit für den nötigen Wohnungswechsel genügende Auswahl zur Verfügung stehe. Wer wagt es heute noch eine derartige Forderung aufzustellen?

Die Folge der geringen Elastizität des Angebots an Wohnungen ist, daß seit zehn Jahren immer wieder Stellenwechsel nicht in erster Linie mit Rücksicht auf die persönliche Eignung und das wirtschaftliche Bedürfnis vor sich geht — die Wohnungsfrage drängt alle anderen Erwägungen zurück. Manchmal erfolgen notgedrungen Änderungen der Beschäftigung, während die alte Wohnung beibehalten werden muß, weil in der Nähe der neuen Arbeitsgelegenheit das Suchen vergebens war; stundenlange Wanderungen, teure Bahnfahrten, Zeitverluste, Kraftvergeudung, Verminderung der Arbeitslust sind schlimme Folgen davon.

Das im ganzen doch fragwürdige Ergebnis zehnjähriger staatlicher Wohnungspolitik bürdet der Volkswirtschaft auch dadurch enorme Extrakosten auf, daß ein sehr teurer »Apparat« erforderlich wurde, um die Lösung der Wohnungsfrage aus der freien Wirtschaft herauszunehmen und der Verwaltungswirtschaft zu übertragen. Waren es früher im wesentlichen nur Bauarbeiter und Wohnungsunternehmer, die sich bei der Bereitstellung von Wohnungen betätigten, so schiebt sich jetzt das gewaltige Heer derer dazwischen, die zwangsweise regulieren. Vor wenigen Jahren, 1926, ging durch die Zeitungen eine Nachricht, die soweit ich feststellen konnte, unwidersprochen geblieben ist, aus der sich ergab, daß damals in den Wohnungsämtern 30 600, bei den Gerichten 19 800 Beamte mit der Bearbeitung von Wohnungsangelegenheiten beschäftigt waren. Für die Bearbeitung der mit dem Wohnungswesen zusammenhängenden Steuern und Abgaben waren 8 000 Steuerbeamte erforderlich. Insgesamt waren also 58 400 Beamte mit der Bearbeitung der Fragen der Wohnungszwangswirtschaft beschäftigt. Die Zeitschrift »Die Bank« meinte einmal gelegentlich mit Recht, die Kraft, die direkt und indirekt durch die Wohnungszwangswirtschaft unnütz vertan werde, repräsentiere in ihrer Gesamtheit »einen nationalen Energieverlust, aus dem sich der Aufwand für die größten sozialen Taten decken lassen würde.«

Wie wenig erfreulich die *staatliche Festsetzung von Lohntarifen* ist, zeigte erst kürzlich eine vom sozialistischen Arbeitsminister

einberufene Konferenz der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Alle waren sich über das Unerfreuliche der Zustände einig, insbesondere darin, daß durch das Eingreifen des Staates das Maß des Verantwortlichkeitsbewußtseins der Parteien empfindlich gelitten habe und leiden müsse. Uneinig war man sich eigentlich nur, wo und wie man die bessernde Hand anzulegen habe.

Der Reichsarbeitsminister scheint seinerseits der Meinung zu sein, daß im Verwaltungswege die allseitig gerügten Mängel ausgeschaltet werden könnten. Es steht zu befürchten, daß bei dieser Auffassung die Stärke der Position des Reichsarbeitsministers überschätzt wird. Fast alle neuzeitlichen Streiks haben die Tendenz, große Massen von Arbeitern in ihren Bereich zu ziehen. Der Ansturm auf die maßgebenden Stellen, der dadurch gegebenen Beunruhigung ein Ende zu machen, wird schwer abzuwehren sein, zumal sich unter dem Druck einzelner Wählergruppen mehr oder minder fast alle Parteien dafür einsetzen werden. Die Gefahr ist groß, daß das Sozialministerium, das über den Parteien stehen soll, immer mehr in den Streit der Parteien hineingezogen wird, daß eine Instanz die auf allseitiges Vertrauen angewiesen ist, allseitiges Mißtrauen ernten wird, und darüber hinaus muß auch die Autorität des Staates Schaden leiden, wenn man ihn mit Aufgaben belastet, zu deren Lösung er zu schwach ist. Die Tatsache, daß nach der Verbindlichkeitserklärung durch den Arbeitsminister wenige Wochen später der Innenminister in derselben Sache ebenfalls eine Verbindlichkeitserklärung, aber mit anderem Inhalt, erläßt, trägt gewiß nicht zur Festigung des Ansehens der Staatsautorität bei. Der Staat darf und muß Mittler sein, er kann dabei Erscheinungs- und Verhandlungszwang ausüben, aber damit sollten auch die Grenzen gezogen sein für das unmittelbare staatliche Eingreifen.

Die zunehmende Bestätigung des Staates auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens könnte jedenfalls nur dann als Beweis für die naturnotwendige Sozialisierung der Wirtschaft angeführt werden, wenn sie für sich allein oder in Verbindung mit anderen Tatsachen eben schließlich zu einer uneingeschränkten

Gemeinwirtschaft führen müßte. Davon kann aber erst recht keine Rede sein. Keiner, der einigen Sinn für Realpolitik hat, denkt daran, die staatliche Zwangsschablone über das gesamte wirtschaftliche Leben auszudehnen. Die Mängel des Staatsbetriebes hat die Erfahrung zu offenkundig gemacht: »Eingengung der freien Betätigungsmöglichkeit, Mangel an Verantwortungsfreudigkeit in finanziellen Fragen, vervielfachtes Vorgesetztenverhältnis bis hinauf zur Abhängigkeit vom Parlament«, so hieß es in dem offiziellen Sozialisierungsgutachten. Es ist kennzeichnend, daß bei der jüngsten Debatte über die Auslandskredite auch diejenigen, die sonst den Auslandskrediten recht günstig gesinnt waren, doch dafür eintraten, daß Vorsorge gegen unzumutbare Inanspruchnahme von Auslandskrediten durch öffentliche Körperschaften getroffen werden müsse. Bei den Privatunternehmungen Sorge schon der Zins für die möglichst rationelle Verwendung der Mittel, bei den öffentlichen Verwaltungen fehle ein solcher Regulator; sie brauchten nicht so kaufmännisch zu kalkulieren wie die Privatwirtschaften und namentlich sei ein Rechenfehler für die Häupter der öffentlichen Wirtschaft nicht so fatal, weil sie ihre eigene Haut nicht zu Markte zu tragen hätten; ihnen drohe nicht wie dem Privatwirt der Bankrott und die Steuergroschen ständen ja als Ausgleichshilfe in Reserve.

So kommen wir also entgegen SCHMALENBACH zum Ergebnis: Ebenso wenig wie die relative Zunahme der fixen Kosten drängt die wirkliche oder scheinbare Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit im wirtschaftlichen Leben zu einer schließlichen Negation der bestehenden Wirtschaftsordnung. Es sind da, wo man Rammböcke gegen das Fundament der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sehen glaubt, tatsächlich manchmal nur Stützen dieses Fundaments festzustellen, manchmal — leider viel zu häufig — mag es sich allerdings auch um verhängnisvolle Irrtümer handeln, die zwar den kapitalistischen Produktionsprozeß erschweren, ihn weniger ergiebig gestalten, ihn aber nicht im entferntesten mit innerer Notwendigkeit zum Sozialismus hindrängen.

LOHNERHÖHUNGEN ALS SOZIALE UND ALS UNSOZIALE TAT

DIE Gewerkschaftszeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, brachte am 1. Dezember 1928 unter der Überschrift »Selbstverteidigung des Kapitalismus« einen Aufsatz, der mit der Feststellung schloß: *»Die deutsche Wirtschaft verdankt ihren Aufschwung nach der Stabilisierung der »politischen Ökonomie der Arbeiterklasse«, die in dem Programm der Wirtschaftsdemokratie zusammengefaßt ist.«* Begründet wird das damit, daß die Stärkung des Inlandsmarktes die primäre, grundlegende Bedeutung habe, darauf sei die Politik der Arbeiterorganisation abgestellt gewesen. Durch Abwehr des Lohnabbaues, durch Erzielung höherer Löhne, Ausbau der Arbeitslosenunterstützung habe sie für Erhaltung und Stärkung der inländischen Kaufkraft gesorgt. Dazu komme, daß die Belebung des Wohnungsbaues einen hervorragenden Anteil an der Belebung der Konjunktur gehabt habe. Diese sei aber wieder nur lediglich möglich gewesen dank der intensiven Beteiligung der gehaßten »öffentlichen Hand«. »Wie kann man angesichts dieser Tatsachen von dem gewaltigen und ausschließlichen Verdienst des deutschen Kapitalismus sprechen?«

Wie wenig die Wohnungspolitik auf die Aktivseite der neuzeitlichen deutschen volkswirtschaftlichen Entwicklung zu setzen ist, wurde schon gezeigt. Hier genügt die Feststellung, daß von den drei großen menschlichen wirtschaftlich wichtigen Hauptbedürfnissen die Befriedigung des Nahrungs- und Kleidungsbedarfs, die wesentlich dem alten System der Konkurrenz überlassen wurde, in einer Weise erfolgt ist, die unter Berücksichtigung aller Umstände als recht befriedigend zu nennen ist. Die Befriedigung des Wohnungsbedarfes hingegen läßt nach allgemeinem Urteil noch sehr viel zu wünschen übrig, ganz abgesehen von den großen volkswirtschaftlichen Leerlaufkosten, die seit einem Jahrzehnt damit verbunden sind.

Was für eine Bewandtnis hat es aber nun mit den erzwungenen Lohnsteigerungen? Die Arbeiterführer nehmen sie als sozial-

und wirtschaftspolitisches Plus in Anspruch. Indem sie das ohne Vorbehalt tun, irren sie erheblich — zum großen Nachteil der Arbeiterschaft.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Sichert sich irgendeine Arbeitergruppe einen höheren Lohn, so kann diese Arbeiterschicht mehr volkswirtschaftliche Güter für sich in Anspruch nehmen. *Unter sonst gleichbleibenden Umständen* müssen infolgedessen andere Gruppen weniger konsumieren. In vielen Fällen werden diese »Anderen« Arbeitermassen sein, dann namentlich, wenn die Lohnsteigerungen Preiserhöhungen zur Folge haben. In sonstigen Fällen wird der höhere Lohn *zunächst* allerdings von den Kapitalisten getragen, aber nützen würde das den Arbeitern doch nur dann, wenn diese Kreise in demselben Umfange ihre Bedürfnisse einschränkten, wie die Arbeiter, Angestellten, Beamten sie ausdehnen. Das ist schon deshalb wenig wahrscheinlich, weil dem großen Heer von Arbeitern doch nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Unternehmern und Kapitalisten gegenübersteht. Auch hat man doch wohl selten davon gehört, daß nach einem erfolgreichen Streik der Arbeiter die »Besitzenden« ihre Bedürfnisse im großen eingeschränkt haben. Entscheidend ist, daß diese einen Blitzableiter haben, der sie davor bewahrt, daß sie nach einer Lohnsteigerung ihre Bedürfnisbefriedigung einschränken müssen. Das ist der Besitz selbst. Die Wohlhabenden schränken nach Lohnsteigerungen und Preissteigerungen ihren Konsum nicht oder doch im Verhältnis zu den erforderlichen Lohnsummen viel zu wenig ein, aber — sie legen weniger zurück. Die Folgen treffen die Arbeiter; denn dadurch, daß weniger zurückgelegt wird, bildet sich weniger Kapital; je weniger Kapital, um so geringer die Beschäftigungsmöglichkeit, so daß also unter sonst gleichbleibenden Umständen eine Gruppe von Arbeitern ihre Lage verbessert auf Kosten anderer Gruppen von Arbeitern im weitesten Sinne des Wortes, sei es infolge von Preissteigerung, sei es infolge vermehrter Arbeitslosigkeit.

Die Arbeiter haben mithin das stärkste Interesse daran, daß die »Umstände«, unter denen Lohnerhöhungen erfolgt sind, nicht gleichbleiben. Es muß die Menge der bereitgestellten

Güter nach der Lohnsteigerung größer sein, als sie ohne Lohnsteigerung sein würde.

Nun wird allerdings frischweg behauptet, dadurch, daß die Lohnerhöhung Nachfragesteigerung nach sich ziehe, bekomme die Landwirtschaft, das Gewerbe, die Industrie mehr zu tun, eine Produktionssteigerung sei die Folge, der gesamte Gütervorrat vermehre sich. Es heißt aber geradezu an Zauberei glauben, wenn man meint, ein Volk könne dadurch reicher werden, daß es mehr ausbebe. Wir denken dabei wohl unwillkürlich an die schlimme Zeit der Inflation, wo die Nachfrage so stürmisch stieg, daß Warenhunger an der Tagesordnung war, alle Fabriken waren überbeschäftigt, und immer neue Fabriken wurden gegründet. Das Ergebnis war jedoch nicht eine Steigerung, sondern eine so starke Verminderung unseres Volksreichtums, in Verbindung mit einer Destruktion aller wirtschaftlichen Beziehungen, daß die Inflation unserer Volkswirtschaft wahrscheinlich mehr geschadet hat als der vierjährige Weltkrieg.

Man weist gerne auf die Vereinigten Staaten hin. Auf das Land der Rohstoffüberfülle und der künstlich beschränkten Arbeiterzahl! Dort hätten die großen Unternehmer die klare Einsicht, daß sie durch Lohnsteigerungen und die dadurch erreichten Kaufkraftvermehrungen der Volkswirtschaft und indirekt auch sich selbst am besten dienten. Die Folge sei zunehmender Wohlstand aller gewesen. Die kleinen Fordwagen, sagt man, hätten sich nicht so »unermeßlich vermehrt«, wenn die Löhne nicht so gesteigert worden wären, daß auch der Mann aus dem Volke sich seinen Ford hätte leisten können. Am Anfange einer weitausgehenden und dadurch verbilligenden Produktion steht aber nicht der durch Lohnsteigerung bewirkte größere Güterverzehr, sondern eine vermehrte Kapitalbildung, die die Folge eines rationellen Arbeitens und namentlich eines rationellen Sparens ist und die dann in weiterer Folge durch zweckmäßige Kombination Arbeit und Boden den wirklichen Erfolg, Steigerung der allgemeinen Kaufkraft, bringt. Tatsächlich waren in der Union die gestiegenen Löhne nicht Ursache, sondern Folge des gestiegenen Volksreichtums, der seinerseits auf die

gestiegene Produktivität und die gewaltige Akkumulation von Kapital zurückzuführen war. Während im Jahre 1927 in Deutschland die Indexziffern der verarbeitenden Industrie noch nicht einmal die Vorkriegszahlen erreicht hatten, lagen sie in den Vereinigten Staaten 70 % über den Vorkriegsdaten. Die Erzeugung des elektrischen Stromes belief sich 1926 in den Vereinigten Staaten auf fast 630 Kilowatt, in Deutschland auf 192 Kilowatt pro Kopf der Bevölkerung. Das Anwachsen der Spardepositen war gegenüber dem Vorjahre in den Vereinigten Staaten 1926 mehr als zehnmal so hoch wie 1913. Die amerikanischen Arbeiter wissen, was derartige Steigerungen für sie bedeuten. Auf einer von den amerikanischen Gewerkschaften 1927 abgehaltenen Tagung meinte der Gewerkschaftsführer Mc. HUCH: *»Es ist für den Arbeiter wichtig, daß er durch seine Intelligenz und Geschicklichkeit zur Entwicklung einer größeren Ordnung und vernünftigen produktiven Methode beiträgt, um aus der Industrie soviel wie möglich herauszuholen. Vergeudete Anstrengung macht sich sofort in der Lohntüte bemerkbar.«*

Zum Glück bricht sich auch in Deutschland unter den besonnenen Arbeiterführern immer mehr die Überzeugung Bahn, daß der Fortschritt der Arbeiterschaft in erster Linie abhängt von der steigenden Ergiebigkeit ihrer Arbeit. Der Reichsarbeitsminister WISELL formulierte diese Ansicht in einer Rede bei der Feier des zehnjährigen Bestehens des Reichsarbeitsministeriums mit dem Satz: *»Der Anteil der Arbeiter an der Wirtschaft kann nur steigen, wenn der Ertrag der Wirtschaft selbst steigt.«* Wenn die deutsche Arbeiterbewegung diesen Satz in seinem gewichtigen Inhalte zur Grundlage ihrer Gewerkschaftspolitik machen wollte, dann brauchte es uns um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und des sozialen Fortschritts nicht bange zu sein.

Wird der Ertrag nicht gesteigert, so gibt es im Kampf gegen das Kapital für den Produktionsfaktor Arbeit, also für die Gesamtarbeiterschaft, nur eine Möglichkeit, reale Vorteile zu erzielen: Den Arbeitern muß es gelingen, *Fehldispositionen* des Kapitals dadurch zu verhindern, daß man das Kapital aus der

Produktion in die Konsumtion hineinzieht. Wann das aber geschehen kann und welche Lohnerhöhung dafür zweckmäßig ist, wird, da es sich um Voraussagen über zukünftige Möglichkeiten handelt, überaus schwer zu sagen sein. Völlig abwegig ist eine Theorie, deren Vertreter im Unterbewußtsein noch an der sonst aufgegebenen marxistischen Lohntheorie festhalten, daß im Laufe der Konjunktorentwicklung zuviel Kapital investiert werden könne und zu wenig konsumiert werde. Dem müßten die Arbeiter durch Lohnforderungen entgegenwirken. Diese Theoretiker vergessen, daß jede Kapitalinvestition vermehrte Nachfrage nach Arbeitskraft und infolgedessen auch gesteigerten Konsum nach sich ziehen muß, direkt durch Herstellung von Fabriken, Maschinen, indirekt durch Steigerung der Produktivität der Arbeit. Würden trotzdem die Arbeiter Lohnerhöhungen erzwingen, um zu verhindern, daß »zu viel« Kapital investiert wird, so würde das nichts anderes bedeuten als Zerstörung der Vorbedingungen einer *nachhaltigen* Lohnerhöhung zugunsten einer nur vorübergehenden *einmaligen* Lohnsteigerung. Je mehr Kapital durch rationelles Arbeiten und rationelles Sparen gebildet wird, um so nachhaltiger kann die Wirtschaft »angekurbelt« werden, um so größer kann nicht nur momentan, sondern auch auf die Dauer die Konsumkraft gesteigert werden.

Aus solchen Überlegungen darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß die Gewerkschaften volkswirtschaftlich nutzlos seien. Der einzelne Arbeiter ist regelmäßig weit schwächer als der Arbeitgeber. Es ist also die Gefahr gegeben, daß er nicht den volkswirtschaftlich angemessenen Lohn erhält. Dabei ist es für den betreffenden Arbeiter kaum ein Trost, daß früher oder später unter dem Druck der in der Volkswirtschaft wirksamen Konkurrenz eine Korrektur herbeigeführt werden muß. Aus einer ganzen Reihe von Gründen sind die Gewerkschaften als Mittel zur Beeinflussung der Lohnhöhe auch vom Standpunkt volkswirtschaftlicher Gesamtinteressen sehr erwünscht: Die Marktkenntnisse des Arbeiters werden erweitert. Sein Wille und seine Kraft, wirtschaftlich über seine Arbeitskraft zu verfügen, werden gestärkt. Den Hemmungen, Zufällig-

keiten, Unbilligkeiten, die sich am Arbeitsmarkte zuungunsten des Arbeiters geltend machen können, kann im Interesse des Arbeiters entgegengewirkt werden. Die Berufseignung und Anpassungsfähigkeit des Arbeiters an neue Möglichkeiten können gefördert werden. Auch die Möglichkeit, die Macht der Gewerkschaften zu benutzen, um auf die Steigerung der Produktivität der Arbeit einzuwirken, ist unbestreitbar gegeben, sei es dadurch, daß die Arbeitgeber unter dem Druck steigender Löhne weiter technische und organisatorische Fortschritte erzielen, oder sei es dadurch, daß die Arbeiter nach erhöhtem Lohn ihrerseits mehr leisten und dadurch die Produktivität der Arbeit fördern. Aber man darf nicht übersehen, daß diesen Möglichkeiten doch auch ernste Gefahren gegenüberstehen: Am nächsten liegt die Sorge, daß der künstlich erhöhte Lohn zu einem künstlich erhöhten Preise führt. Man kann sich darüber nicht hinwegsetzen mit dem Hinweis, daß im Einzelfall der Lohn nur eine geringe Quote des Produkts ausmacht. Man denkt dabei nur an die direkten Auswirkungen des Lohnes und übersieht die indirekten. Bei den jüngsten Lohnkämpfen in der Eisenwirtschaft war von Arbeiterseite ausgerechnet worden, daß der Anteil des Lohnes am Produkte nur 4—5 % betrage. Die Unternehmer konnten dem aber Berechnungen entgegensetzen, wonach der Lohn dann, wenn man die Produktion vom Hochofen bis zum Walzwerk betrachtet, 20 bis 25 % am Produkt ausmacht, und wenn man den Lohnanteil an Kohle, Erz, Kalk hinzunimmt, dann macht der Lohnanteil 38 % aus. In der eisenverarbeitenden Industrie, z. B. in der Maschinenindustrie, steigt er auf 40—45 %. Den Anteil der Löhne und Gehälter an der gesamten nationalen Produktion kann man auf 75—80 % schätzen.

Im Gegensatz zur Vorkriegszeit ist heute die Überzeugung fast Allgemeingut geworden, daß eine Lohnerhöhung die eine entsprechende Preiserhöhung nach sich zieht, keinen wesentlichen sozialen Fortschritt darstellen kann, es wird lediglich eine Gruppe Arbeiter-Produzenten auf Kosten anderer oder der gleichen Arbeiter-Konsumenten bevorzugt. Dabei ist selbstverständlich eine durch Lohnerhöhung verhinderte Preis-

senkung ebenso zu beurteilen wie eine durch Lohnsteigerung bewirkte Preiserhöhung. Preissteigerungen infolge Lohnerhöhungen müssen besonders verhängnisvoll wirken in einem Lande, das, teils, weil es auf die ausländischen Rohstoffe angewiesen ist, teils infolge der Reparationslasten, in ganz besonderem Maße auf Steigerung seines Exports bedacht sein muß. In dem Bericht über die Lage der verarbeitenden Industrie im Lichte der Leipziger Herbstmesse 1928, den das Institut für Konjunkturforschung bearbeitet und herausgegeben hat, wird wiederholt festgestellt, daß die Konkurrenz mit dem Auslande infolge der hohen deutschen Preise kaum möglich sei, zumal lange Zahlungsfristen verlangt würden, die Deutschland angesichts seiner Kapitalknappheit zu bewilligen nicht in der Lage sei.

Hier ist immerhin eine Gefahr erkannt und damit wenigstens der Weg gewiesen, sie zu bekämpfen. Daneben droht aber eine andere, weniger offenkundige Gefahr. Die Preise für die Erzeugnisse der eisenverarbeitenden Industrie lagen 1927 rund 7% unter dem Stande während der Konjunkturspitze von 1925. Die Tariflöhne der Metallarbeiter dagegen stiegen von 1925 bis 1927 um 3—7%. Die Preissteigerungsgefahr wurde in dieser Zeit vermieden. Aber da gleichzeitig die Rentabilität zurückging, droht die noch größere Gefahr der verminderten Kapitalbildung. Eine langsame Preissteigerung wirkt, so fatal sie ist, doch insofern als Selbstkorrektur, weil sie zu einem gewissen Haushalten zwingt. Sie macht es dadurch möglich und wahrscheinlich, daß die Kapitalkraft durch unzumutbare Lohnsteigerungen nicht zu stark in Anspruch genommen wird. Geht aber bei gleichbleibenden oder sinkenden Preisen und steigenden Löhnen die Rentabilität des Unternehmens zurück, dann ist damit zu rechnen, daß infolgedessen unmittelbar und mittelbar die unerläßliche Kapitalbildung leidet. Die starke Stütze der Kapitalneubildung waren von jeher die Unternehmerrgewinne und die Kapitaleinkommen. Die erhöhten Löhne verwenden die Arbeiter dagegen zum weitaus größten Teile zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Wenn die Arbeiter überall den Lohn so steigerten, daß die Rentabilität der Unter-

nehmungen nur wenig über dem Nullpunkt liegen würde, so müßte das zwar nicht von heute auf morgen, aber mit unbedingter Sicherheit in einer früheren oder späteren Zukunft zu einer volkswirtschaftlichen Katastrophe, zu einer unerhörten Arbeitslosigkeit führen. Die Arbeitslosenversicherung würde mangels genügender Mittel Schiffbruch leiden. Die öffentliche Fürsorge müßte schließlich versagen; denn die dafür aufzubringenden Steuern können nur vorübergehend durch Kapitalschwund aufgebracht werden. Also nicht nur von der Preissteigerung droht volkswirtschaftlicher Ruin, sondern, wenn auch in verkappter Weise, durch zu geringe Kapitalbildung. Die Tatsache, daß unser landesüblicher Zinsfuß heute doppelt so hoch ist wie im Auslande trotz gesunder stark gesicherter Währung, trotz Wiederherstellung unseres Ansehens in der Welt, trotz der unerhörten Leistungen, die das deutsche Volk in der Nachkriegszeit vollbrachte, gibt um so mehr ernst zu denken, weil uns viele Milliarden teils kurzfristig, teils langfristig vom Auslande zur Verfügung gestellt werden. Auch daran muß gedacht werden, daß dann, wenn der landesübliche Zins 8—10% beträgt, die gewerbliche Rentabilität durch Lohn- und Steuerpolitik im Durchschnitt auf kaum mehr als die Hälfte herabgedrückt wird — Brauereien, Schokoladefabriken, Warenhäuser bilden eine bemerkenswerte Ausnahme —, deutsche Unternehmungen und deutsches Unternehmerkapital ins Ausland gedrängt werden. Daß die *Lohnsteigerungen nicht allein* für die heutigen Kapitalmarktverhältnisse verantwortlich zu machen sind, wird im nächsten Kapitel noch eingehend dargelegt werden. Aber daß trotz unserer erschreckenden Kapitalverknappung, trotz des Milliardenbetrags, trotz sinkender Konjunktur Forderungen nach weiteren Lohnerhöhungen an der Tagesordnung sind, gibt zu sehr ernststen Bedenken Anlaß.

Die klugen Arbeiterführer setzen ihre ganze Hoffnung darauf, daß verbesserte Entlohnung der menschlichen Arbeitskraft mit innerer Notwendigkeit zu vermehrter Anwendung mechanischer Hilfsmittel führt, also betriebswirtschaftlich ausgedrückt, auf Vermehrung der fixen Kosten und Verminderung

der variablen Kosten. Während man einst in der Technik den Feind der Arbeiter erblickte, setzt man jetzt offenbar etwas überschwengliche Hoffnungen auf die Möglichkeiten, durch eben diese Technik die Lage der Arbeiter dauernd zu verbessern. Man vergißt insbesondere, daß Substitution der Arbeit durch Kapital vermehrte Nachfrage nach Kapital bedeuten muß. Das muß zu einer Steigerung des Zinses führen, und das erschwert selbstverständlich die Einführung von technischen Neuerungen. Diese werden aber auch noch dadurch nach einer Lohnsteigerung schwieriger sein als vorher, weil die Lohnerhöhung auch als Kostenbestandteil bei den neuen Maschinen usw., die man sich anschaffen will, wirksam sein muß. Dem vermehrten Wollen des Unternehmers, technische Neuerungen einzuführen, steht ein vermindertes volkswirtschaftliches Können gegenüber. CASSEL hat hier schon recht *»Eine allgemeine und gleichmäßige Erhöhung des Arbeitslohnes . . . hat nur eine untergeordnete Wirkung auf die Möglichkeit einer Substitution von Kapitaldisposition für Arbeit.«* Soweit aber Ersatz der variablen Kosten durch fixe Kosten tatsächlich erfolgt, muß wiederum eine neue Sorge, die schon einmal erwähnt wurde, sich Geltung verschaffen, die nämlich, daß unter dem Drucke künstlich gesteigerter Löhne technische Produktionsumwege erzwungen werden, die mehr einer Augenblicksstimmung, einer momentanen Notwendigkeit entsprechen als der wohlverstandenen Förderung der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit.

Es kann kein Stück der Volkswirtschaft aus dem Zusammenhang herausgenommen und für sich einer separaten Behandlung unterzogen werden. Die ganzen Zusammenhänge müssen erwogen und durchdacht werden. Das geschieht nicht schon dadurch, daß man die Zahlen über die Rentabilität der Unternehmungen und über die Lebenshaltung der Arbeiter studiert, es kann sein, daß man daraufhin einen Schiedsspruch fällt, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zufriedenstellt, der aber doch der Volkswirtschaft einen unrichtigen Lohn aufdrängt und daher verfehlt ist. *Der Lohn wird der »richtige« sein, der der Gesamtarbeiterschaft auf die Dauer den höchstmöglichen Vor-*

teil bringt. Einst wandten sich die Arbeiter gegen die Maschinen, in denen sie infolge einer oberflächlichen Betrachtung ihre Feinde erkannten, heute wissen sie alle miteinander, daß sie keinen besseren Freund haben als den technischen Fortschritt. Nun wird man an die andere schwierigere Aufgabe herantreten müssen, den Arbeitern klar zu machen, daß angemessene Kapitalgewinne die wichtigste und unentbehrlichste Quelle der Kapitalneubildung sind, die ihrerseits unerläßlich ist, wenn die Arbeitslosigkeit nicht überhand nehmen soll. Es wird unter Umständen notwendig sein, den Arbeitern zu bedeuten, daß sie eine Zeitlang mit einer neuen Lohnforderung zurückhaltend sein, vielleicht sogar mit einer Lohnsenkung zufrieden sein müssen, um dadurch auf dem Wege über nachhaltige Kapitalbildung eine sichere Sanierung der ganzen Wirtschaft zu erreichen.

Es gibt ein Land, das uns immer wieder als das paradiesische Land des sozialen Fortschritts geschildert wird, Australien. *»Nach dem Urteil zahlreicher hervorragender Sozialpolitiker sind die sozialpolitischen Verhältnisse Australiens äußerlich die günstigsten der Welt.«* (BILSCHOWSKI.) Eins meiner Seminarmitglieder, ein Australier, hat jüngst auf Grund seiner eigenen Anschauung und des neuesten Materials seiner Heimat die Dinge untersucht, wie sie wirklich liegen. Aus der interessanten Schrift, die binnen kurzem der Öffentlichkeit übergeben wird, greife ich einige Ergebnisse heraus: Die gesamte Produktion Australiens befand sich in der Zeit 1914—1925 in rückläufiger Bewegung. Trotzdem stiegen die Löhne unter Einwirkung der Gewerkschaften und des Zwangsschiedsverfahrens dauernd. Wer war Träger dieser künstlichen Lohnerhöhung? Die Statistik gibt darüber die folgende Antwort: Der Kleinhandelsindex stieg von 880 im Jahre 1901 auf 1722 im Jahre 1925. Die Industrie nahm an dem Export nur mit 4,88 % teil. Die Landwirtschaft mußte 80 % der Gesamtausfuhr bestreiten. Sie trifft die künstlich erhöhte Lohnsteigerung nicht, teils weil bei der äußerst extensiven Bewirtschaftung des reichlich vorhandenen jungfräulichen Bodens in Verbindung mit verhältnismäßig starker Kapitalverwendung die

Farmer und ihre Angehörigen die Arbeit allein verrichteten, teils weil von der sozialen Gesetzgebung große Teile der Landarbeiterschaft ausgenommen sind. Die Industrie selbst kann aber die hohen Löhne nur tragen, weil sie gegen die auswärtige Konkurrenz durch Schutzzölle geschützt ist, die mit Steigerung des Lohnniveaus immer mehr in die Höhe getrieben wurden. Ein Sachkundiger, EGERTON, meinte 1914 im *Economic Review*: »Das australische System kann nur da mit Erfolg durchgeführt werden, wo die Industrie nicht im Wettkampf am Weltmarkt steht und wo ihr hohe Schutzzölle die unbedingte Herrschaft über den Innenmarkt sichern.« Daß eine derart künstlich erreichte Steigerung und Hochhaltung der Löhne auf die Dauer keinen Bestand haben kann, liegt auf der Hand. In dem Sinne äußert sich ein anderer Sachkundiger, der frühere australische Minister S. BRUCE, so: »Wenn das System nicht geändert wird, so werden wir es noch erleben, daß wir noch einmal wie vor hundert Jahren ganz von vorn anfangen müssen, nach einem Zusammenbruch, der alles andere in den Schatten stellen wird, was Australien bisher durchgemacht hat.« Nach Zeitungsmeldungen haben in Australien die letzten Wahlen eine überraschende Abwendung der Wähler, auch zahlreicher proletarischer Wähler von den bisherigen Arbeiterführern gebracht.

Die in diesem Kapitel ausgesprochenen Gedanken veröffentlichte Verfasser bereits im Januar 1929 in der Sozialen Praxis. Eine lebhaftete Auseinandersetzung mit Anhängern der üblichen gewerkschaftlichen Lohntheorie war die Folge. Sie konnte die Richtigkeit der Ausführungen in keiner Weise erschüttern. Sehr erfreulich ist es nun, daß gerade in den letzten Wochen aus dem Lager der freien Gewerkschaften Stimmen laut werden, die sich der hier ausgesprochenen Ansicht nähern, wenn auch noch erhebliche Unterschiede bleiben. So hielt FRITZ NAPHTALI vor der hessischen Gaukonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 4. April d. Js. in Frankfurt a. M. einen Vortrag, in dem er nach dem Bericht der Frankfurter Zeitung (1929 Nr. 250) zu folgenden Thesen kam:

„Das Kennzeichen einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung sind

steigende Verbrauchsmöglichkeiten der breiten Massen, d. h. steigende Reallöhne. Eine Stabilisierung der Löhne würde Stillstand oder Rückschritt der Volkswirtschaft bedeuten. Der normale Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung kann nur in einer *ständigen* Aufwärtsbewegung der Reallöhne erblickt werden. Nicht diese Grundtendenz, sondern nur das Maß und der geeignete Zeitpunkt sind strittig. Lohnerhöhungen können sich vollziehen als Anteil der Arbeiterschaft an der steigenden Produktivität der Arbeit. In diesem Fall pflegen gleichzeitig die Löhne und die Kapitalbildung zu steigen; oder auf Kosten des Luxusverbrauchs anderer Schichten der Bevölkerung. Durch steigende Nachfrage nach Massenartikeln sinken die Einheitskosten bei der dadurch bedingten Mehrproduktion und weitere Kapitalbildung wird ermöglicht. Oder auch auf Kosten des Tempos der Kapitalbildung. Die Folgen können nützlich oder schädlich sein, je nachdem, ob Absatzkrisen vermieden werden oder Reproduktion und Modernisierung des Produktionsapparates verhindert werden. Die Grenzen, in denen in einem gegebenen Augenblick die Lohnerhöhungen im Rahmen einer Volkswirtschaft möglich und die Gesamtwirtschaft fördernd sind, sind nicht exakt bestimmbar. Die Lohnhöhe bestimmt auf der einen Seite die Verbrauchs- und Produktionsrichtung innerhalb der Volkswirtschaft, auf der anderen Seite ist sie ein Bestandteil der Produktionskosten, dessen Überhöhung die Absatzmöglichkeiten von Industrieprodukten, besonders auf den Märkten, in denen sie ausländischer Konkurrenz unterworfen sind, gefährden kann. Erweiterter Export von Massenfabrikaten hat meist erweiterten inneren Verbrauch der Massenfabrikate und damit verbilligte Produktion zur Voraussetzung. Die Durchleuchtung der wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge ist in der Gegenwart viel zu wenig entwickelt, nur durch wissenschaftliche Feststellungen ist das mögliche Maß der Lohnerhöhungen in der Gesamtwirtschaft oder in einzelnen Zweigen der Wirtschaft exakt festzustellen. Unabhängig von diesem Urteil im einzelnen bleibt die Erkenntnis, daß eine gesunde volkswirtschaftliche Entwicklung ihren Ausdruck in einer dauernden Tendenz zur Erhöhung der Reallöhne finden muß“

Die Gaukonferenz nahm die Thesen an.

Und in der von LEIPART im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Zeitschrift »Die Arbeit« (April 1929) kommt ALFRED BRAUNTHAL in einem sehr instruktiven, ersichtlich nach Klarheit und Unbefangtheit ringenden Aufsätze zum Ergebnis: »*Nicht Druck auf den Lohn kann der deutschen Volkswirtschaft in ihrer heutigen gewiß schwierigen Situation helfen, sondern nur Förderung aller Bemühungen um eine Steigerung der Produktivität der Wirt-*

schaft, die mit dem Wachstum des Sozialprodukts eine Steigerung der Löhne und der Kapitalbildung zugleich ermöglicht.« Wenn BRAUNTHAL gleichzeitig versichert, das sei die von den deutschen Gewerkschaften vertretene Auffassung, so wird man dem allerdings für die Vergangenheit nicht ohne weiteres zustimmen können, dann namentlich nicht, wenn man auf das Wörtchen »nur« den Ton legen darf, aber die Hoffnung ist berechtigt, daß nun auch die Gewerkschaften Steigerung der Produktivität der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen setzen werden. Das führt notwendig zu einer weitgehenden Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit.

Wie sehr sich die Anschauungen gewandelt haben, kann Verfasser auf Grund eigener Erfahrungen folgendermaßen illustrieren:

Als ich 1910 die erste Auflage meines Buches „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“ veröffentlichte, schloß ich meine Untersuchungen folgendermaßen „Der Kampf wird weiter gehen. Hüben wie drüben wird immer hartnäckiger, immer erbitterter gekämpft werden. Es mag schon leicht sein, daß schließlich das Ziel der unversöhnlichen Gegner des Kapitals erreicht wird, daß ein Sieg der Arbeiter errungen wird durch Vernichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die einen hoffen, daß nach Wegräumung der Trümmer ein Zukunftsstaat da sein werde, der das höchste Glück für alle verbürge. Die andern fürchten, daß dann die alten Kulturvölker sozial und ökonomisch zurückschreiten müssen, um den sozialen und ökonomischen Fortschritten der Völker Platz zu machen, auf die wir zwar heute noch von der Höhe der Kultur herabsehen, denen aber die Zukunft gehören muß, wenn sie auch fürderhin Fleiß und Genügsamkeit für soziale Tugenden halten, während die alten Kulturvölker unablässig bemüht sind, ihre ökonomische Basis zu zerstören, indem sie mißmutig die Verschiedenartigkeit der Interessen bei *Verteilung* des Ertrages betonen und dabei die Gemeinsamkeit der Interessen beim *Schaffen* des Ertrages vergessen. Große, tiefe Gegensätze sind das! Nur ein Mittel kenne ich, mit dem es möglich sein mag, einen Ausgleich zu finden, einen sozialen Frieden anzubahnen: *Klare unbefangene Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Seins und Werdens!*“

Die Gewerkschaften aller Richtungen, auch die Kathedersozialisten, wandten sich mit aller Schärfe gegen die von mir vertretene Produktivitätstheorie. Der Zentrumsabgeordnete

JOOS beschäftigte sich bei der Tagung des Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Dresden 1912 in einem besonderen Referate mit der neuen gefährlichen Theorie. Seine Schlußfolgerungen lauteten also:

„Nun, so sagen die Neuerer, sollen wir eine *neue Gewerkschaftstheorie* entwerfen. Wie soll sie orientiert sein? Wenn sie den Herren passen soll, d. h. in deren System hineinpassen soll, dann muß Kern und Stern dieser neuen Gewerkschaftstheorie sein: *Vermehrung der Produktion*. Ich fürchte (!) unser Kollege BRAUER könnte zu derselben Konsequenz gedrängt werden, indem er die Forderung aufstellt: Die Gewerkschaften müssen, um die in Sicht kommenden Grenzen hinauszuschieben, sich ernsthaft in den Dienst einer positiven Produktionserweiterung stellen. Der Dienst in der positiven Produktionserweiterung. Was heißt das? Dieser Dienst ist selbstverständlich ein Gesichtspunkt im Gewerkschaftsprogramm, aber nicht leitendes Prinzip . . . Wenn wir wirklich in der Weise, wie es Professor ADOLF WEBER wünscht, von dem Boden der Verteilungspolitik uns emanzipierten, wenn wir mit dem Verfasser des Buches »Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit« ausrufen würden: Los von den mißmutigen Erörterungen der Verschiedenartigkeit der Interessen bei Verteilung des Ertrages und hin zur Gemeinsamkeit der Interessen beim Schaffen des Ertrages, so würde das keine *Gewerkschaftstheorie* mehr sein. So reden Theoretiker der Wirtschaftsfriedlichen, so reden nicht Arbeiter und sozial gesinnte Menschen, die *offenen* Auges durch die Welt gehen“

JOOS wird inzwischen eingesehen haben, daß das was 1910 der Theoretiker — fast einsam auf weiter Flur — als seine Meinung verfocht, inzwischen in seinem Kerngedanken wenigstens auch für die Praktiker, die offenen Auges durch die Welt gegangen sind, fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist.]

Sehen wir von kleinen Nebenmöglichkeiten ab, so werden wir nur diejenige Lohnsteigerung als soziale Tat bezeichnen können, die Folge einer Steigerung der Produktivität der Wirtschaft ist und die diese Produktivitätssteigerung für die Zukunft nicht lähmt, sondern fördert. Nur das Wachstum des Sozialprodukts verbürgt der *Gesamtarbeiterschaft auf die Dauer* höchstmöglichen Vorteil.

GRENZEN DER WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE

VOR dem Kriege traf man nur selten auf das Wort »Wirtschaftsdemokratie«. Meist dachte man dabei an konstitutionelle Fabrik, also an Betriebsdemokratie, die in den durch die Gewerbeordnung geregelten »Arbeiterschüssen« einen ersten bescheidenen Anfang hatte. Als in der Nachkriegszeit mit dem Rufe »Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!« die Räterepublik nach bolschewistischem Muster verwirklicht werden sollte, haben es die Führer unserer Gewerkschaften in geschickter Weise verstanden, der Räteidee das Gefährliche und Radikale zu nehmen und Betriebsräte zu gestalten, die mit den ursprünglich geplanten »Räten« nur noch das Wort gemeinsam hatten. Es darf überhaupt nicht verkannt werden, daß unmittelbar nach dem Kriege, wo nur wenige im Bürgertum den Mut hatten, gegen das bolschewistische Gespenst aufzutreten, es in nicht geringem Grade den Gewerkschaften zu verdanken war, daß Deutschland im wesentlichen von den russischen radikalen Methoden verschont blieb. Insofern haben die Gewerkschaften ein erhebliches Verdienst daran, daß wir heute noch von einer deutschen Volkswirtschaft und von einem deutschen Staate sprechen können.

Die Betriebsräte, die auf Grund des Betriebsrätegesetzes vom 4. 2. 1920 den Arbeitern soziale und wirtschaftliche Befugnisse gaben, die weit über diejenigen der alten Arbeiterschüsse hinausgingen, wurden zuerst von den Unternehmern heftig befehdet. Man fürchtete, daß sie den Revolutionsbestrebungen dienstbar gemacht werden könnten und große Unordnung in die Betriebe hineinbringen würden. Nach dreijähriger Betriebsrätepraxis schrieb aber die Deutsche Bergwerkszeitung (1923 Nr. 28): » *Bei einem zusammenfassenden Rückblick und Ausblick gelegentlich der Vollendung des dritten Jahres der Betriebsrätepraxis darf man wohl unbedingt die befriedigende Feststellung machen, daß das Betriebsrätegesetz, welches in den ersten Jahren und Monaten seines Bestehens und noch mehr vor seiner Verabschiedung als Trennkeil des deutschen Arbeitsfriedens und als Ur-*

sache des deutschen Wirtschaftsverfalles bezeichnet worden war, ein nicht zu unterschätzendes Hilfsmittel zur Festigung des Arbeitsfriedens, zur allmählichen Wiederverständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ein noch bedeutungsvolleres Hilfsmittel zur Förderung und Festigung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft und Gemeinschaftsarbeit geworden ist.« Auf der anderen Seite sind die großen Hoffnungen, die die Gewerkschaften mit den Betriebsräten gerade auch für Beeinflussung der Wirtschaft im demokratischen Sinne gehegt haben, erheblich zusammengeschrumpft. NAPHTALI meint in seiner Schrift über die Wirtschaftsdemokratie: »Auf wirtschaftlichem Gebiete kann das Betriebsräteamt nicht Ansatz einer demokratischen Neuordnung sein, sondern es kann hier vorläufig nur die bescheidenere, wenn auch nicht unwichtige Funktion einer wirtschaftlichen Schulungsmöglichkeit für Kräfte der Arbeiterschaft erfüllen, die im besonderen auch einen positiven Wert der Betriebsrätevertretung im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft darstellt.«

Man hat eingesehen, daß »für die Betriebsräte als Vertreter der Arbeitnehmer ein ausgesprochenes Interesse für das komplizierte Getriebe der Großunternehmung gehört, um neben den Arbeitgebern in die Führung einzutreten«. Diese Voraussetzung ist aber nur ganz ausnahmsweise gegeben und so erklärt es sich, daß da, wo die Arbeiter dennoch in die Betriebsgestaltung entscheidend hereinreden, »die Wirtschaftsführung durch die Demokratisierung schwerfälliger und unrationeller geworden ist« (BRIGL-MATTHIAS, Das Betriebsräteproblem 1926). Es ist charakteristisch, daß NAPHTALI in seinem rund 200 Seiten umfassenden Werk der Betriebsdemokratie nur knapp zwei Seiten widmet. Die Arbeiterschaft soll auf die weitergehenden Ziele hingewiesen werden, die nunmehr mit dem Worte »Wirtschaftsdemokratie« zusammengefaßt werden. Ihren ersten Erfolg erreichten die neuzeitlichen wirtschafts-demokratischen Bestrebungen, als in die Reichsverfassung im Artikel 165 die Bestimmung aufgenommen wurde: »Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern in der Regelung der Lohn-

und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.« Es sollte damit gewissermaßen als Gegenstück zu dem grundlegenden Satze: »*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus*« die Norm proklamiert werden: »*Alle Wirtschaftsgewalt geht vom Volke aus*«. *Dabei hat man aber den ganz fundamentalen Unterschied zwischen dem Staat und dem Wesen der Volkswirtschaft übersehen.* Der Staat kann und muß durch einen einheitlichen Willen gestaltet werden. Die Volkswirtschaft ist aber das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, die über die ganze Welt verteilt aufeinander angewiesen sind und durch regelmäßigen nationalen und internationalen Tausch miteinander verbunden sind. Dieser Tauschverkehr *kann nicht* durch einen einheitlichen Willen von oben her geregelt werden, er unterliegt »Gesetzen«, die sich aus der Eigenart der wirtschaftlichen Beziehungen ergeben. Diesen Gesetzen kann nur eine Instanz entsprechen, die nicht mit dem Tage lebt, sondern gewillt und in der Lage ist, das zu tun, was auf die Dauer den höchstmöglichen Ertrag bringt. Die einzelnen Arbeiter aber wollen und müssen von einem Tag zum andern leben. Sie haben ein Interesse daran, daß das Heute und das Morgen besser wird. Sie werden nicht leicht dazu zu bringen sein, in der Gegenwart Opfer zu bringen, um die späte Zukunft um so besser gestalten zu können. Jedenfalls verfallen sie leicht der Agitation derer, die von Geduld nichts wissen wollen und einem unmittelbaren kräftigen Zufassen das Wort reden. Das ist um so begreiflicher, weil für die große Masse der Menschen die ungeheure Kompliziertheit und Schwierigkeit der sozialen Probleme hinter der einfachen Formel verschwindet: »Den Reichen nehmen und den Armen geben.«

Es wurde schon angedeutet, daß die Betriebsräte diejenigen enttäuschten, die von ihnen erwarteten, daß sie zu Pionieren einer neuen Wirtschaftsordnung werden könnten. Sie halfen im Gegenteil manchmal, daß die Arbeiter das Werk, ihr Werk in seiner Bedeutung erkannten. Kurzsichtig witterte man auf Grund der alten gewerkschaftlichen Vorstellungen Gefahren. Man verlangt daher, daß eine überbetriebliche Wirt-

schaftsführung durch die Arbeiter geschaffen wird. Diese Forderung liegt um so näher, weil die Arbeiterführer, wie wir wissen, irrigerweise annehmen, daß der »Konkurrenzkapitalismus einem organisierten Monopolkapitalismus Platz gemacht habe«, »das Prinzip der Konkurrenz weiche mehr und mehr dem Prinzip der planmäßigen Produktionsregelung, der organisierten Marktbeherrschung«. So äußerte sich beispielsweise kürzlich »Der Grundstein«, das Organ der freigebergschaftlich organisierten Bauarbeiter, mit dem Hinzufügen, das sei der »historische Standort« für die Entstehung der Wirtschaftsdemokratie, die notwendigerweise mit einem bestimmten Stadium der kapitalistischen Entwicklung verbunden sei. Man hält es nun für die Mission der klassenbewußten Arbeiter, sich nicht nur negativ den Weg frei zu machen für einen sozialistischen Zukunftsstaat im Sinne von KARL MARX, sondern auch positiv auf dem Wege zu diesem Zukunftsstaat und zwecks schrittweiser Verwirklichung des endgültigen Programms die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Deshalb forderte man »Wirtschaftsdemokratie«.

Es ist ein Verdienst des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß er durch eine Kommission hervorragender Sachverständiger ein Programm der Wirtschaftsdemokratie ausarbeiten und begründen ließ. Die Ergebnisse der Gemeinschaftsarbeit sind in der von NAPHTALI herausgegebenen bereits mehrfach erwähnten Schrift »Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel« veröffentlicht. Die Schrift ist ein wertvolles sozialpolitisches Dokument; die Verfasser schreiben klug, sachkundig und anregend, man merkt, daß sie bemüht sein wollen, praktische Gegenwartsarbeit zu leisten und sich nicht mit der Agitation zwecks Vernichtung des Bestehenden begnügen wollen. Vielleicht kann man den Kern dieser wirtschaftsdemokratischen Forderungen in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Positive Einschaltung von Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen in *alle* Stellen der Wirtschaftsführung und der Wirtschaftsbeeinflussung in ihrem ganzen Umfange, und zwar mit Hilfe des Staates auf gesetzlicher Grundlage.

2. Durchleuchtung und Kontrolle der privatkapitalistischen Wirtschaft durch Ausdehnung der staatlichen Kontrollfunktion.

3. Förderung und Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand . . . Sicherung der Oberhoheit der demokratischen Körperschaften auch bei der Anwendung privatwirtschaftlicher Formen der öffentlichen Betriebe.

4. Durchbrechung des Bildungsmonopols durch Förderung aller Arten von Bildungseinrichtungen und Befreiung des Weges zu allen Schulen, insbesondere den Hochschulen.

Mit der letztgenannten Forderung wird man sich der Tendenz nach ohne weiteres einverstanden erklären können. Die praktische Bedeutung der These wird aber leicht überschätzt: Ob Männer wie EBERT, LEGIEN, LÖBE, WISSEL, SEVERING, LEIPART, STEGERWALD, JOOS usw. nicht gerade deshalb so Hervorragendes zu leisten vermochten, weil ihnen die herkömmlichen Schablonen des Bildungsganges verschlossen blieben? — Daß man auf den Staat als Träger von Wirtschaftseinrichtungen und als Träger von wirtschaftlichen Kontrollinstanzen nicht zu große Stücke halten darf, daß er bis jetzt im allgemeinen dem Wirtschaftsleben mehr genützt hat durch Beseitigung von Schranken als durch Errichtung von Schranken, hat die Erfahrung deutlich genug gezeigt; im übrigen wird auf bereits Gesagtes verwiesen.

Nötig ist es hier nur noch einiges zu sagen zu dem ersten und wichtigsten Programmpunkt der neuzeitlichen Wirtschaftsdemokratie. Er fordert kurz gesagt *Teilnahme der Arbeiterschaft an der Unternehmerfunktion*.

Fragen wir zunächst, ob man damit irgendeine Gewißheit hat, daß die Wirtschaft wirklich »demokratisiert« wird: »*Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet*,« so werden wir in der Schrift von NAPHTALI belehrt, »*die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit*«. Nun wissen wir aber auf Grund der Beobachtungen, die wir bei den schon geschaffenen »Gemeinwirtschaftskörpern« in der Kohlen-, in der Kaliindustrie gemacht haben, daß die darin

vertretenen Arbeiter gewohnt sind, ihre Produzenteninteressen höher zu stellen als die Interessen der Gesamtheit, insbesondere die Interessen der breiten Verbrauchermassen. Ein sozialistisch geschulter Vertreter der Grubenbeamten äußerte sich vor der Sozialisierungskommission: »*Den Vertretern der Arbeiter und Angestellten, die im Reichskohlenverband sitzen, kann kein Mensch zumuten, daß sie bei den heutigen politischen Verhältnissen gegen die durch Lohnerhöhungen begründeten Preiserhöhungen stimmen. Wir sind Angestellte vom Verband der Grubenbeamten oder der Arbeiter. Uns ist das Hemd näher als der Rock. Wir müssen, wenn wir nicht draußen unter die Räder kommen wollen, die Kohlenpreise bewilligen.*« Und ein Führer des alten Bergarbeiterverbandes schildert die Lage im Kalirat: »*Von jeher waren also die Arbeiter daran interessiert, die Verkaufspreise zu erhöhen, da sonst die Löhne nicht erhöht werden können.*« EDUARD HEIMANN, der selbst aus seiner sozialistischen Gesinnung kein Hehl macht, spricht auf Grund solcher Feststellungen von einer »erfahrungsmäßigen Widerlegung« der Theorie, daß das solidarische Klasseninteresse *aller* Arbeiterschichten in den Gemeinwirtschaftskörpern für die Entscheidung der beteiligten Arbeiter über Löhne und Preise maßgebend sein werde.

Es ist aber nicht einmal das schlimmste, wenn die individuellen Einkommensinteressen über die immer etwas nebelhaften »allgemeinen Interessen« den Sieg davontragen. Es ist volkswirtschaftlich noch bedenklicher, wenn das individuelle Unlustgefühl, wie es mit der Arbeit stets mehr oder minder verbunden ist, zu stark in den Vordergrund tritt, falls man »sein eigener Herr« ist oder doch glaubt es zu sein. Wiederum soll eine sozialistische Stimme angeführt werden, um zu zeigen, was auf dem Spiele steht. »*Die Arbeit*« schrieb im Maiheft 1929 auf Grund der Erfahrungen in Sowjetrußland: »*Die Arbeitsversäumnis nimmt in letzter Zeit einen Umfang an, die die Betriebe nötigt, eine viel größere Zahl von Arbeitskräften einzustellen als erforderlich wäre, wenn die Arbeitsversäumnis einen normalen Umfang hätte. Allen diesen Erscheinungen stehen die Betriebsleitungen meist machtlos gegenüber, weil sie sich nicht trauen,*

die Strafen, zu denen sie berechtigt sind, anzuwenden, da die politische Machtstellung der Arbeiterschaft dazu führt, daß gegen jede diszipliniere Strafe Front gemacht wird. Kurz, es mangelt der russischen Arbeiterschaft an Disziplin, Pflichtbewußtsein, Arbeitswilligkeit, ja sogar an elementarer Gewissenhaftigkeit; denn die Klagen über Diebstähle und Veruntreuungen haben ein Maß angenommen, das bei weitem das übersteigt, was in westeuropäischen Privatbetrieben in dieser Beziehung zu beobachten ist.»

Es ist leicht zu sagen, so etwas wäre nur in Rußland möglich. Haben wir ein Recht zu behaupten, daß die nichtrussischen Industriearbeiter nach Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie im Interesse der Gesamtheit opferfreudiger sein werden? Ist es nicht so, daß gerade die russische Arbeiterschaft, man denke nur an den Kampf mit den weißen Armeen, gewaltige Opfer getragen hat, um allen Widerständen zum Trotz ihr marxistisch-bolschewistisches Ideal zum Siege zu bringen? *Hat man nicht den Glauben, daß die Gedanken der Wirtschaftsdemokratie aus Menschen Engel machen, dann steht mit logischer Notwendigkeit am Ende dieser demokratischen Entwicklung der Wirtschaft Untergang oder — rücksichtslose Wirtschaftsautokratie.* Schon in der nur kurzen Heroenzeit des russischen Bolschewismus forderte LENIN auf Grund der trüben Erfahrungen »widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses«. So ist es also höchst ungewiß, ob auch nur etwas von dem, was die Befürworter der Wirtschaftsdemokratie anstreben möchten, wirklich als Aktivposten für ihr Programm wird gebucht werden können; aber *sicher ist, daß der Weg der neuzeitlichen Wirtschaftsdemokratie weit abliegt von dem Weg höchstmöglicher Steigerung der Produktivität der Arbeit und damit abseits von dem Weg der wohlverstandenen Interessen der Arbeiterschaft:* »Jede Führerleistung fördert das Einkommen der übrigen« (O. SPANN). Auf den vorangegangenen Blättern ist häufig und deutlich genug dargelegt worden, was die Wirtschaft den Führerleistungen der kapitalistischen Unternehmer verdankt. Die Unternehmerpersönlichkeit, so wurde schon bei Betrachtung der bolschewistischen Experimente betont, wird sich

aber nur dann voll entfalten können, wenn *Initiative*, *Selbstverantwortung* und *Arbeitsfreudigkeit* zu einem harmonischen Dreiklang gebracht werden. Die Art, wie die Wirtschaftsdemokratie die Arbeiter zu Teilhabern der Wirtschaftsführung machen will, raubt aber von jeder dieser drei Voraussetzungen höchst wertvolle Stücke. *Initiative*: Ein umständlicher Apparat soll neu geschaffen werden, mit dem muß beraten werden, er muß überzeugt werden, an die Stelle des klaren, raschen Entschlusses tritt, wie heute schon im politischen Leben, der Kompromiß. *Selbstverantwortung*: Geteilte Verantwortung ist nicht halbe Verantwortung, sondern gar keine Verantwortung. Der Unternehmer wird zum ausführenden Organ einer Kommission gemacht, an der er zwar teilnimmt, aber deren Majoritätswillen er unterworfen sein wird. Nicht selten wird es ihm mindestens im Unterbewußtsein gar nicht einmal so unerwünscht sein, wenn er an den Folgen zeigen kann, wie schlecht seine Widersacher beraten waren. *Arbeitsfreudigkeit*: Man spricht heute schon von zunehmender Unternehmermüdigkeit, macht dafür mit Recht die andauernden Auseinandersetzungen, Scherereien, Streitigkeiten, die dem Unternehmer durch die Organe des Staates, insbesondere auch des Fiskus, und der Verbände, aufgezwungen werden, verantwortlich. Wie nun, wenn dem Unternehmer auch noch der Rest von Selbständigkeit genommen oder zum mindesten arg beschnitten wird, der ihm heute noch geblieben ist? Eine unbedingte notwendige Konsequenz der Wirtschaftsdemokratie ist wohl, daß die Arbeiterschaft bei der Wahl der Wirtschaftsführer irgendwie mitbeteiligt ist. Selbst ein so ruhiger Sozialpolitiker wie RAUECKER, der selbst nicht auf marxistischem Standpunkte steht, meint: »*Es greift immer mehr ein Direktorennepotismus um sich, verwandte, versippte und sonstwie empfohlene Personen werden bevorzugt. Es würde durchaus im Interesse der Wirtschaft gelegen sein, wenn den Betriebsräten bei den großen Gesellschaften ein Einspruchsrecht gegen derartige Klüngelwirtschaft rechtlich zugestanden würde. Streitigkeiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat würden die Arbeitsgerichte zu klären haben*« (Vossische Zeitung 3. 4. 29 Nr. 156). Aber wie soll eine derartige Ein-

flußnahme der Arbeiterschaft auf die Auswahl der Unternehmerpersönlichkeiten stattfinden? In der Literatur hat man sich darüber wenig Kopfzerbrechen gemacht und soweit es geschehen ist, sind höchst sonderbare Vorschläge zutage gefördert worden. In seiner Schrift »Der Weg zum Sozialismus« (1919) schlägt der österreichische Sozialistenführer BAUER allen Ernstes vor: *»Die Lehrkörper der technischen Hochschulen und die leitenden technischen Beamten der Gesamtindustrie hätten ein Kollegium zu bilden, dieses Kollegium habe vor jeder Ernennung eines leitenden Beamten seine Vorschläge zu erstaten, der Verwaltungsrat des Industriezweiges habe dann eine der vorgeschlagenen Personen zu ernennen, ähnlich wie heute die Universitätsprofessoren vom Staatssekretär für Unterricht auf Vorschlag des Professorenkollegiums ernannt werden, sollen also die Direktoren ausgesucht werden.«* Kritik erübrigt sich hier. *Hüten wir uns, noch mehr an Führerqualität und Führereigenschaften zu vergeuden, als wir schon preisgegeben haben! Gerade Deutschland, das auf Qualitätsarbeit angewiesen ist, das mit seinen wenig günstigen Bodenverhältnissen in der ganzen Welt aus wenig viel machen muß, das infolge der Tributlasten auf ganz außerordentliche Steigerung seines Absatzes im Auslande angewiesen ist, darf nicht verkennen, wie bedeutsam der selbständige freie Unternehmer ist.* Auch das darf nicht vergessen werden, daß Deutschland nur dann das nötige Kapital für seine Arbeit festhält und aus dem Auslande zugeführt bekommt, wenn die Kapitalisten einschließlich der heimischen — das Kapital ist international frei beweglich — die Überzeugung haben, daß ihre Mittel nicht verwirtschaftet werden. Je knapper aber das Kapital ist, um so größer wird seine Macht im Inlande sein, um so mehr wird allzu leicht auch von dieser Seite die freie Initiative des Unternehmers beeinträchtigt werden können.

So scharf indessen das Programm der Wirtschaftsdemokratie im Interesse der Produktivitätssteigerung und damit im Interesse des materiellen Aufstiegs der Arbeiterschaft abgelehnt werden muß, deshalb darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitskraft nicht isoliert von dem Menschen, der ihr Reprä-

sentant ist, in den Dienst der Unternehmung gestellt werden kann. Dieser Mensch muß wissen, daß es ohne Überordnung und Unterordnung auch im wirtschaftlichen Leben nicht abgeht. Aber er darf gleichzeitig doch fordern, nicht bloß als Objekt gewürdigt zu werden. Er will und soll auch in der Wirtschaft Subjekt sein, er soll für den Unternehmer ebenso Mitarbeiter sein wie der Unternehmer Mitarbeiter für die Arbeiterschaft. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Einrichtungen, die es den Arbeitern ermöglichen sollen, ihre Meinung über den Gang des Betriebes und der Volkswirtschaft zum Ausdruck zu bringen, zu begrüßen, der Betriebsrat beispielsweise ebenso wie der Reichswirtschaftsrat. Derartige Einrichtungen können aber nur dann fruchtbar sein, wenn die Arbeiter begreifen, wie großen Wert gerade für sie die Entschlußkraft, die Selbstverantwortung, die Arbeitsfreudigkeit der Unternehmer haben, und — daß es in der Volkswirtschaft eine Art Eigengesetzlichkeit gibt, die ohne Schaden für die volkswirtschaftliche Produktivität nicht übersehen werden darf.

WEGE ZUR ZINSFUSSENKUNG

DER landesübliche Zinsfuß für langfristige sichere Anlagen ist zur Zeit in Deutschland reichlich doppelt so hoch als in der Vorkriegszeit und auch beinahe doppelt so hoch als in den wichtigsten Konkurrenzländern.

Es gibt Vertreter der Arbeiterinteressen, die selbst diese jeden Sachkundigen schwer bedrückende Tatsache zum Anlaß nehmen, um daraus die volkswirtschaftliche Unbedenklichkeit der Lohnsteigerungen und der Steuerlasten abzuleiten. Am 20. 4. 1929 veröffentlichte die den christlichen Gewerkschaften nahestehende Tageszeitung »Der Deutsche« in ihrem volkswirtschaftlichen Teil einen Leitartikel, der folgendermaßen schloß:

Solange aber der Zinssatz in Deutschland noch so hoch gehalten werden kann, ist das ein Anzeichen dafür, daß die deutschen Unternehmer trotz der Lohnhöhe und Steuerlast noch genügend rentable Verwertungsmöglichkeit für Kapital sehen. Dieses hiermit nur nochmals (!) angedeutete Argument hat bis heute noch niemand widerlegt(!). Solange das der Fall ist, glauben wir nicht, daß die deutsche Wirtschaft infolge der Lohnhöhe und Steuerlast einschrumpfen bzw. zurückgehen muß.

Also dann, wenn eine völlige Mißernte etwa die Preise des nur sehr knapp zur Verfügung stehenden Getreides in tolle Höhe treiben würde, wäre das ein Beweis, daß es den Bauern gut geht?! Und wenn Deutschland einmal völlig ruiniert, für die ihm geliehenen, vielleicht vom Ausland geborgten äußerst bescheidenen Mittel den hohen Zins des Bankrotteurs bezahlen müßte, wäre das ein Beweis »für noch genügend rentable Verwendungsmöglichkeit für Kapital in Deutschland«?

In Wirklichkeit ist unsere durch den hohen Zins gekennzeichnete erschreckende Kapitalknappheit ihrerseits Ursache für zahlreiche wirtschaftliche Störungen, für die Not der Landwirtschaft, für die große Arbeitslosigkeit, die Erschwerung unserer Konkurrenz am Weltmarkte.

Um uns über die Unruhen unterhalten zu können, ist gerade hier begriffliche Klarheit erforderlich.

Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne wurde bereits definiert als die Gesamtheit der Güter, die aus dem fortlaufenden

Produktionsprozeß nicht für Konsumzwecke herausgenommen werden, sondern im Interesse der Reichtumsvermehrung in der Produktion weiterarbeiten.

Über dieses Kapital wird in abstrakter Weise mittels des Geldes verfügt. Dabei ist das Geld wie auch sonst bloßes Tauschmittel. Seine Rolle entspricht etwa derjenigen der Lokomotive im Rangierbahnhof. Daß man Kapital und Geld nicht miteinander verwechseln darf, ist nach dem drastischen Anschauungsunterricht, den uns die Inflation geboten hat, heute allgemein geläufig. Man pflegt zwar einen Unterschied zu machen zwischen Geld- und Kapitalmarkt, aber an beiden Märkten ist nicht Geld, sondern die Verfügungsmöglichkeit über Kapital Gegenstand des Tauschverkehrs, dort kurzfristig, hier langfristig.

Umstritten ist die Rolle, die der Kredit bei der Kapitalbildung spielt. In *subjektivem* Sinne ist der Kredit das Vertrauen, das der Gläubiger in den Schuldner setzt, er werde in der Zukunft seinen Verpflichtungen nachkommen wollen und *können*. Ein Land, das auf den Kredit fremder Nationen angewiesen ist, wird sehr sorgsam darüber wachen müssen, daß es nicht unnötig in Mißkredit gerät: Übertriebene Meinungskämpfe der Parteien, wirtschaftspolitisch verfehlete Experimente, offenkundiges Leben über die Verhältnisse hinaus . . . das alles kann höchst ungünstig auf die Kreditbedingungen einwirken, und zu einer unnötigen materiellen Mehrbelastung des Schuldnerlandes führen. — Aber was bedeutet die *objektive* Tatsache, daß mittels des Kredits gegenwärtige Güter gegen zukünftige Güter ausgetauscht werden, für die Kapitalbildung? Einig ist man sich darin, daß letzten Endes Kapital nur gebildet werden kann durch rationelles Arbeiten und durch rationelles Sparen. Der Kredit kann auf beide Wurzeln der Kapitalbildung günstig einwirken: Wenn mit seiner Hilfe die Arbeit zweckmäßiger mit Arbeitsmitteln ausgerüstet wird, etwa dadurch, daß viele kleine Kapitalteilchen durch die Vermittlung der Sparkassen und Banken zu großen Kapitalsummen vereinigt werden, die die moderne Industrie gebraucht, dann hilft der Kredit offenkundig bei der Mehrung des Kapitals. Günstig

wird auch der Kredit auf die Spartätigkeit insofern einwirken, als das Vorhandensein eines gut funktionierenden Kreditmarktes die nützliche Anlegung des Kapitals zu angemessenen Zinsen stets verbürgt. Indessen wird gelegentlich immer wieder behauptet, und zwar auch von theoretisch interessierten Bankleuten, daß der Kredit auch unmittelbar dazu diene, Kapital zu bilden. Er könne geradezu Kapital aus dem Boden stampfen. Der Kredit sei das Primäre, die Kapitalbildung das Sekundäre. So ist es ja auch, wenn man die Dinge vom Standpunkt der einzelnen Bank betrachtet. Aber im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft kann der Kredit stets nur Statthalter sein des durch Arbeit und Sparsamkeit bereitgestellten Kapitals. Gewiß kann es bei wiederansteigender Konjunktur durchaus heilsam, vielleicht nötig sein, wenn die Banken über die ihnen geborgten Mittel hinaus zusätzliche Kreditmengen in die Volkswirtschaft bringen. Es ist auch richtig, daß diese zusätzlichen Kredite eine Art Zwangssparen bedeuten können. Der Industrielle beispielsweise bekommt auf diese Weise mehr Mittel, die er der produktiven Arbeit zuwendet. Die sich gleichzeitig in der Volkswirtschaft durchsetzende inflationistische Bewegung, weil insgesamt mehr Eintrittskarten für den Gütervorrat ausgegeben wurden, als eigentlich seine Menge zuließ, äußert sich bei den Konsumenten als Preissteigerung, der sie bei gleichbleibendem Einkommen durch Konsumeinschränkung Rechnung tragen. Aber die Praxis muß der Theorie, es könne mittels des Kredits gewissermaßen aus Nichts Kapital gebildet werden — eine Lehre, die übrigens auch in der Wissenschaft stets nur vereinzelte Anhänger gefunden hat — dennoch skeptisch gegenüberstehen, nicht bloß deshalb, weil die starken wirtschaftlichen Organisationen auf die Preissteigerungen mit Lohnerhöhungen antworten, sondern hauptsächlich, weil eine solche Kreditinflation nur dann volkswirtschaftlich nicht destruktiv wirkt, wenn recht schnell das vorläufige scheinbare Mehr durch ein entsprechendes Sein vollkommen ausgeglichen wird. Sonst wird sich der Inflationsprozeß mit Notwendigkeit in der Volkswirtschaft rasch in steigendem Maße auswirken und aus einer ungefährlichen,

vielleicht nützlichen vorübergehenden Preissteigerung der Konsumgüter entwickelt sich die höchst bedenkliche Dauerinflation, deren schädliche Folgen nicht mehr geschildert zu werden brauchen.

Wie die Höhe des Zinses bestimmt wird, wird uns vielleicht am klarsten, wenn wir die Zinsfußbewegung von 1870 bis 1913 auf die entscheidenden Ursachen zurückzuführen versuchten. Vor dem deutsch-französischen Kriege rentierten sich sicherste deutsche Staatspapiere mit 5 %, 1888 schon nur noch mit $3\frac{3}{4}$ %, 1895 forderte man für sicherste Anlagen nur noch 3 %. Gegen Ende der 90er Jahre waren sich die führenden Volkswirte verschiedener Richtung, zum Beispiel SCHMOLLER, PHILIPPOVICH, JULIUS WOLF darin einig, daß »demnächst« der Zins auf $1\frac{1}{2}$ bis 2 % sinken werde. Allgemein wurde die These als richtig angenommen, daß bei steigender wirtschaftlicher Entwicklung der Zins eine sinkende Tendenz haben müsse. Die Tatsachen entsprechen aber diesen Prophezeiungen ganz und gar nicht. Der Durchschnittskurs der $2\frac{1}{2}$ prozentigen englischen Konsols ging in der Zeit von 1903 bis 1913 von $90\frac{3}{4}$ auf $76\frac{2}{3}$ % zurück, der der 3prozentigen französischen Rente von 98,13 auf 87,08 und der der 3prozentigen deutschen Reichsanleihe von 102,3 auf 85,82. Durch diese Ziffern wird am besten das starke Anwachsen der Zinssätze namentlich in der Zeit von 1900 bis 1913 illustriert. Man hat nun behauptet, die Erklärung der Zinsfußsteigerung beruhe einfach darauf, daß im letzten halben Menschenalter vor dem Weltkrieg die kapitalistische Entwicklung ungeahnten Aufschwung angenommen habe, die Nachfrage nach Kapital sei infolgedessen so stark gesteigert worden, daß ein Heraufgehen des Preises, also des Zinses, nicht weiter zu verwundern wäre. Gegen diesen Erklärungsversuch spricht schon die Tatsache, daß die Nachfrage nach Kapital für produktive Zwecke im Verhältnis zum vorhandenen Bestand — und auf diese Relation kommt es natürlich an — in der Zeit von 1850 bis 1900 durchschnittlich mindestens so groß war wie in den Jahren, die dem Weltkriege unmittelbar vorangingen. Entscheidend wird aber die »Nachfrage­theorie« dadurch widerlegt, daß Nachfrage nach Kapital

für produktive Zwecke bei gleichbleibendem Spargrad ja notwendigerweise immer gewaltigere Massen von neuem Kapital zur Verfügung stellen muß. Die Theorie von dem sinkendem Zins bei steigender wirtschaftlicher Kultur ist schon im Kern durchaus richtig. *Nicht die Größe der Nachfrage ist entscheidend sondern die Art, wie das nachgefragte Kapital verwendet wird.* Seit Ende der 90er Jahre wurden nicht nur bei uns, sondern bei allen wirtschaftlichen Kulturvölkern, am wenigsten noch bei den Nordamerikanern in zunehmendem Maße Güter aus dem Produktionsprozeß für nichtproduktive Zwecke herausgenommen. Es war die Zeit des Wettrüstens, wo für Heer und Marine in zunehmendem Maße Riesenaufwendungen zu machen waren, die Zeit ferner, wo die Arbeiterorganisationen erstarkten und Lohnsteigerungen erreichten, die schon damals gelegentlich auf Kosten der Kapitalbildung gingen, die Zeit aber auch, wo die Staats- und besonders die Kommunalverwaltungen Aufwendungen für nichtproduktive Zwecke machten, für teure Bauten, für verhältnismäßig schlecht rentierende Wirtschaftsunternehmungen. Berücksichtigt werden muß ferner, daß sich seit der Jahrhundertwende die einzelnen Staaten in zunehmendem Maße wirtschaftlich voneinander abschlossen, so daß die möglichen günstigen Auswirkungen der internationalen Arbeitsteilung stark gehemmt wurden.

Dann kam der Krieg mit seinen gewaltigen Kapitalverlusten, die verhängnisvollen Nachkriegsereignisse, die Beschlagnahme großer Teile unseres Volksvermögens durch die Siegerstaaten, die Inflation, die Deutschlands Wirtschaft unmittelbar vor den Abgrund brachte; die Ausgaben für Löhne, Gehälter, Soziallasten, Kulturzwecke, für den immer größer und größer werdenden öffentlichen Beamtenapparat stiegen aber dennoch immer weiter, mit vollen Händen gaben Reich, Länder, Städte aus, als wenn Deutschland das reiche Land der Vorkriegszeit geblieben wäre. Zu all dem noch die jährlichen Tribute von 2½ Milliarden Mark! *Es würde irrig sein, wenn man mit dem Hinweis auf die Daweslasten unsere Kapitalverknappung und die unerträgliche Zinssteigerung allein oder auch nur in erster Linie erklären wollte.* Das wäre schon deshalb nicht richtig,

weil die Daweslasten durch den auswärtigen Kapitalzustrom überkompensiert worden sind. Aber wichtig ist es doch, sich ganz klar zu machen, daß die Daweslasten letzten Endes nur getragen werden können von den breiten Massen des Volkes als *lucrum cessans* (entgangener Gewinn) oder als *damnum emergens* (entstehender Schaden). Weigern sie sich es zu tun, steigern sie künstlich die Löhne und Gehälter oder treiben sie die Politik mit Erfolg an, durch zusätzliche Steuern den Besitz immer weiter zu belasten, so muß mit der Gefahr einer weiteren Minderung der Kapitalisierung gerechnet werden und diese äußert sich in — vermehrter Arbeitslosigkeit. *Sozialpolitik, deren zweckmäßige Fortbildung jeder ernst zu nehmende Politiker fordern wird, auf Kosten der Kapitalbildung ist notwendigerweise ein Widerspruch in sich selbst.*

Auch die vom Marxismus ausgehenden Arbeiterführer beginnen unter dem Druck der Tatsachen zu begreifen, daß es wie bei den Löhnen so auch bei den Steuern eine Grenze gibt, die auch dann, wenn scheinbar die Reichen zunächst betroffen werden, dennoch im wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft nicht überschritten werden darf. Charakteristisch sind die folgenden Ausführungen, die LUDWIG QUESSEL jüngst im Februarheft (1929) der Sozialistischen Monatshefte machte:

. . . In der Tat hat die Steigerung des Gesamtfinanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden unter dem parlamentarischen System einen beunruhigenden Charakter angenommen. Sie betragen 1913 7,3 Milliarden Mark. Trotz der Ausgabenverminderung, die der Versailler Vertrag und die Inflation Reich, Ländern und Gemeinden brachten, ist 1928 der Gesamtbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden auf 15,6 Milliarden Mark (ohne Soziallasten) gestiegen.

. . . Es ergibt sich die Unmöglichkeit, den ins Riesenhafte gesteigerten öffentlichen Aufwand anders als durch Kürzung des Reallohns der Arbeiter und der Angestellten zu finanzieren. Was Reich, Länder und Gemeinden heute gegenüber 1913 zu viel ausgeben, kann nur zu einem Bruchteil aus dem zur Konsumtion freistehenden Teil des Mehrwerts gedeckt werden. Der überwiegende Teil des öffentlichen Aufwands muß dem Arbeiterlohn entnommen werden.

Immer deutlicher wird es, daß dann, wenn man dieser logischen Folgerung zunächst noch weiteren Widerstand entgegensetzt,

die Arbeiter in der Folge dafür um so härter büßen müssen. Denn die Kapitalminderung und die Kapitalverteuerung wird sie am härtesten treffen. Leider haben manche Marxisten die Mahnung vergessen, die KARL MARX bereits im Jahre 1847 auf dem Brüsseler Freihandelskongreß aussprach:

Wenn das Kapital stationär bleibt, wird die Industrie nicht nur stationär bleiben, sondern zurückgehen und in diesem Falle wird der Arbeiter das erste Opfer sein. *Die günstigste Bedingung für den Arbeiter ist Anwachsen des Kapitals.*

Zu hoher Lohn und zu hohe Steuern lähmen nicht nur *unmittelbar* die Kapitalbildung dadurch, daß sie von dem Sozialprodukt zuviel dem Konsum, zu wenig der Kapitalneubildung zuführen, sondern auch *mittelbar* durch die von ihnen manchmal hervorgerufene unzweckmäßige Beeinflussung der Produktionsgestaltung und der Vorratsbildung. Für die Steuerwirkung ist charakteristisch, daß sich in der Praxis der neue Begriff »Steuerrentabilität« herausgebildet hat, um auszudrücken, daß das Tun und Lassen des Unternehmers immer mehr entscheidend beeinflußt wird nicht von den Überlegungen, wie man Arbeit und Kapital so produktiv wie möglich verwendet, sondern wie man verhindern kann, daß ein Übermaß an Steuerbelastung nicht noch weiter steigt.

Aber all diese äußerst widrigen Umstände, die den Kapitalbildungsprozeß in Deutschland aufs stärkste hemmen müssen, genügen doch noch nicht, um den großen Zinsunterschied zwischen Deutschland und den ausländischen Wirtschaftsgebieten zu erklären. Deutschland hat eine Währung, deren Sicherheit von keinem Sachkundigen der Welt auch nur im geringsten angezweifelt wird. Es hat sich durch seine glänzenden wirtschaftlichen Erfolge vor und nach dem Kriege den Ruf eines Landes mit großen wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten erworben. An gefährliche außenpolitische Abenteuer darf Deutschland, seitdem man seine Wehr zerbrochen hat, weniger denken als irgendein anderer Großstaat — alle Vorbedingungen wären also gegeben, daß Deutschland aus der Solidarität der internationalen Kapitalmärkte Nutzen zu ziehen sucht, daraus also, daß das Kapital sich dahin zu wenden pflegt, wo

es *bei gleichem Risiko* die besten Verwendungsmöglichkeiten findet. Das muß auf weitgehende Nivellierung der Zinssätze von Land zu Land hinwirken und hat es in der Vergangenheit auch stets getan. Daß wir selbst das dazu erforderliche Vertrauen in die Stabilität und Sicherheit unserer Wirtschaft durch das verantwortungslose Geschwätz parteipolitischer Agitatoren, aber auch durch verfehlte politische Maßnahmen beeinträchtigt haben, wurde schon berührt. Selbstverständlich spielte bei der Zinsbemessung auch die Unsicherheit der Reparationsregelung eine erhebliche Rolle. Dazu kommt aber noch etwas anderes: *Wir haben dem empfindlichsten aller Märkte, dem nationalen und internationalen Kapitalmarkt, eine Behandlung zuteil werden lassen, die man nur als Mißhandlung bezeichnen kann.*

Der Husarenritt gegen die Börse am »schwarzen Freitag« ist heute wohl von aller Welt als wirtschaftliches Schildbürgerstück erkannt, das sich Deutschland am allerwenigsten leisten durfte und unter dessen Folgen wir heute noch leiden. Die These von der »kapitalverschlingenden« Eigenschaft der Börse ist allgemein als irrig erkannt; die Börse ist für die Kapitalien nur Durchgangsstelle, ein »Sieb mit großen Löchern«, aber dieses »Kapitalsieb« hat für die Kapitalbildung die allergrößte Bedeutung. Die Börse ist kein »Monte Carlo ohne Musik«, sie hat volkswirtschaftlich äußerst wichtige Aufgaben zu erfüllen, schon deshalb, weil sie als Zentrum spekulativer Unternehmungen von der vorwärtstrebenden Volkswirtschaft nicht entbehrt werden kann. Insbesondere kann ein gut funktionierender Effektenmarkt nur unter schwersten Verlusten für die Volkswirtschaft ausgeschaltet werden. Der riesenhafte Kapitalbedarf der privaten und öffentlichen Unternehmungen läßt sich ohne die Effektenform gar nicht mehr befriedigen. Voraussetzung für den »Effektenkapitalismus« ist aber ein Markt, an dem sich Tag für Tag das Spiel von Angebot und Nachfrage glatt abspielt und an dem sich ein Preis herausbildet, der soweit wie möglich dem Substanzwert unter Berücksichtigung der zukünftigen Entwicklung angepaßt sein muß. Von einem solchen Markt, einer solchen Preisbildung

konnte man in Deutschland in der Zeit vom Mai 1927 bis Mai 1929 nicht mehr sprechen. Durch das Versagen der Börse — woran die Banken nicht ohne Schuld waren — wurde aber ein Unsicherheitsfaktor in den deutschen Kapitalmarkt hineingetragen, für den die deutsche Wirtschaft dem anlagesuchenden Ausland eine erhebliche Risikoprämie, also einen entsprechend erhöhten Bruttozins, bezahlen muß.

Auch die inländischen Kapitalisten wurden durch die Zerrüttung unserer Börse immer mehr kopfscheu. Der Kurszettel ist für die meisten von ihnen der einzige »Konjunkturbericht«, den sie zur Hand nehmen und wonach sie ihr Urteil über die Wirtschaft bilden. »Schwarze Tage« die sich nach kurzen Perioden scheinbarer Wiederbelebung immer von neuem einstellten, die Versicherung in den Börsenberichten, daß schon kleinste und kleine Aufträge genügten, um die Kurse prozentweise herunterzudrücken, trieben das heimische Kapital fast mit Notwendigkeit dahin, wo ihm noch eine normale Börse zur Verfügung steht. So kam es — an die besonderen Verhältnisse während der jüngsten Reparationskrise ist hier nicht gedacht — daß in zunehmendem Maße die Banken und Bankiers darüber klagten, daß das deutsche Publikum von Anlagen in deutschen Aktien und in deutschen festverzinslichen Werten nichts mehr wissen wolle. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes hat Deutschland allein durch Vermittlung der deutschen Banken im Jahre 1928 für 1,9 Milliarden Mark Effekten vom Ausland gekauft. Dazu kommen die Effekten die durch Vermittlung ausländischer Stellen gekauft und die Summen die direkt geliehen oder deponiert wurden. *Unser so knappes eigenes Kapital half infolgedessen der ausländischen Konkurrenz in ganz erheblichem Maße zu einer noch billigeren Finanzierung!*

Nicht genug damit: Das deutsche Börsenpublikum hat sich von jeher durch ein sehr sanguinisches Temperament ausgezeichnet — himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt — zu Preisen, die dem Substanzwert und berechtigten Zukunftshoffnungen längst nicht mehr gerecht werden, wirft man die Papiere an den Markt, die Ausländer kaufen sie und verkaufen

sie bei der nächsten Hausse mit einem Gewinn, der eine Steigerung der deutschen Tribute um viele Millionen bewirkt, zumal sich dieses verhängnisvolle Auf und Ab im Laufe weniger Jahre bedenklich häufig wiederholt hat.

Schuld an unserer Börsentragödie hat *letzten Endes* die allgemeine Verständnislosigkeit, die man in Deutschland der Börse entgegenbringt. Ein Ausfluß davon ist die töricht hohe Belastung der Börsengeschäfte mit Steuern und Abgaben. Gerade im Interesse der öffentlichen Finanzen wäre Erleichterung, nicht Erschwerung des Börsenverkehrs dringend vonnöten.

Die Gefahren des Darniederliegens unseres Effektenmarktes wurden verstärkt durch die rasch zugenommene Neigung zur Selbstfinanzierung. Daß sie gelegentlich durchaus nützlich, vielleicht notwendig ist, soll nicht verkannt werden. Aber man übersieht doch in bedenklicher Weise die volkswirtschaftlichen Schattenseiten dieser Selbstfinanzierung. Die Hauptgefahr liegt darin, daß sich die einzelnen privatwirtschaftlichen Unternehmungen dem landesüblichen Zins als Regulator für die volkswirtschaftlich zweckmäßige Verteilung des knappen Kapitals entziehen und statt diesem mehr oder minder vage Hoffnungen und aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen losgelöste privatwirtschaftliche Erwägungen maßgebend sein lassen. Dies und der von den künstlich gesteigerten Löhnen ausgehend Druck veranlaßt manchen Unternehmer sich stärker mit fixen Kosten zu belasten, als volkswirtschaftlich zweckmäßig ist; ganz abgesehen davon, daß zu niedrig gehaltene Dividenden bewirken, daß das Auslandskapital uns ungünstigere Bedingungen stellt und daß das Inlandskapital die Freude am *heimischen* Kapitalbesitz verliert, mit der Folge, daß das Ausland wertvollste Teile deutscher Wirtschaftssubstanz manchmal zu lächerlich billigen Preisen erwirbt.

Das Widerspruchsvolle unserer derzeitigen volkswirtschaftlichen Lage wird dadurch gekennzeichnet, daß die Kapitalverknappung einerseits zur Zurückhaltung bei den Gewinnausschüttungen führt, daß sie andererseits auch wieder manchmal nicht genügend in Rechnung gesetzt wird, namentlich dann, wenn es sich um Abschreibungen bei kleineren und mittleren

Unternehmungen handelt. Häufig wird beispielsweise längst nicht genug berücksichtigt, daß der Neubau von Gebäuden z. Z. 75—90 % mehr kostet als 1913.

Die Verknappung unseres Kapitalmarktes drängt mit Notwendigkeit dahin, daß Unternehmungen, die auf die Dauer das aufgezwungene kapitalistische Marschtempo nicht aushalten können, ausgemerzt werden, also den Kapitalmarkt nicht weiter belasten. Die öffentliche Gewalt hindert aber in zahlreichen Fällen diesen notwendigen Gesundungsprozeß. Allein die Summe der direkt durch den Reichsetat bewilligten wirtschaftlichen Kredite hatte am 1. 7. 1928 die Höhe von 1158 Millionen Mark erreicht. Ungefähr ebenso hoch wie die Summe der Etatkredite ist der Betrag der vom Reichstag bewilligten Garantien. Er belief sich bis zu dem eben angegebenen Termin auf weitere 1189 Millionen. Dazu kommen ähnliche Kredite und Garantien durch die Länder und die Selbstverwaltungskörperschaften! Ein Großteil dieser Kredite und Garantien ist nicht für, sondern gegen die wohlverstandene Förderung der Wirtschaft bewilligt. Aber auch zahlreiche direkte Aufwendungen, die die öffentlichen Körperschaften im Interesse der Wirtschaft glauben machen zu können, sind kaum zu rechtfertigen. So fragt es sich zum Beispiel, ob die Millionenaufwendungen für zuweilen wenig, oder doch erst in später Zukunft produktive Kanalbauten in der Zeit arger Kapitalverknappung volkswirtschaftlich immer gerechtfertigt werden können. Über die verhängnisvolle Bedeutung, die die neuzeitliche Wohnungspolitik für die Kapitalbildung hat, wurde bereits gesprochen.

Wie für die Aktion gegen die Börse im Mai 1927 eine verkehrte Theorie maßgebend war, die nämlich, daß die Börse als solche für sich Kapital in Anspruch nimmt, während nur die Sorge in Frage kommt, daß durch zu hohe Kurse bei schablonenhaften Kreditbedingungen die Kreditbasis zu stark ausgeweitet wird, ist wiederum eine falsche Theorie schuld daran, *daß das langfristige Auslandskapital gerade zu einer Zeit, wo es verhältnismäßig billig zu haben war, stärker zurückgehalten wurde als im Interesse der Höhe unseres Zinsfußes erwünscht war.*

Die zeitweise auch von sehr einflußreicher Seite verfochtene Ansicht, Aufnahme langfristiger Auslandsanleihen werde durch den dadurch bedingten Zufluß von Devisen zu einer den Bedarf übersteigenden Geldschöpfung, also zu einer inflationistischen Bewegung Anlaß geben, ist heute wohl allgemein als unzutreffend erkannt. Die durch Auslandskredite hereinkommenden Devisen sind ja gewissermaßen nur Quartierzettel für die nachfolgenden realen Hilfsmittel, die man durch Auslandskredite heranzuziehen bemüht ist. Daß durch Vermehrung des heimischen Gütervorrats aber eine Gefährdung unserer Währung nicht gegeben sein kann, liegt auf der Hand. Ernster zu nehmen ist eine Anschauung, die auf den ersten Blick viel für sich hat. »Der Mechanismus des Preis-, Lohn- und Zinsausgleichs werde unterbrochen, wenn der vorhandene Güterfonds durch einen ständigen starken Kapitalzufluß von außen vergrößert werden.« Halte man Auslandskapital fern, so könne die auf sich angewiesene Volkswirtschaft besser und schneller zur Gesundung kommen, unrentable Anlagen würden ausgeschaltet, der hohe Zins rege zur Spartätigkeit an, die Nachfrage nach Konsumgütern gehe zurück, ein Rückgang der Preise sei in weiterer Folge unvermeidlich. Liest man solche Argumentationen, so könnte man der Meinung sein, daß es für eine Volkswirtschaft nichts Vorteilhafteres gebe als hohen Zins.

Eine Reihe von Irrtümern liegen der hier erwähnten Theorie zugrunde: Man vergißt vor allen Dingen, daß Deutschland durch den Krieg, die Inflation, die Ruhrbesetzung, die Kreditrestriktion usw. aus dem internationalen Kapitalmarkt in viel zu starkem Maße ausgeschaltet war. Wir hätten also alles aufwenden müssen, diese Einordnung so rasch und so vollkommen wie nur möglich zu erreichen. Durch ausreichende Auslandsanleihen, die uns nicht jeden Augenblick wieder weggenommen werden können, wird erst der *normale* Mechanismus des Preis-, Lohn- und Zinsausgleichs, der stets auf internationaler Basis beruht, wieder hergestellt. Unbegründet ist insbesondere die Angst vor der Senkung des Zinsfußes, es werde dadurch das wirtschaftliche Bild verfälscht, die Konsumtion werde zu

sehr angeregt. Durch unsere Abschnürung vom internationalen Kapitalmarkt ist das wirtschaftliche Bild verfälscht worden und die eigentlich kennzeichnende Folge des sinkenden Zinsfußes ist nicht in erster Linie Ausweitung des Konsums, sondern Steigerung der Produktivität, vermehrte Kapitalbildung. Daß ungebührliche Ausweitung des Konsums nicht scharf genug bekämpft werden kann, braucht nicht erst gesagt zu werden, einerlei ob sie mit Auslands- oder Inlandskapital finanziert wird. Aber es wird doch wohl niemand einfallen den Import von Zündhölzern etwa zu verbieten, weil damit auch Unfug angerichtet werden kann. Und was die Ausschaltung minder rentabler Betriebe angeht, die bei sinkendem Zinsfuß entgegen dem volkswirtschaftlichen Rationalprinzip unterbleibe, so darf doch nicht übersehen werden, daß Rentabilität kein absoluter Begriff ist, daß sie unbedingt abhängig ist von der Höhe der Kosten, insbesondere auch von der Höhe des Zinsaufwandes. Es können beim Hereinfließen des Auslandskapitals eben wieder mehr Betriebe im Rahmen der gegebenen Volkswirtschaft produktiv arbeiten.

Es spielt in der Abneigung gegen die Zufuhr von Auslandskapital der Glaube eine Rolle, daß man einen Unterschied zwischen Inlands- und Auslandskapital in dem Sinne machen könne, daß nur das heimische Kapital für die heimische Volkswirtschaft dauernd gesichert sei. Tatsächlich gibt es aber nur ein *internationales* Kapital. Man kann weder das im Inlande produzierte Kapital in den heimischen Grenzen mit Gewalt zurückhalten, noch das ausländische Kapital mit Gewalt fernhalten. *Erreichen kann man nur, daß das zweckmäßig und verhältnismäßig billig durch Vertrag gebundene Auslandskapital ersetzt wird durch kurzfristiges Auslandskapital*, das dann wie ein Damoklesschwert über der Volkswirtschaft schwebt und schon wegen der dadurch verursachten Unsicherheit eine weiter erhöhte Risikoprämie erheischt.

Weil die inländische Kapitalbildung anormal knapp ist, die Eingliederung des heimischen Kapitalmarktes in den internationalen Kapitalmarkt stark gehemmt wird, unsere Abhängigkeit von dem kurzfristig zur Verfügung gestellten aus-

ländischen Kredit viel zu groß geworden ist, muß sich die Konjunkturlinie unserer Volkswirtschaft in ungewöhnlich großen Schwankungen bewegen und das ist auch wieder für sich betrachtet neuer Grund für Beeinträchtigung der Kapitalbildung infolge nicht genügend produktiver Verwendung und richtiger Ausnützung der vorhandenen Mittel: Die »latente Kapazität« der Volkswirtschaft ist ungewöhnlich groß. Auch die Vorratsbildung kann nicht so rationell gehandhabt und so knapp bemessen sein, wie das bei normalem Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung möglich wäre.

Die Überlegungen in diesem Kapitel weisen den Weg, der zu einer Zinsfußsenkung führen muß:

1. Hüten wir uns, das eigene Volk und unsere eigene Wirtschaft vor aller Welt schlecht zu machen; allzu lauter Tadel namentlich seitens der Volksgenossen, die das Ohr des Auslandes haben, müssen wir mit einer nicht unerheblichen Erhöhung unserer Zinslasten bezahlen.
2. Die Erträgnisse der Wirtschaft, die der öffentlichen Hand zufließen, sind auf das notwendige Minimum zu beschränken; auf weitaus den meisten Gebieten ist die freie Erwerbswirtschaft der öffentlichen Wirtschaft überlegen; jene wird daher als die eigentliche Quelle der Kapitalbildung zu gelten haben.
3. Es muß begriffen werden, daß jede Sozialpolitik, die auf Kosten der Kapitalbildung erfolgt, ein Widerspruch in sich selbst ist, und daß alle Lohnerhöhungen der Arbeiter, die in der Folge das heimische Kapital vermindern, die Lage der Arbeiter auf die Dauer nicht verbessern, sondern notwendigerweise verschlechtern.
4. Die Effektenbörse muß ihre Rolle als unternehmungslustiger, fest gefügter Markt wieder gewinnen.
5. Die Erwägungen, aus denen die Zufuhr langfristigen Auslandskapitals ferngehalten wurden, sind einer Revision zu unterziehen; als Ziel muß jedenfalls im Auge behalten werden, daß die deutsche Volkswirtschaft sobald wie möglich wieder vollen Nutzen aus der Solidarität der internationalen Kapitalmärkte ziehen kann.

Jetzt, nachdem durch die Pariser Einigung der Abzug der fremdländischen Besatzungen nicht mehr weiter hinausgezögert werden darf, die Kontrolleinrichtungen zu beseitigen sind, die Rechte der deutschen Gläubiger geklärt werden, gibt es keinen politischen und keinen wirtschaftlichen Grund, der es rechtfertigen könnte, daß das große Deutschland fernerhin am internationalen Kapitalmarkt so sehr viel schlechter bedient wird als etwa das kleine Dänemark.

WORAUF ES ANKOMMT

UNSER großer Dichter HEBBEL erzählt, daß sein Vater, der Maurer HEBBEL, zwar ein herzensguter Mann gewesen sei, aber »er haßte die Freude, brusterweiterndes Lachen war ihm Frevel . . . ich und mein Bruder hießen seine Wölfe; unser Appetit vertrieb den seinigen . . . *die Armut hatte die Stelle seiner Seele eingenommen*«.

Darauf kommt es an: die Armut bekämpfen und der Seele wieder zu ihrem Rechte verhelfen.

Es gehört Mut dazu heutzutage die Armut rücksichtslos zu bekämpfen; denn ein Berg von Vorurteilen stellt sich dem entgegen, besonders die durch ihr Alter fast ehrwürdig gewordene Vorstellung, man brauche nur den Reichtum der »Wohlhabenden« zu zerstören und die Armut sei aus der Welt geschafft. Wir wissen, wie verhängnisvoll dieser Irrtum ist. Es wird erzählt, daß in den Anfängen der russischen Revolution Bauern einen sehr wertvollen Spiegel in ihren Besitz brachten und ihn dann »in natura« verteilten, um der neuen wirtschaftlichen Gerechtigkeit zu dienen. Mit Scherben kann man vielleicht das »Unbehagliche des Vergleichs« beseitigen, aber nicht den wirtschaftlichen Fortschritt erzielen, der erreicht werden muß, wenn der Kampf gegen die Armut aus dem Bereiche der politischen Phrase in den nüchternen Ernst erfolgversprechender Wirklichkeit übertragen werden soll. Dazu ist die freie Erwerbswirtschaft, ist ihr wagemutiger bahnbrechender Führer, der Unternehmer, ganz unentbehrlich.

Der Mensch muß aus wenig möglichst viel machen und das kann er als homo sapiens nur mittelst einer Wirtschaftsordnung, die der Knappheit der gegebenen Mittel ebenso wie der Notwendigkeit der weltwirtschaftlichen Kooperation der Menschen Rechnung trägt. Ist das richtig, dann bleibt gar nichts anderes übrig — Erfahrung und Überlegung bestätigen es in gleicher Weise — als die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Sie hat auch als kapitalistische Wirtschaftsordnung Fortschritte gemacht, wirkliche Fortschritte. Aber es gibt noch genug Hemmungen, auch Rückschritte. Das Schlimmste wohl

ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer noch nicht recht begreifen, daß sie zueinander gehören, nicht gegeneinander marschieren dürfen — wenn die Armut mit Erfolg bekämpft werden soll. — Es gab eine Zeit, wo der größere Teil der Schuld an der Disharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter auf der Ersteren Seite lag. Heute kann man das kaum noch behaupten. Wenn man Einzelercheinungen nicht zu viel Gewicht beilegt, sich bemüht, die großen Entwicklungslinien zu sehen, kann man das nur bestätigen, was die Frankfurter Zeitung im Anschluß an die Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie feststellte, daß die deutschen Unternehmer für *»eine Kooperation mit der neuen politischen Macht, der Republik, und mit der neuen sozialen Macht, der organisierten Arbeiterschaft«* eintreten. — Wir haben gesehen, daß auch die Führer der organisierten Arbeiter hinzugelernt haben, aber daß *ihr* Arbeitgeber, ihr oberster Mitarbeiter, daß sein *»Werk«* ihr Werk ist, daß noch notwendiger als gelegentlicher Kampf das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der Arbeitsgemeinschaft, der Werkgemeinschaft ist, wollen sie nicht begreifen, weil es nicht zu Theorien paßt, die vielleicht vor Menschenaltern richtig waren, aber deshalb nicht auch heute noch richtig zu sein brauchen.

Die alte, längst altersschwach gewordene Theorie lehrt den Arbeiter die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit Stumpf und Stiel auszurotten; sie übersieht dabei, daß dadurch nur ein ungemein wertvolles, ja unentbehrliches Werkzeug für den menschlichen Fortschritt vernichtet würde.

Es gilt die Armut zu bekämpfen und die Seele zu gewinnen: Der Kapitalismus, dieses wundervolle Werkzeug im Dienste des Erwerbs, hat die fatale Eigenschaft, daß derjenige, der sich seiner bedient, nur zu leicht verführt wird, sein ganzes Sinnen und Trachten mit dem Gebrauch dieses Werkzeugs, mit dem Gewinnstreben zu identifizieren, so daß er, der Mensch selbst, nur noch ein Teilstück der kapitalistischen Maschinerie wird. Das liegt aber gar nicht am Werkzeug, das sich unter dem Drucke der Not Generationen geschaffen haben, sondern an den Menschen, die das Werkzeug handhaben. Es ist keines-

wegs so, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung Menschen verlangt, die im Profit das Alpha und Omega ihres Daseins erblicken, die rücksichtslos jedes Mittel anwenden, um ihre wirtschaftliche und soziale Machtstellung zu steigern. Der wahrhaft große überlegene Unternehmer namentlich wird es im Gegenteil als eine seiner Hauptaufgaben betrachten müssen, seine persönlichen Ansprüche hinter die sachlichen Notwendigkeiten der Unternehmung, die in die Volkswirtschaft einzuordnen ist, zurückzusetzen. Er wird bemüht sein müssen, das: *ich will verdienen*, dem: *ich will dienen*, unterzuordnen. Er soll und darf das privatwirtschaftliche Gewinnstreben nicht aufgeben — wir können es im Interesse des volkswirtschaftlichen Fortschritts nicht entbehren —, aber er soll begreifen, daß er gerade dadurch »Funktionär« der Gesamtheit ist. Der Gedanke wird es ihm leicht machen, auch den Weg zur *Seele* seines Arbeiters zu finden. Er wird es als Selbstverständlichkeit betrachten, daß er denen den Weg bahnt, die zu Führern qualifiziert sind, und wenn sie auch ganz von unten kommen. Die Unternehmer werden dann auch eine weitausschauende Sozialpolitik nicht als unvermeidliches Übel nur ertragen, sondern als Mittel begrüßen, um die Volkswirtschaft in den Dienst eines Lebens zu stellen, das lebenswert ist.

Die sozialistische Wirtschaftsordnung ist eine Unmöglichkeit. Aber das soziale Ziel, das den Sozialisten vorschwebt, ist das Königsproblem der Sozialökonomie und der ökonomischen Politik: *Es gilt, jedem Menschen, auch dem kleinsten und unbedeutendsten, ein ideell und materiell menschenwürdiges Dasein zu schaffen*. Das Ziel wird nicht erreicht durch Theorien und irgendwelche Ismen, sondern nur durch die praktische Tat. Erfahrung und vernünftige Überlegung sprechen in gleicher Weise dafür, daß diese Tat, soweit sie auf ökonomischem Gebiet liegt, am erfolgreichsten sein wird, wenn sie durchgeführt wird unter der Führung *des* kapitalistischen Unternehmers, der die Lösung der ihm anvertrauten Aufgaben in den großen volkswirtschaftlichen Zusammenhang einzugliedern versteht.

LITERATUR

DIEJENIGEN, die sich in die hier skizzierten Gedankengänge etwas weiter hineindenken wollen, verweise ich auf meine größeren Arbeiten: »*Allgemeine Volkswirtschaftslehre*« München und Leipzig, 1. Aufl. 1928, 2. Aufl. 1929 und »*Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit*« Tübingen, 1. Aufl. 1910, 5. Aufl. erscheint Anfang 1930. Ferner sei hingewiesen auf folgende Veröffentlichungen meiner Schüler GEORG HALM: *Die Konkurrenz, Untersuchungen über die Ordnungsprinzipien und Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Verkehrswirtschaft*, München u. Leipzig 1929; ADOLF LAMPE: *Notstandsarbeiten oder Lohnabbau, Kritik der Wirtschaftstheorie an der Arbeitslosenpolitik*, Jena 1927; JOHANNES MESSNER: *Sozialökonomik und Sozialethik, Studie zur Grundlegung einer systematischen Wirtschaftsethik*, Paderborn, 1. Aufl. 1928, 2. Aufl. 1929; RUDOLF WEDEMEYER: *Konjunkturverschlechterung durch Lohnerhöhungen?* Essen u. Leipzig 1928. JOHANNES GERHARDT: *Wirtschaftsführung, Grenzen einer Wirtschaftsdemokratie* (Münchener Habilitationsschrift, erscheint Ende 1929). — In den genannten Schriften findet man weitere Literaturangaben.

Auf der Gegenseite sind besonders beachtenswert: FRITZ NAPHTALI: *Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel*. Herausgegeben im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 3. Aufl. Berlin 1928; FRITZ TARNOW: *Warum arm sein?* 3. Aufl. Berlin 1929.

Den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft vertritt in geschickter Weise DR. HEINRICH FUNKE: *Kapitalismus und Arbeiterschaft*. München-Gladbach 1929.

IM GLEICHEN VERLAG SIND FRÜHER ERSCHIENEN:

CARO, NIKOD., Geh. Reg.-Rat, Prof., Berlin,

DIE KARTELLGERICHTSPRAXIS UND IHRE AUSWIRKUNGEN

44 Seiten gr. 8^o, brosch. Mk. 1.60

Der Verfasser, der wissenschaftlicher Chemiker und in der Industrie an hervorragender Stelle tätig ist, unternimmt es, seine Ansichten über die Praxis des Kartellgerichtes auseinanderzusetzen. Die gründliche Arbeit wird jedem, der sich mit dem Kartellprobleme näher befaßt, wertvolles Material liefern. (Mitteilungen des deutschen Hauptverbands der Industrie Folge 12, 1926.)

GEILER KARL, Prof., Mannheim-Heidelberg,

DIE INDUSTRIEBELASTUNG

31 Seiten gr. 8^o, brosch. Mk. 1.—

Eine auf eingehender wirtschaftlicher und rechtlicher Begründung beruhende Übersicht über das Problem, wobei Verfasser zu dem Ergebnis kommt, daß sie in der endgültigen Fassung als tragbar bezeichnet werden kann. (Kartell-Rundschau Nr. 4.)

WILMERSDOERFFER, ERNST, Dr., Rechtsanwalt, München,

DAS NEUE REICHSBANKGESETZ UND DAS ÜBERWEISUNGSSYSTEM NACH DEM DAWESPLAN

36 Seiten gr. 8^o, brosch. Mk. 1.20

Der Verfasser stellt die neue Reichsbankgesetzgebung in ihren Grundzügen dar und erörtert ihre Bedeutung für die Wiederherstellung der deutschen Währung und ihre Aufgaben innerhalb des Reparationssystems des Dawesplans und des Londoner Protokolls. (Weltwirtschaftl. Archiv.)

SOEBEN ERSCHIENEN:

OTTO SCHILLING

Dr. Theol. et rer. pol. o. Professor, Tübingen

KATHOLISCHE SOZIALETHIK

VIII, 357 Seiten groß-oktav, brosch. Mk. 6.30, geb. Mk. 8.50

S. Exzellenz Adam Hefter, Fürstbischof, Klagenfurt:

Ich habe bis jetzt allerdings nur Gelegenheit gefunden, den Abschnitt über das Eigentum zu lesen. Dieser Abschnitt hat mich sehr befriedigt. Ich bin überzeugt, daß auch die übrigen Abschnitte diesen Eindruck hervorrufen werden und ich werde es nicht unterlassen, das Buch im Verordnungsblatt dem hochwürdigen Klerus zu empfehlen.

MAX HUEBER / VERLAG / MÜNCHEN 2 NW 12

1928 erschien in erster, 1929 in zweiter unveränderter Auflage

ALLGEMEINE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Eine Einführung von
ADOLF WEBER

XIX, 526 Seiten, Preis 13.50 Mark, in Ganzleinen 16 Mark

„... Niemand, der um ein Gesamtbild unserer Wirtschaft ringt, wird den Band aus der Hand legen, ohne hohen Genuß davon gehabt zu haben. Die ständige Bezugnahme auf die Wirklichkeit, deren sich der erfahrene Lehrer belleißigt, macht die Lektüre anschaulicher, als es in der Regel bei Darstellungen dieses Stoffes der Fall ist.“

(Frankfurter Zeitung vom 22. Juli 1928, Nr. 60.)

... Als didaktische Leistung stellt das Buch ein Meisterwerk dar, dem die gegenwärtige deutsche Literatur nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen hat und das auch den Vergleich mit den berühmten hier bisher unerreichten Lehrbüchern in englischer und italienischer Sprache nicht zu scheuen braucht ...

(Zeitschrift für Nationalökonomie, Wien 7. Mai 1929.)

... Dieses Lehrbuch ist kein trockenes Gelehrtenzeugnis, es spricht aus ihm ein Mensch, der mit offenem Blick, frei von trübenden Affekten, die wirtschaftliche und soziale Not unserer Zeit kennt. Das gibt dem Buch seine nicht nur an der Form der Darstellung haftende innere Wärme und befreiende Klarheit.

(Zeitwende, Jahrgang V, Heft 1.)

... Webers „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ ist aber nicht allein ein System der Sozialökonomik, ein Handbuch aller aktuellen wirtschaftlichen Probleme, eine ausgezeichnete Dogmengeschichte — sie ist, trotz der Fülle des Gebotenen, eine Einführung, die sich so leicht liest, die so denkbar mühelos in die schwierigen Probleme einführt, daß nur ein vielerfahrener, meisterhafter Pädagoge sie schreiben konnte ...

(Juristische Wochenschrift 8. Juni 1929.)

„... Es handelt sich bei dem vorliegenden Werk um ein Lehrbuch, das auch dem Praktiker unendlich viele Anregungen gibt, das ihm die notwendigen volkswirtschaftlichen Grundeinsichten vermitteln wird, weil immer wieder die Frage der wirtschaftlichen Wirklichkeiten in den Vordergrund tritt und auf Grund der theoretischen Erkenntnisse einer Lösung zugeführt wird. Dafür gebührt dem Herrn Verfasser aufrichtiger Dank.“

(Die Deutsche Arbeitgeberzeitung vom 31. März 1929.)